

PROTOKOLL

über die 10., ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Donnerstag,
dem 12. Dezember 1974, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend: 34

VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:

Leopold Petermair

Heinrich Schwarz

STADTRÄTE:

Rudolf Fürst

Anna Kaltenbrunner

Konrad Kinzelhofer

Manfred Wallner

Leopold Wippersberger

Otilie Liebl

Rudolf Luksch

Johann Manetsgruber

Josef Radler

Friedrich Reisner

Erich Sablik

Hubert Saiber

Dr. Konrad Schneider

Johann Schödermayr

Herbert Schwarz

Dr. Alois Stellnberger

Otto Tremml

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Alfred Baumann

Johann Brunmair

Maria Derflinger

Vinzenz Dresl

Franz Enöckl

Ing. Wolfgang Fahrnberger

Karl Feuerhuber

Karl Fritsch

Ernst Fuchs

Karl Holub

Walter Kienesberger

Johann Knögler

Walter Köhler

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Johann Eder

Magistratsdirektor-Stellvertreter

Senatsrat Dr. Helmut Schreibmüller

Rechnungsdirektor Oberamtsrat

Ludwig Stary

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

PROTOKOLLFÜHRER:

Amtsrat Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) Präs-611/74 Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Steyr an Altbürgermeister Josef Fellingner.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

- 2) Spa-5365/74 Ergänzung des Verwaltungsausschusses der Sparkasse Steyr.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

- 3) Wi-6321/74 Neuernennung eines Mitgliedes der Fremdenverkehrscommission.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 4) Bau3-1739/72 Baulos Wiesenberg; Verlegung von Gas- und Wasserleitungen.
- 5) Bau3-1666/73 Umfahrung Seifentruhe; Umlegung der Gas- und Wasserleitungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 6) Bau3-2488/74 Ausbau des innerstädtischen Verkehrsrings, rechter Brückenkopf; Straßen- und Kanalbau.
- 7) Bau5-1574/73 Erweiterung der Promenadeschule; Vergabe der Spenglerarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 8) Buch-6000/73 Genehmigung des Rechnungsabschlusses der Stadt Steyr für das Jahr 1973.
- 9) Ha-4040/74 Antrag auf Feststellung des Voranschlages der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1975.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich begrüße Sie zur heutigen Sitzung des Gemeinderates. Bevor ich jedoch in die Tagesordnung eingehe, haben wir noch gemäß Einladung einen Punkt zu erledigen, der außerhalb dieser liegt.

Sie wissen, daß wir heuer das 13. Mal die Aktion "Du und die Gemeinschaft" und "Du und das Recht" abgewickelt haben im Rahmen der VHS. Die Aktion "Du und die Gemeinschaft" bezweckt vor allem, die Schüler und Schülerinnen der 4. Hauptschulklassen mit den Einrichtungen der Stadt vertraut zu machen, um ihnen zu zeigen, was im Laufe der Jahre seitens der Stadtverwaltung für die Steyrer Bevölkerung gemacht wurde und wie die Funktion der städtischen Verwaltung abläuft. Ich kann nur aus meinen eigenen Wahrnehmungen bestätigen, daß hier stets reges Interesse von der Schülerschaft besteht und daß durch gezielte Anfragen bestätigt ist, daß die Schüler mit sehr wachen Augen durch die Stadt gehen und alle diese Vorgänge beobachten, die vielleicht uns nicht so sehr bewußt werden.

Die zweite Aktion "Du und das Recht" bezweckt, die Schülerschaft bereits frühzeitig mit den Einrichtungen des Gerichts- und Verkehrswezens vertraut zu machen. Sie hat ähnliche Wirkungen wie die Aktion "Du und die Gemeinschaft". Im Anschluß an diese Aktionen finden jedes Jahr Wettbewerbe statt, so heuer im Anschluß an die diesjährige Aktion "Du und die Gemeinschaft" wurde zum Thema gestellt "Ich und meine Heimatstadt", ein Malwettbewerb, dessen prämierte Exponate Sie hier an der Tafel sehen können. Auf den ersten Blick schon kann man erkennen, daß eigentlich schon sehr künstlerisches Handeln enthalten ist. Von 8 Schulen wurden 39 Arbeiten eingebracht, die

Prämiierung wurde von einer Jury am 25. 11. dieses Jahres durchgeführt. Es wurden dabei die 5 Preisträger ermittelt. Auf Grund dieser Ermittlung, die einstimmig erfolgt ist, konnten diese Bilder als die besten bezeichnet werden.

Ich freue mich daher, die Preisträger, die Zeichner dieser Bilder, unter uns zu haben und ich begrüße sie recht herzlich. Es war allerdings auf Grund der Themenstellung nicht möglich, eine weitere Prämiierung durch die Eingrenzung der 5 vorzunehmen, die aber zweifellos wert ist, daß man sich damit näher beschäftigt, und zwar von der künstlerischen Gestaltung her. Darauf werde ich später noch zurückkommen. Ich darf, um die Zeit nicht allzuviel in Anspruch zu nehmen, die Preisträger einzeln nennen und ihnen hiermit den Dank des Gemeinderates für die Mühewaltung, nicht nur beim Malen und Herstellen der Bilder aussprechen, sondern vor allem, daß Sie die Einrichtungen der Stadt und die Verbindung zu Ihrer Heimatstadt auf diese Weise dokumentiert haben. Ich glaube, es ist auch für uns als Erwachsene schön zu wissen, wie sich die Jugend mit den Begebenheiten im städtischen Leben beschäftigt.

In diesem Sinne darf ich die Preisträger aufrufen und die Ehrung vornehmen.

Kreiner Susanne - HS 2 Ennsleite
Rimpfl Silvia - HS 2 Ennsleite
Hackl Walter - HS 1 Tabor (er befindet sich auswärts, für ihn ist sein Vater anwesend)

Hübner Norbert - Bundesgymnasium
Schoiber Peter - Bundesgymnasium
Sonderpreis Balogh Christian - HS 1 Ennsleite.

Wie schon gesagt, außerhalb dieser 5 Preisträger darf ich noch Balogh Christian begrüßen, der das Bild mit dem Roten Kreuz gemacht hat, das die

Situation, die gerade im heutigen Leben eine große Rolle spielt, versinnbildlichen soll.

Ein Schüler dankt stellvertretend für alle Preisträger dem Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Alles Gute weiterhin in der Schule und im Leben.

Applaus!

Nun darf ich die heutige Sitzung offiziell eröffnen.

Die Tagesordnung ist zeitgerecht zugegangen. Sie ist bekannt. Ich darf feststellen, daß zwei Entschuldigungen vorliegen, Herr Gemeinderat Mayrhofer und Stadtrat Besendorfer, Letzterer durch Krankheit.

Die Bestellung der Protokollprüfer wäre vorzunehmen. Ich darf vorschlagen, Herrn Gemeinderat Fritsch und Herrn Gemeinderat Sablik und bitte Sie, diese Funktion anzunehmen. Danke.

Damit ist auch diese Formalfrage erledigt.

Wir gehen somit in die Tagesordnung ein und ich bitte dazu Kollegen Schwarz, den Vorsitz zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister, zum ersten Tagesordnungspunkt "Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Steyr an Altbürgermeister Josef Fellingner" um seine Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Antrag wird sicher schon längere Zeit erwartet. Er lautet:

1) Präs-611/74

Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Steyr an Altbürgermeister Josef Fellingner.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Anerkennung und Würdigung

seiner besonderen Verdienste um den Aufbau der Stadt Steyr in der Zeit seiner Zugehörigkeit zum Gemeinderat in den Jahren 1945 im besonderen in seiner siebzehnjährigen Amtszeit als Bürgermeister wird Herr Altbürgermeister Josef Fellingner zum Ehrenbürger der Stadt Steyr ernannt.

Die Eintragung im Ehrenbürgerbuch der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

"Die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner besonderen Verdienste um den Aufbau der Stadt Steyr in der Zeit seiner Zugehörigkeit zum Gemeinderat in den Jahren 1945 bis 1974, im besonderen in seiner siebzehnjährigen Amtszeit als Bürgermeister."

Ich bitte Sie, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Sie, wenn Sie diesem Antrag in der vorliegenden Fassung die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich übergebe damit wieder den Vorsitz an Bürgermeister Weiss.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich übernehme wieder den Vorsitz und erteile als Nächstem Kollegen Schwarz das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER- STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Auf Grund personeller Veränderungen ist der Sparkassenverwaltungs- ausschuss zu ergänzen.

Laut Mitteilung der Sparkasse in Steyr vom 27. 9. 1974 ist das von der Stadtgemeinde Steyr entsandte Mit-

glied des Verwaltungsausschusses, Direktor i. R. Franz Traunbauer, verstorben. Weiters sind gemäß § 35, Abs. 2, der Satzung der Sparkasse Steyr nachstehende Mitglieder des Verwaltungsausschusses, die vom Gemeinderat der Stadt Steyr entsandt wurden, turnusmäßig aus diesem Gremium ausgeschieden.

NR.Kommerzialrat Hans Kammerhofer
Heinrich Kuffner

Direktor i. R. Hans Schanovsky.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr beabsichtigt, eine Ergänzung des Verwaltungsausschusses vorzunehmen, wobei auch eine Wiederwahl einzelner Mitglieder möglich ist.

Es ergeht nachstehender Antrag:

2) Spa-5365/74

Ergänzung des Verwaltungsausschusses der Sparkasse Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Ergänzung des Sparkassen-Verwaltungsausschusses Steyr werden von der Stadtgemeinde Steyr nachstehende Personen entsendet:

Altbürgermeister Josef Fellingner

Stadtrat Rudolf Fürst

NR.Kommerzialrat Hans Kammerhofer
Direktor i. R. Hans Schanovsky.

Ich darf Sie um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldung. Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Als nächsten Berichterstatter bitte ich Kollegen Petermair.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Meine Damen und Herren!

Im Zuge der Veränderungen in der Gemeinde haben sich auch Veränderungen innerhalb der Fremdenverkehrskommission der Stadt Steyr ergeben. Durch das Ausscheiden des Altbürger-

meisters aus der Fremdenverkehrskommission war es notwendig, an seine Stelle einen neuen Obmann zu wählen. Diese Funktion wurde dem neuen Bürgermeister der Stadt Steyr, Franz Weiss, übertragen. Er wurde auch von der Fremdenverkehrskommission gewählt. Nachdem Bürgermeister Weiss als Vertreter der Arbeiterkammer in die Fremdenverkehrskommission entsandt war, er aber durch die Verknüpfung Fremdenverkehrsverband und Stadtgemeinde Steyr als Bürgermeister Obmann der Fremdenverkehrskommission geworden ist, ist es notwendig, einen Vertreter von den 5 Vertretern, die die Gemeinde zu entsenden hat, in die Fremdenverkehrskommission zu entsenden.

Hiezu ergeht der Antrag:

3) Wi-6321/74

Neuernennung eines Mitgliedes der Fremdenverkehrskommission.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Anstelle von Altbürgermeister Josef Fellingner wird von der Stadtgemeinde Steyr Bürgermeister Franz Weiss als Mitglied der Fremdenverkehrskommission Steyr dem Amt der OÖ. Landesregierung zwecks Ernennung vorgeschlagen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Gemeindestatutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Anschließend möchte ich noch die Mitteilung machen, daß anstelle des als Arbeiterkammervertreters in die Fremdenverkehrskommission entsandten Bürgermeister Weiss nunmehr der Obmann des Angestelltenbetriebsrates Rudolf Pimsl entsendet wird, womit die Fremdenverkehrskommission wieder voll besetzt ist.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich frage Sie, ob Sie dazu das Wort wünschen? Das ist nicht der Fall. Ich gebe wegen Befangenheit den Vorsitz an Kollegen Schwarz weiter.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben. Danke. Gegenstimmen? Einstimmige Zustimmung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Form halber war das notwendig. Als nächster Berichterstatter Kollege Kinzelhofer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 2 Anträge über die Verlegungen der Gas- und Wasserleitungen zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste Antrag betrifft das Baulos Wiesenberg und lautet:

4) Bau3-1739/72

Baulos Wiesenberg; Verlegung von Gas- und Wasserleitungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 19. 11. 1974 wird im Zusammenhang mit der Verlegung von Rohrleitungen durch die Stadtwerke im Bereiche des Bauloses Wiesenberg folgenden Auftragsvergaben nachträglich zugestimmt:

1. Verlegung von Rohrleitungen und Lieferung von Materialien an die Stadtwerke zum Preise von rund

S 247.000, --

2. Grabarbeiten an die ARGE Seifentruhe zum Preise von rund

S 203.000, --

Die Mittel sind aus VP 664-914 aoH zu nehmen.

Ich darf Sie um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen dazu? Es ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Meinungen? Ebenfalls keine, daher Einstimmigkeit.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft die

Umfahrung Seifentruhe - Umlegung der Gas- und Wasserleitungen. Er lautet:

5) Bau3-1666/73

Umfahrung Seifentruhe; Umlegung der Gas- und Wasserleitungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 19. 11. 1974 wird der Übertragung der Aufträge zur Ausführung von Grabarbeiten an die ARGE Seifentruhe sowie zur Verlegung von Rohrleitungen an die Stadtwerke, Arbeiten, die im Zusammenhang mit der Umlegung der Gas- und Wasserleitungen im Bereiche des Bauloses "Umfahrung Seifentruhe" notwendig geworden sind, mit einem Gesamtkostenaufwand von

S 330.000, --

nachträglich zugestimmt.

Die Mittel sind aus VP 664-910 aoH zu nehmen.

Ich ersuche auch hier um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wer wünscht dazu das Wort? Ebenfalls keine Wortmeldung. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Keine, daher angenommen.

Als nächster Berichterstatter Kollege Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen zwei Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste betrifft den Ausbau des innerstädtischen Verkehrsrings, rechter Brückenkopf - Straßen- und Kanalbau.

6) Bau3-2488/74

Ausbau des innerstädtischen Verkehrsrings, rechter Brückenkopf; Straßen- und Kanalbau.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 13. 11. 1974 werden im Zusammenhang mit dem Ausbau des innerstädtischen Verkehrsrings -

rechter Brückenkopf der Schönauerbrücke, folgende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten für den rechten Brückenkopf:

Firma Arge Hundsgraben - Hamberger - Zwettler zum Anbotspreis von S 7,234.949,-

2. Kanalbau im Zusammenhang mit dem vorstehenden Vorhaben:

Firma Arge Hamberger - Zwettler zum Anbotspreis von S 1,880.353,-

Die erforderlichen Mittel werden im Rechnungsjahr 1975 freigegeben werden.

Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort?

Herr Kollege Fahrnberger bitte!

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wie Sie wissen, haben wir des öfteren ein anderes Projekt für diese Kreuzungsausführung vorgeschlagen. Wir haben vorgeschlagen, wohl einen kanalisierten Verkehr zu machen, aber nicht in einer sondern in 2 Ebenen. Wir halten nach wie vor dieses Projekt, wie es jetzt ausgeführt wird, für nicht geeignet, noch dazu mit einer Verampelung, die jetzt scheinbar notwendig wird. Wir werden daher zwar diesem Antrag nicht ablehnend gegenüberstehen, wir werden aber auch nicht zustimmen, sondern uns der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine. Ich komme zur Abstimmung. Wer stimmt dem Antrag zu, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe?

(2 Stimmenthaltungen FPÖ-Fraktion).

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag betrifft:

7) Bau5-1574/73

Erweiterung der Promenadeschule;
Vergabe der Spenglerarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 19. 11. 1974 wird der Auftrag zur Durchführung der Bau-spenglerarbeiten für den Erweiterungsbau der Promenadeschule der Firma Bazant-Faatz zum Anbotspreis von S 633.370,- übertragen.

Die Freigabe der erforderlichen Mittel wird im Rechnungsjahr 1975 erfolgen.

Ich darf auch hier um Annahme bitten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Keine Wortmeldung. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Zum Tagesordnungspunkt Rechnungsabschluß für 1973 bitte ich nun Kollegen Fürst, zum Pult zu kommen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Alljährlich hat der Gemeinderat den Rechnungsabschluß des Vorjahres zu genehmigen. Ich bitte um Verständnis, daß die Vorlage des Rechnungsabschlusses verhältnismäßig spät stattfindet, ist doch der Gebarungszeitraum 1973 das erste Jahr seit Einführung der Mehrwertsteuer. Die Umstellung auf dieses neue Steuersystem, die damit verbundene Mehrarbeit ist daher der Grund für diese Verspätung.

Der Rechnungsabschluß bildet in seiner Gesamtheit die Summe der Beschlüsse, die Sie, werte Damen und Herren, während des Geschäftsjahres 1973 mit ganz wenigen Ausnahmen ein-

stimmig gefaßt haben. Eine Erörterung, die ins Detail geht, darf ich Ihnen deshalb wohl ersparen und nur auf einige Fakten hinweisen.

Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung hat wie im vorhergehenden Jahr 1972 im großen und ganzen angehalten. Sie schlägt sich auf der Einnahmenseite nieder. Die Steigerung der Reineinnahmen betrug S 23,5 Mill. gegenüber 1972. Markante Posten sind die Erhöhungen von S 8,5 Mill. bei den Abgabenertragsanteilen, bei Erätzen und sonstigen Einnahmen S 1,3 Mill. Die Lohnsummensteuer ist um S 3,8 Mill. gestiegen. Hingegen ist die Gewerbesteuer um S 7,3 Mill. zurückgegangen, das sind 22,5 % des Vorjahresertrages, nachdem sie 1972 noch um 23,5 % gestiegen ist. Die Gesamtgebarung in der Höhe von S 275 Mill. rund wurde durch eine Darlehensaufnahme von 26,7 Mill. ausgeglichen. Die Kassengebarung betrug 371,772.000,-. Die Verschuldung der Stadt liegt, gemessen am Schuldenstand vergleichbarer Städte, im untersten Drittel.

Auf der Ausgabenseite stieg der laufende Aufwand von rund S 132 Mill. 1972 auf S 158 Mill., wobei der Personalaufwand mit einer Steigerung von 17,5 % oder einem Anteil von 36,6 % des Gesamtbudgets um einen Betrag von S 79,2 Mill. zu Buche steht. Diese Steigerung steht nicht im Zusammenhang mit einer Vermehrung von Verwaltungsposten, sondern resultiert aus der Erfüllung der Gehaltsabkommen und durch Neueinstellung im kommunalen Servicebereich. Diese Notwendigkeit ergab sich auch durch die Verkürzung der Arbeitszeit, was sich vor allem beim Pflegedienst im Altersheim, bei den Verkehrsbetrieben etc. niedergeschlagen hat.

Eine nennenswerte Post von S 7,9 Mill. stellt der Sach- und Zweckaufwand dar, deren wesentlichste Bestandteile die Kosten des Jahres 1973

beinhalten, die Kosten des Altersheimes, die Altenbetreuung, Straßenerhaltung, die Beleuchtung und der Betriebsaufwand der Feuerwehr. Der Finanzaufwand ist um S 2,2 Mill. auf rund S 4,8 Mill. gestiegen und stellt die erhöhte Zinsenleistung durch die Darlehensaufnahme dar und ist als noch sehr niedrig zu bezeichnen. Der gesamte Aufwand beanspruchte 65,5 % der gesamten Reineinnahmen, sodaß noch der erhebliche Teil von 34,5 % vermögenswirksam wurde, das heißt, er konnte den Investitionen zugeführt werden. Der Schwerpunkt der Investitionen in der Höhe von S 54,5 Mill. bildete der Straßenbau mit einem Anteil von 33,4 Mill. Die Umfahrung Hundsgraben, die Umfahrung Seifentruhe, der Ausbau Wiesenberg, der Ausbau Voralpenbundesstraße, die Regulierung der Schillerstraße, der Ausbau der Aschacher Straße verschlangen nur für einen Teil ihrer Verwirklichung diese Summe.

Für den Umweltschutz, sprich Kanalbau, wurden S 7,5 Mill. ausgegeben. S 3,2 Mill. wurden der GWG der Stadt Steyr als Darlehen gewährt und S 10 Mill. wurden für Liegenschaftskäufe benötigt.

Wie ein Faden ziehen sich durch die Voranschläge der vergangenen Jahre die Ausgabenposten für Schulinvestitionen. Wenn auch der Betrag von S 1,7 Mill. in diesem Voranschlag für die Erweiterung der Ennsleitschule sich im Vergleich mit den vorhin zitierten Summen recht klein ausnimmt,

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich bitte Sie, nach dieser kurzen Rückschau, den Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1973 zu genehmigen und der Antrag hiezu lautet:

8) Buch-6000/73

Genehmigung des Rechnungsab-

schlusses der Stadt Steyr für das Jahr 1973.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Jahr 1973 wird genehmigt.

(BEILAGE A).

Ich bitte Herrn Bürgermeister, darüber die Diskussion bzw. die Beschlußfassung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Berichterstattung. Dazu hat sich Kollege Wallner zu Wort gemeldet.

STADTRAT MANFRED WALLNER:
Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Erlauben Sie mir, daß ich einige kurze Bemerkungen zum Rechnungsabschluß 1973 mache. Zunächst als "Zivilschutzkamerad" ist mir bei Durchsicht des Rechnungsabschlusses 1973 selbstverständlich sofort aufgefallen, ja gerade ins Auge gesprungen, daß der für das Rechnungsjahr 1973 im aoH veranschlagte Betrag von S 300.000,- für den Schutzraumbau im Resthof nicht verwendet wurde. Ebenso ergab die Rechnung 1973 unter Förderung der gewerblichen Wirtschaft (und zwar Zuschüsse für Gewerbeförderung), daß von dem unter diesem Titel präliminierten Ansatz von S 250.000,- nur S 20.500,- - also knapp 8,2 % - verwendet wurden.

Zu Punkt 1) des Vorhergesagten - nicht verwendete Mittel für den Schutzraumbau. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß die sozialistische Fraktion etwa aus Angst vor den zu erwartenden massiven Einsprüchen des Herrn Kollegen von der kommunistischen Einmannfraktion gegen den Schutzraumbau auf die Verwendung dieser Mittel im Rechnungsjahr 1973 verzichtet hat.

Zu Ihrer Beruhigung, meine Da-

men und Herren von der sozialistischen Fraktion und zur Aufklärung des Herrn Kollegen Treml habe ich mich diesmal besonders bemüht herauszubekommen, wie denn eigentlich der Zivilschutz in der Sowjetunion gehandhabt wird. Authentische Unterlagen, in die ich Einsicht nehmen konnte, haben ein für mich überraschendes Ergebnis gebracht. Mit Sicherheit - davon bin ich überzeugt - wird es auch unseren Kollegen Treml überraschen. Ich habe nämlich feststellen können, daß gerade die UdSSR und ihre Verbündeten vom Zivilschutz sehr viel halten. Die Zivilverteidigung ist auch dort kein Stiefkind neben den anderen Maßnahmen des Gesamtverteidigungsprogrammes. Die Sowjetzivilverteidigung, insbesondere der Zivilschutz, stützt sich auf 2 Säulen - auf die massive Luftabwehr (MPWO) und auf die paramilitärische Gesellschaft DOSAAF. Da staunen Sie, Herr Kollege Treml, was wir alles wissen? Das engmaschige Netz beider Organisationen überzieht das gesamte Territorium der Sowjetunion und, da die Zivilverteidigung gleichzeitig auch in den Aufgabenbereich des Vereinigten Oberkommandos der Warschaupaktstaaten fällt, auch über deren gesamte Hoheitsgebiete. Die MPWO organisiert den Zivilschutz, die DOSAAF bildet die Kräfte aus.

Der MPWO obliegt es

- 1) sicherzustellen, daß die Bevölkerung vor Luftangriffen frühzeitig gewarnt ist,
- 2) zu gewährleisten, daß der bestmögliche Schutz gegen Angriffe mit nuklearen, chemischen oder biologischen Waffen und deren Folgen für die Bevölkerung besteht und
- 3) Rettungsarbeiten in den angegriffenen Gebieten durchzuführen.

Hingegen die DOSAAF hat

- 1) die Bevölkerung über Schutzmaßnahmen zu unterrichten. Sie arbeitet zusammen mit dem Roten Kreuz, dem Roten Halbmond und dem Kom-

somol (die Jugendorganisation mit über 20 Mill. Mitgliedern). Alle vier Organisationen verfügen insgesamt über mehr als 100 Mill. Mitglieder.

2) Die Leiter und Mitglieder der Selbstschutzgruppen auszubilden und Ausbildungsunterlagen jeglicher Art herauszugeben, die der Popularisierung des Zivilschutzgedankens dienen.

Begünstigt durch das sowjetische System gibt es daher für den Zivilschutz im Osten keine personellen und materiellen Probleme im Gegensatz zu Österreich. Dort ist sogar jeder Bürger zivilschutzpflichtig, der Ausbildungsstand ist gut und auch an der Ausrüstung mangelt es nicht. Und noch etwas, Herr Kollege Treml. Im Osten schenkt man gerade dem Schutzraumbau größte Aufmerksamkeit, in dem Wissen, daß die Glaubwürdigkeit des Zivilschutzes mit der Lösung des Schutzraumbaus steht und fällt. Bekanntlich schon unter Malenkov wurden die Untergrundbahnen in Moskau und anderswo als Schutzräume ausgebaut. Ersparen Sie, Herr Kollege Treml, daher mir und uns allen in Hinkunft weitere ablehnende Stellungnahmen zum Schutzraumbau in Steyr. Denn nach dieser ausführlichen Aufklärung eines Kommunisten (der es eigentlich besser wissen müßte) durch einen absoluten Nichtkommunisten (der es besser weiß) klingt sicherlich alles künftig von Ihnen Gesagte unglaubwürdig.

Nun zum Zweiten - der Förderung der gewerblichen Wirtschaft im Jahr 1973. Ich kann mir schon vorstellen, wie sehr der Herr Bürgermeister und der Herr Finanzreferent die Leistungen der Gemeinde auf diesem Gebiet im Rahmen ihrer Budgetbetrachtungen für 1975 herausstellen werden. Man wird dort versuchen, mit großartigen Zahlen aufzuwarten. Man wird dort jedes gemeindeeigene Grundstück, das an einen Interessenten aus der gewerb-

lichen Wirtschaft verkauft wurde, als einmalige und großartige Förderung der Wirtschaft darstellen. Man wird sogar, so nehme ich zumindest an, z. B. den Ankauf eines zusätzlichen Autobusses für den innerstädtischen Verkehr und die Führung einer neuen Verkehrslinie über den Wieserfeldplatz als wirtschaftsfördernde Maßnahme herausstellen. Um meine spätere Antwort aus zeitökonomischen Gründen gleich vorwegzunehmen:

Meine Damen und Herren, solche Förderungen sind in anderen vergleichbaren Städten eine Selbstverständlichkeit und werden nicht erst separat erwähnt. In anderen Städten werden von der Gemeinde ganze Gewerbehöfe auf Gemeindegeld erbaut und dann an Interessenten aus der gewerblichen Wirtschaft zu angemessenen Preisen vermietet. Erwähnenswert wäre eine echte Förderung der gewerblichen Wirtschaft, und zwar wie es wörtlich unter der Post 75-91 heißt, "Zuschüsse für Gewerbeförderung". Und da können Sie lediglich eine lächerliche Summe von S 20.500,- für 1973 nennen. Eine lächerliche Summe im Vergleich dazu, wenn man bedenkt, daß Sie Ihren sozialistischen Verein Arbeiterheim, u. a. über den Weg des Umbaus des in seinem Eigentum stehenden Casino-Restaurantes bisher mit einem Betrag von S 1,9 Mill. subventionierten. Also, alle Betriebe der gewerblichen Wirtschaft zusammen erhielten in den letzten Jahren eine finanzielle Förderung von S 72.000,- und ein Betrieb allein - welch Zufall, daß es sich um einen sozialistischen Verein handelt - erhielt im gleichen Zeitraum einen Betrag von S 1,9 Mill. Ganz abgesehen von den S 3,6 Mill. für die sogenannte Ablöse Volkskino, welcher Betrag zur Gänze dem sozialistischen Wirtschaftsverein Arbeiterheim zugeflossen ist. Das ist Ihre großartige Förderungspolitik, meine Damen und Herren. Und fast zum Hohn

haben Sie wiederum in den Voranschlag 1975 nur einen Betrag von S 250.000,- für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft aufgenommen. Ich kann Ihnen sagen, Herr Bürgermeister, auch dieser Betrag wird wieder nicht von der gewerblichen Wirtschaft in Anspruch genommen werden können, solange Sie sich nicht endlich entschließen, Vergaberichtlinien für diese Beträge zu erstellen. Ich kann mit Zeugen aus der gewerblichen Wirtschaft aufwarten, die eine Förderung sehr nötig gehabt hätten und die auf Anfrage nur erfahren haben "diese Förderungsbeträge sind nur für die Clo-Aktion der Gastwirte gedacht." Natürlich sind wir alle sehr froh, wenn unsere gastgewerblichen Betriebe saubere sanitäre Räume aufweisen und dafür auch finanziell unterstützt werden. Aber nicht einmal hierfür gibt es Richtlinien für die Vergabe. Wir fordern daher ehestens die Erstellung klarer Richtlinien, eine Ausweitung der Förderung für alle Bereiche der gewerblichen Wirtschaft und öffentliche Verlautbarung der Richtlinien (wegen der von Ihren Wiener Parteifreunden so oft gerühmten Transparenz). Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Eine Wortmeldung dazu? Herr Kollege Fritsch.

Ich darf vielleicht kurz erwähnen, ich bin erstaunt über die Kenntnisse der sowjetischen Zivilschutzrichtungen, die Stadtrat Wallner besitzt. Größten Respekt. Aber ich bin noch vielmehr erstaunt, daß er bereits unter die Weissager gegangen ist, vorauszuahnen, was ich später sagen werde.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:
Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren!

Erlauben Sie mir hier kurz auf einige Details des vorliegenden Rech-

nungsabschlusses 1973 hinzuweisen. Die ursprünglich veranschlagte Einnahmensumme von - ich nenne nur runde Zahlen - S 176,7 Mill. erhöhte sich auf ca. S 215,8 Mill. real. Das bedeutet, daß die Fehleinschätzung rund 39 Mill. oder 22 % betrug. Diese Tatsache ist mithin mehr ein Beweis, daß unsere ständige Forderung nach realistischeren Voranschlagserstellungen nicht zu Unrecht erhoben worden ist. Rund S 30 Mill. allein beträgt die Differenz zwischen Präliminar und Rechnungsabschluß in der Gruppe 9. Der Differenzbetrag bei den Einnahmen aus der Gewerbe- und Lohnsummensteuer ist auch nicht gering. Die Fehleinschätzung bei diesen Posten zusammen beträgt ca. S 1,7 Mill., während die Bundesabgabenertragsanteile, welche sicherlich auf Grund bestehender Erfahrungswerte annähernd richtig veranschlagt werden können, mit ca. S 4,5 Mill. zu niedrig eingesetzt wurden. Dieselben Fakten wie vorhin aufgezeigt finden wir auch im oH. Nur einige Beispiele. Wohnbaurdarlehen S 10 Mill. veranschlagt, verbraucht S 2,2 Mill. Waldrandsiedlung Nord S 400.000,- veranschlagt, verbraucht S 87.000,-. Im Straßenbau wurden 14 Vorhaben überhaupt nicht in Angriff genommen. Nur einige Beispiele: Ausbesserung der Wehrgrabengasse, Prinzstraßenausbau, Baulos Steinfeld usw.

Zu anderen Problemen hat allerdings Kollege Wallner bereits Stellung genommen. So aber könnte man noch viele Posten als Beweis für unsere Behauptung, zu übervorsichtig zu präliminieren, aufstellen. Wir fordern daher mit allem Nachdruck, endlich an die Erstellung wirklichkeitsnaher Voranschläge zu denken. Natürlich zeigt dieser Rechnungsabschluß auch positive Tendenzen. So die Forcierung des Kanal-, des Brücken- und des Straßenbaues in Großvorhaben. Wir sind damit wieder ein Stück weiter gekom-

men, unsere Stadt lebenswerter zu machen. Aus diesem Grund, sehr verehrte Damen und Herren, gibt die Fraktion der ÖVP dem Zahlenwerk des Rechnungsabschlusses 1973 die Zustimmung, ohne jedoch damit nachträglich die von uns im Jahre 1973 abgelehnten Vorhaben zu sanktionieren.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Als Nächster hat sich Kollege Treml gemeldet. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist die letzte, danke.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Als Vertreter der KPÖ geben wir dem Zahlenwerk des Rechnungsabschlusses 1973 die Zustimmung. Natürlich mit der üblichen Einschränkung der Dinge, für die wir im Jahre 1973 nicht zugestimmt haben. Vor allem betrifft das die Wohnbaupolitik. Dazu möchte ich jetzt nicht ausführlich sprechen, weil ich beim nächsten Tagesordnungspunkt dazu Gelegenheit habe. Was nun die Ansprache unseres "Zivilschutzkameraden" betrifft. Heute sage ich es offen und deutlich heraus, das letzte Mal war es so, daß ich auf Grund Ihrer Ansprache dies sofort zurückgenommen habe, weil Sie damals erklärten, daß Sie nur als Baureferent der stellvertretende Obmann des Zivilschutzverbandes sind. Nachdem, was Sie heute gesagt haben, haben Sie sich seit dieser Zeit doch etwas mehr beschäftigt und zählen zu den Männern, die besonders in dieser schwierigen Situation, in der wir uns befinden, in der Richtung wirken wollen. Wir Kommunisten sehen unsere Hauptaufgabe in der derzeitigen Situation in Europa, daß wir besonders dafür eintreten, so wie in der Vergangenheit, daß dieses Europa, das wir heute vorfinden, ein friedliches Europa sein soll. Dazu glaube ich - darüber gibt es keine Mei-

nungsverschiedenheiten unter den Fraktionen - gilt es, bestimmte Auffassungen zu korrigieren. Sie haben mich als Nichtkenner der Sowjetunion bezeichnet. Ich glaube, da irren Sie sich aber. Sie haben offenbar vergessen, daß ich nicht der Parteisekretär der kommunistischen Partei der Sowjetunion, sondern der Gemeinderat der Stadt Steyr bin. Daher interessieren mich vor allem die Interessen der Stadt Steyr, die Politik, die in unserem Land gemacht wird und weniger die der Sowjetunion. Aber im Bezug auf den Frieden glaube ich, ist gerade die Friedenspolitik der Sowjetunion beispielgebend für viele Länder in Europa sowie auch in der Welt. Wenn Sie hinweisen, in der Sowjetunion haben sie einen viel besseren Zivilschutz wie in Österreich, dafür gibt es auch gute Gründe; nämlich Österreich ist noch nie überfallen worden und sind nicht so viele dutzende Millionen hingemordet worden, ungefähr vor 30 Jahren. Aber trotzdem hat man in der Sowjetunion den Vorrang gegeben, gerade die zerstörten Städten und Wohnungen aufzubauen und hier die Grundlage zu schaffen, daß sie diesem Mangel, der besonders in der Nachkriegszeit aufgetreten ist, entgegenwirken. Hier haben wir als Gemeindefunktionäre in unserer Stadt sehr viel nachzuholen.

Kollege Wallner, wenn Sie ein bißchen Nächstenliebe üben, möchte ich Ihnen empfehlen, das Bürgerspital zu besuchen. Dort leben ein Dutzend Menschen, die dort schlechter hausen, als man üblich in der Landwirtschaft Borstenvieh hält. Hier sehen wir die Probleme in unserer Stadt, daß wir in erster Linie eben die Sorge vorrangig betrachten, mehr Wohnraum für unsere Bevölkerung zu schaffen.

Wenn Sie schon glauben, Dinge aus der Sowjetunion übernehmen zu wollen, so würde ich Sie so wie die ganze Fraktion einladen, mit mir gemeinsam die Sowjetunion zu besuchen

und nicht nur den Zivilschutz zu erkunden und hier Dinge einführen, wo ich die Notwendigkeit heute nicht sehe, sondern daß man eben die Dinge, die sozialen Probleme, die in der kommunistischen Gesellschaft gelöst sind, sie bei uns gemeinsam mit mir zu vertreten und in Österreich einzuführen. Ich glaube, dann würde es wahrscheinlich Schwierigkeiten geben. Sie haben hier Zahlen so glaubwürdig geschildert, die ich nicht weiß, von wo Sie sie herhaben. Aber z. B. kenne ich große Wohngebiete in der Sowjetunion, in Minsk, Leningrad, wo es in den Neubaugebieten, wie Resthof, nur etwas größer, keine Schutzräume gibt, daß z. B. in Moskau, Kiew, Leningrad wohl die Möglichkeit besteht, bei einem neuerlichen Angriff, die öffentlichen Verkehrsmittel, also in dem Fall die Metro, die bis zu 40, manchmal 60 oder 70 m unter der Erdoberfläche sich bewegt, heranzuziehen. Das werden Sie herausgelesen haben. Auch ist es falsch, daß z. B. unter Malenkov sehr viel in dieser Richtung gemacht wurde, sondern richtig ist vielmehr, daß man schon im Jahre 1934 bekanntlich unter Stalin in Moskau die Metro und auch nicht bereits unter Malenkov in Leningrad, sondern später unter Chruschtschow erst die Metro gebaut hat. Das können Sie fortsetzen bis in die Jetztzeit, weil täglich und stündlich dort neue Stationen errichtet werden. Ersparen Sie mir, daß ich über diese Dinge spreche, wir haben vielleicht privat die Gelegenheit oder doch einmal gemeinsam die Gelegenheit - es waren schon viele Kollegen höheren Ranges in der Sowjetunion und haben sich für manche Dinge interessiert - diese Erfahrungen zu sammeln und nicht mir zu unterschieben, daß wir Nichtkenner und damit unglaubwürdig in unserer Argumentation sind.

Ich glaube, ich habe zu diesem Problem reichlich genug gesagt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir sind nun am Ende der Diskussion zum Rechnungsabschluß. Ich frage, ob der Referent dazu noch etwas zu sagen hat? Ich lasse darüber abstimmen. Wer dem Rechnungsabschluß in der vorgelegten Form die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Ich stelle die Einstimmigkeit dieses Beschlusses fest.

Somit kommen wir nun zum letzten Tagesordnungspunkt, der vermutlich die meiste Zeit in Anspruch nehmen wird, zum Voranschlag für das kommende Rechnungsjahr.

Ich bitte den Referenten Stadtrat Fürst.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Werte Damen und Herren!

Die Frage des Bürgermeisters, ob ich zum Rechnungsabschluß 1973 noch Ausführungen zu bringen hätte, habe ich absichtlich verneint. Ich will nämlich Doppelgleisigkeiten vermeiden. Ergeben sich doch aus dem Rechnungsabschluß 1973 und dem Voranschlag 1975 diverse Parallelen und um hier eine Zweigeleisigkeit aus Zeitgründen zu vermeiden - die wurde von anderen Kollegen in Anspruch genommen - darf ich diese Vorgangsweise wählen.

Nun zum Haushaltsvoranschlag 1975.

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir sind laut § 49 (1) des Gemeindestatutes der Stadt Steyr verpflichtet, für das kommende Rechnungsjahr 1975 einen Voranschlag zu erstellen, der die Grundlage für die Führung des Gemeindehaushaltes ist.

Laut § 49 (2) sind dem Voranschlag angegliedert die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen, die von der Stadt verwalteten Fonds, denen keine Rechtspersönlichkeit zu-

kommt, der Dienstpostenplan, der Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, der Wirtschaftsplan des Städtischen Wirtschaftshofes und weiters der Voranschlag für die Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr.

Soviel sagt das Statut der Stadt Steyr über die Verpflichtung, einen Voranschlag für das kommende Jahr zu erstellen, aus. Es ist aber zugleich eines der vornehmsten Rechte einer autonomen Gemeindevertretung, sich Richtlinien gemäß ihrer eigenen Interessen und Zielsetzungen für die Wirtschaft bzw. Haushaltsführung zu geben. Der Voranschlag, so betrachtet, wird nicht nur ein buchhalterisches Zahlenwerk, sondern eine Aussage der wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen auf dem kommunalen Sektor, zugleich aber auch ein Mittel zur Kontrolle deren Verwirklichung. Der Voranschlag wurde fristgerecht den Fraktionen zur Beratung übermittelt und am 14. 11. 1974, ebenfalls fristgerecht, vom Stadtse-nat eingebracht. Die öffentliche Auflage des Haushaltsvoranschlages er-brachte weder Einwände noch Erinne-rungen. Es sind somit die formal-rechtlichen Voraussetzungen für eine Beschlußfassung des Haushaltsvoran-schlages 1975 durch den Gemeinderat gegeben.

Der heute zu beschließende Haushaltsvoranschlag orientiert sich vor allem an 4 Kriterien:

1. An der wirtschaftlichen bzw. finan-ziellen Situation der Stadt, sich erge-bend aus den Rechnungsergebnissen des Vorjahres.
2. Zügige Fortführung von begonnenen Vorhaben.
3. Erfüllung der für diesen Zeitraum im mittelfristigen, von Ihnen beschlos-senen Investitionskonzept vorgesehe-nen Vorhaben, modifiziert im Hinblick auf eine seit dieser Beschlußfassung geänderte Kreditsituation.

4. Einhaltung von vertraglichen Ver-pflichtungen.

Der Voranschlag kann als vor-sichtig erstellt beurteilt werden, sind doch seine wirtschaftlichen bzw. fi-nanziellen Komponenten für sichere Schätzungen weniger tauglich denn je und von Umständen abhängig, die einer eigenen Einflußnahme entzogen sind bzw. nicht unterliegen.

Es kann hier durchaus, wenn wieder über diesen Voranschlag einmal der Rechnungsabschluß diskutiert wird, eine Prozentzahl gesagt werden, um wieviel Prozent wir uns heute mit den finanziellen Voraussetzungen ver-schätzt haben. Man wird uns vielleicht dann auch vorwerfen, wir haben nicht wirklichkeitsnahe budgetiert. Aber ich glaube, in einer Zeit weltweiter wirt-schaftlicher Unsicherheit, ist eine so-lide oder vorsichtige Erstellung eines Voranschlages mehr denn je begrün-det. Ich denke nur beispielsweise an die drastische Preisveränderung 1974 auf dem Energiesektor, die allein mit den sich daraus ergebenden Anschluß-wirkungen genügt, auch einen Voran-schlag der Stadt Steyr, direkt oder in-direkt über die Toleranzgrenze hinaus zu beeinflussen. Aber trotzdem werden in diesem Voranschlag wieder ein Teil jener kommunaler Vorhaben verwirk-licht, die der Bevölkerung anlässlich der Ende 1973 stattgefundenen Wahl des Gemeinderates in Aussicht gestellt wurden. Die vollständige Verwirkli-chung, gemessen an der Notwendig-keit vieler Vorhaben, mag uns allen zu lange dauern, richtet sich aber nach den finanziellen Mitteln und Möglich-keiten unserer Stadt, die für das näch-ste Jahr in dem uns vorliegenden Zah-lenwerk zum Ausdruck kommen.

Der Gesamthaushalt, sowohl der ordentliche mit Gesamteinnahmen und -ausgaben in der Höhe von S 225,588,300 und der außerordentliche mit S 74,160.000,- sind ausgeglichen und ergeben eine Gesamtvoranschlagssum-

me von S 299,748.300,-, wobei nach Ausscheiden der im oH. enthaltenen Vergütungen zwischen den einzelnen Verwaltungszweigen sowie der Berücksichtigung der Rücklagengebarung und Zuführung von Mitteln aus dem ordentlichen Haushalt in den außerordentlichen, zu dessen Teilabdeckung, bei den Einnahmen der tatsächliche Finanzertrag und bei den Ausgaben der echten, wirksamen Aufwand S 276,090.100,- beträgt.

Dieser Betrag ist gegenüber 1974 inklusive Nachtragsvoranschlag um 9,7 Mill. höher. Dies beruht auf einer Erhöhung der Darlehensaufnahmen und der Steuereingänge. Im Vordergrund bei einer Betrachtung des Voranschlags stehen in erster Linie die Einnahmen. Die veranschlagte Gesamtsumme der Einnahmen des oH. beträgt S 225,588.300,-. Im Einzelnen stellen sich die Einnahmen folgend dar:

Eigene Steuern (ohne Verwaltungsabgabe)	S 67,370.000,-
(1974 S 66,188.000,-)	
Gebrauchsabgaben, Gebühren und sonstige Gemeindeabgaben	S 12,857.000,-
(1974 S 12,560.000,-)	
Abgabenertragsanteile	S 87,000.000,-
(1974 S 83,000.000,-)	
Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge von Gebietskörperschaften	S 5,796.600,-
Mieten und Pachten	S 3,353.100,-
Pensionsbeiträge	S 700.000,-
Verwaltungsstrafen	S 1,850.000,-
Zinsen für Guthaben und Forderungen	S 2,000.000,-
Ertrag aus Beteiligungen und Wertpapieren	S 3,225.000,-
Einnahmen aus Verträgen	S 3,000.000,-
Rückflüsse aus Bezugsvorschüssen	S 250.000,-
Rückflüsse von Darlehen	S 2,100.000,-

Entnahme aus Rücklagen	S 315.000,-
Ersätze und sonstige Einnahmen	S 20,522.600,-
Reineinnahmen	S 210,339.300,-
Vergütungen zwischen den Verwaltungszweigen	S 15,249.000,-
Das sind Gesamteinnahmen von	S 225,588.300,-

Die größte Einnahmepost, die eigenen Steuern, stellen sich aufgliedert folgend dar:

Grundsteuer A	S 165.000,-
Grundsteuer B	S 4,950.000,-
Gewerbsteuer	S 20,000.000,-
Lohnsummensteuer	S 33,000.000,-
Getränkesteuer	S 8,200.000,-
Lustbarkeitsabgabe	S 410.000,-
Hundesteuer	S 95.000,-
Ankündigungsabgabe	S 90.000,-
Anzeigenabgabe	S 460.000,-

Das Steueraufkommen für 1975 kann im Vergleich zu den beiden Vorjahren als konstant bezeichnet werden. Innerhalb der einzelnen Steuerarten sind hinsichtlich des Steueraufkommens jedoch bedeutende Verschiebungen eingetreten. So konnte der bedeutende Ausfall bei der Gewerbesteuer nur durch Mehraufkommen bei der Getränkesteuer (Einbeziehung des Biers in die Abgabepflicht) und bei der Lohnsummensteuer ausgeglichen werden. Das Aufkommen an Gewerbesteuer wurde auf Grund der Meßbetragsübersichten für 1974 angenommen. Falls keine Gewerbesteuernachveranlagungen bedeutender Firmen für vergangene Jahre erfolgen, ist für 1975 mit einer geringfügigen Erhöhung des veranschlagten Betrages zu rechnen, wobei vorderhand die rückläufige Tendenz bei der Gewerbesteuer keine Beendigung findet, wohl aber eine Erklärung.

Die in den letzten 2 Jahren beobachtete große Investitionstätigkeit großer Gewerbesteuerträger und deren steuerliche Abschreibungsmöglichkeit, vermindern in gewissen Zeiträumen diese

Steuer. Wir registrieren dies auf der Einnahmenseite als Verminderung unserer finanziellen Leistungskraft, wissen aber wohl, daß echte Investitionen in Form von Betriebserweiterungen oder deren Rationalisierung, die Sicherung von Arbeitsplätzen darstellen und daraus ergibt sich wieder die Sicherung der zukünftigen Einnahmen.

Die Abgabenertragsanteile wurden mit 87 Mill. veranschlagt. Dieser Betrag entspricht dem etwas erhöhten Aufkommen des Jahres 1974. Die Festsetzung erfolgte etwas vorsichtiger, da die Auswirkungen der per 1. 1. 1975 in Kraft tretenden Einkommenssteuerreform auf das Ausmaß der Abgabenertragsanteile nicht errechenbar sind. Eine andere Veranschlagung war nicht möglich, da die Voranschlagsansätze des Landes OÖ. zur Zeit der Budgeterstellung für die Stadt nicht bekannt waren.

Die übrigen Posten weisen mit Ausnahme der Post Ertrag aus Beteiligungen und Wertpapieren nur geringfügige Veränderungen auf. Bei letztgenannter Post betrifft die Erhöhung die Einlösung von Kassenscheinen der Österr. Nationalbank (Zinsen 3 bzw. 4 %), welche 1974 im Zuge der Stabilisierungsmaßnahmen des Bundes aus den Erträgen der Abgabenertragsanteile des Jahres 1974 angekauft werden mußten und erst 1975 zur Einlösung gelangen.

Die Ansätze für Rücklagenentnahmen betreffen Entnahmen aus den Erneuerungsrücklagen und sind jeweils in der Höhe der vorgesehenen Neuanschaffungen, für welche Erneuerungsrücklagen bestehen, anzusetzen.

Soweit meine Ausführungen, was die Einnahmen betrifft. Nun zu den Ausgaben im ordentlichen Haushalt.

Der ordentliche Haushalt besteht zum überwiegenden Teil aus Pflichtleistungen und zwar zu 96 %. Nur die restlichen 4 % oder 9,1 Mill., die einmalige Anschaffungen betreffen, bieten

sich für eine freie Willensbildung durch den Gemeinderat an. Verschiedene Posten sind aber trotzdem einer näheren Betrachtung und Analyse wert und hier in erster Linie der Personalaufwand.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1974 von rund S 92,5 Mill. auf 99,8 Mill. gestiegen und beträgt somit 44,3 % des Haushaltes. Die Erhöhung ist bedingt durch die bereits dem Grund nach beschlossene Bezugsregelung ab 1. 7. 1975. Eine personelle Ausweitung des Personalstandes ist in dieser Summe nicht enthalten. Der prozentuelle Anteil der Personalkosten am Budget gegenüber dem Vorjahr ist praktisch gleich geblieben, ja ist sogar um Bruchteile von Prozenten zurückgegangen. Die Stadtgemeinde beschäftigt derzeit außer den nebenberuflich Tätigen und Teilbeschäftigten 75 pragmatisierte Bedienstete, 539 Vertragsbedienstete und 15 Kollektivvertragsarbeiter. Also ein erfreulicher Zustand, daß, obwohl summenmäßig der Personalaufwand um Wesentliches steigt. Es hat keine Vermehrung von Schreibtischen stattgefunden, es hat überhaupt keine Personalvermehrung stattgefunden und die gestiegenen Kosten resultieren wirklich nur aus den vorzitierten Umständen.

Bei den Allgemeinen Amtserfordernissen ist gegenüber 1974 eine Kostensenkung von S 60.000,- zu verzeichnen, welche auf Einsparungen zurückzuführen ist.

Es zieht sich durch den Haushalt noch manche andere Post, wo Einsparungen getätigt wurden und auch das soll man nicht vergessen, daß das Bemühen der Verwaltung, Einsparungen zu erzielen, durchaus gegeben ist und ein positiver Faktor in dieser Richtung zu verzeichnen ist.

Bei den Gebäudeerhaltungs- und -benutzungskosten ist eine Erhöhung von S 370.000,- eingetreten. Letztere beruht im wesentlichen auf einer Er-

höhung der Beheizungs- und Betriebskosten für die Gebäude, wie ich mehrmals schon erwähnte, was beweist, wie sehr uns die Energieverteuerung am kommunalen Sektor trifft.

Der sonstige Sach- und Zweckaufwand in der Höhe von S 89,3 Mill. ist gegenüber 1974 durch Einsparungen um S 1,5 Mill. gesunken. Es handelt sich bei dieser Ausgabepost - bedingt durch den vielfältigen Aufgabenkreis einer Gemeinde - im wesentlichen um reine Pflichtausgaben.

Die Zuführung an die Rücklage erfolgt nur in der Höhe der Abschreibungen für die betriebsähnlichen Einrichtungen und der Einnahmen für die Darlehenstilgungen und des Zuschlages für die Reinhaltung des Grund- und Quellwassers.

Die Zuführung an den aoH. kann nur in der Höhe erfolgen, als Mittel des ordentlichen Haushaltes hiefür übrigbleiben. Die derzeitige Steuerlage erlaubt nicht, einen höheren Betrag zu budgetieren und hier wird der Teil, der aus dem oH. noch in den aoH. übertragen werden kann, immer kleiner und ich werde beim aoH. auf genaue Summen noch zurückkommen.

Ein Kapitel, welches ganz kurz gestreift gehört, ist das Kapitel der Zuschüsse. Die Allgemeine Verwaltung bedarf eines Zuschusses von S 27 Mill. rund und diese Erhöhung ist im wesentlichen auf die Erhöhung der Gehälter, Löhne und der Ruhe- und Versorgungsgenüsse zurückzuführen.

Das Kapitel Öffentliche Sicherheit ist praktisch gleich geblieben, das Schulwesen bedarf eines großen Zuschusses. Er ist von 1973 von S 20 Mill. über 1974 auf S 25 Mill. und 1975 auf S 26,5 Mill. gestiegen. Es sind zwar auch hier im großen und ganzen die Personalkosten, die zu Buche stehen, aber auch hier spielt die Beheizung der Schulen, also die Brennstoffsituation sehr stark mit. Um nur ein paar größere Schulen zu nennen, die

Handelsschule erfordert einen Zuschuß von S 2,8 Mill., die Fachschule für Damenkleidermacher und wirtschaftliche Frauenberufe von S 3 Mill., die Handelsakademie von S 900.000,-, die allgemeinbildenden Pflichtschulen von S 11,4 Mill. und die Berufsschulen von S 1,9 Mill.

Die Kindergärten erfordern immer noch einen Zuschußbedarf von S 6,1 Mill. Wenn wir die Gesamtsummen des Zuschußbedarfes von S 11,3 Mill. ansehen, müssen wir konstatieren, daß die Hauptlast, die finanzielle Hauptlast, bei den Kindergärten immer noch die Gemeinde zu tragen hat und das soll gesagt werden, weil in der Bevölkerung vielfach der Eindruck entsteht, daß die Gemeinde eigentlich, nachdem das Land uns finanziell so großzügig unter die Arme gegriffen hat, eigentlich nichts mehr zu tragen hat. Ich darf nochmals unterstreichen, daß die finanziell größte Komponente noch immer von uns zu tragen ist.

Daß der Stadt Steyr Kultur, Wissenschaft, Volksbildung und Denkmalpflege keine bloßen Lippenbekenntnisse sind, zeigt der Zuschußbedarf von S 7,2 Mill. zu diesem Kapitel. So beträgt der Zuschuß zu den Kulturamtsveranstaltungen S 400.000,-, für das Stadttheater S 860.000,-, für die Musikschule rund S 1,296.000,- für Kunstpflege, Wissenschaftspflege und Volksbildung S 600.000,-, für Volkshochschule (beinhaltet u. a. einen Betrag zur Errichtung eines Seniorenklubs) S 950.000,-, für Heimatmuseum und Stadtarchiv (mit einer Rate von S 250.000,- für eine Brandmeldeanlage für die dort gehorteten Schätze, so daß sich diese Höhe anders darstellt) S 800.000,-, für Denkmal- und Heimatpflege (und der im aoH. eingesetzten Summe) S 1,420.000,-.

In der Bekämpfung der Armut, in der Hilfe bei Hilfsbedürftigkeit, in der gesundheitlichen Sozialhilfe und in der Jugendhilfe setzt auch dieser Voran-

schlag mit einem Zuschuß von S 23,5 Mill. einen Schwerpunkt. Es scheint zwar so, wenn man gewissen Nachrichten und Artikeln Glauben schenken dürfte, es würden Umstände herrschen, daß eine Armut in der Bevölkerung nicht mehr vorhanden ist und man kann oft nur den Kopf schütteln, wenn man auf diesem Sektor tätig war, solche Meldungen zu lesen. Wenn man die Summen betrachtet, die die Wohlfahrt hier braucht, um das Nötigste zu haben, weiß man, daß dem nicht so ist. Diese Post wurde um S 3,5 Mill. erhöht, nachdem sie bereits im Vorjahr schon um S 3 Mill. erhöht wurde. Erstmals ist eine Post im nächsten Jahr oder wird eine Post im nächsten Jahr wirksam und zwar die Familienhilfe und Hauskrankenpflege, die hier ihre Dotierung erfahren hat, ebenso die Aktion "Essen auf Rädern", die mit S 300.000,- zu Buche steht und damit die Ernsthaftigkeit zur Verwirklichung dieses Strebens ersichtlich macht. In dieser Summe hat auch die Brennstoffaktion für Bedürftige, ebenso die Säuglingswäschepaketaktion ihren Platz. Nicht unerwähnt darf hier der Zuschußbedarf des Städtischen Altersheimes von S 8,6 Mill. sein. Auch die Erhöhung der Sozialhilferichtsätze trägt mit zur Erhöhung des Zuschußbedarfes bei.

Bei Gesundheitswesen und Körperliche Ertüchtigung erfolgt eine Erhöhung von 9 auf 11 Mill. Schilling. Diese Erhöhung betrifft aber vor allem die Personalkosten. Eine Post, die den Säckel der Stadt immer mehr bedrückt, ist der Krankenanstaltenbeitrag von S 7,2 Mill. Hier ist noch ein Betrag von S 320.000,- für die Rettung drinnen. Die Steigerung des Aufwandes der Sportplätzeerhaltung ist im wesentlichen sehr minimal, wie überhaupt hier ein gewisses Atemholen bei dieser Post zu bemerken ist. Das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, dieser Ansatz beinhaltet im großen und ganzen

das Bauamt, die Straßenerhaltung mit 2,5 Mill., die Asphaltierung bestehender Straßen mit S 3 Mill. Nicht unerwähnt soll ein Betrag von S 700.000,- bleiben für die Brückenrevision unserer letzten zwei alten Brücken.

Die nächste Ansatzpost ist Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung. Der Zuschußbedarf stellt mit 7,7 Mill. eine Verminderung gegenüber 1974 dar. In dieser Gruppe gelangen die Straßenbeleuchtung, die -reinigung, die Kanalisation, das Feuerwehrewesen mit 1,1 Mill., die Park- und Gartenanlagen, für die mit der Stadtgärtnerei immerhin S 3,5 Mill. Zuschußbedarf notwendig sind, und der Städtische Wirtschaftshof zur Darstellung. Durch den Wegfall einmaliger Ausgaben und die Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr hat sich der Zuschußbedarf gesenkt.

Auf die Wirtschaftlichen Unternehmungen darf ich näher eingehen beim Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen. In der Finanz- und Vermögensverwaltung ist vor allem ein Betrag zu erkennen, das sind S 17 Mill. Landesumlage, die wir dem Land abzuführen haben und der in seiner Größenordnung heute nicht mehr zu übersehen ist und unter Zugrundelegung der Finanzkraft von 1974 veranschlagt wurde.

Der Schuldendienst mit Darlehenszinsen von S 8 Mill. und Kosten der Kreditaufnahme von S 400.000,- und der Darlehenstilgung von S 2,5 Mill., die zusammen S 10,5 Mill. ergeben, stellen 4,66 % des ordentlichen Haushaltes dar und liegen damit 50 % unter dem Faustregellimit von 10 %. Das ist durchaus vertretbar und als niedrig zu bezeichnen.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß mit Ende des Jahres 1974 der Stand der Darlehensaufnahme oder mit anderem Namen die Schulden die 100-Millionen-Grenze geringfügig überschritten haben.

Die Verschuldung ist noch als

niedrig zu bezeichnen, wie ich schon beim Zinsendienst erwähnt habe. Die letzten Vergleichszahlen aus dem Jahr 1972 von vergleichbaren Städten weisen bereits zu diesem Zeitpunkt Schuldenstände auf, die, um nur einige namentlich zu nennen - St. Pölten den 2,4fachen, Wr. Neustadt den 2,5fachen und Wels mit S 335 Mill. den 3,3fachen Schuldenstand Steyrs von heute - erreichten. Der Ruf eine niedrig verschuldete Stadt zu sein, dürfte aber bald der Vergangenheit angehören, sollte sich die Bedeckung des aoH für 1975 nicht günstiger auf der Einnahmenseite entwickeln als es bis zu diesem Zeitpunkt angenommen werden kann, müssen doch 96 % des ao. Haushaltes mit Darlehen finanziert werden.

Wenn Sie sich vielleicht heute ganz kurz zurückerinnern an den Abschluß 1973. Dort konnten noch 34 % dem aoH. zugeführt werden aus dem ordentlichen Haushalt und im Jahre 1975 werden es nur mehr 4 % sein.

Soviel wäre über den ordentlichen Haushalt zu sagen und nun zum außerordentlichen. Der außerordentliche Haushalt läßt unschwer Schwerpunkte erkennen, nach der Größe des Finanzbedarfes sind diese:

1. der Straßenbau und die Verkehrseinrichtungen
2. der Kanalbau
3. der Wohnungsbau und
4. der Schulbau.

Der Gesamtbedarf ist mit 74,2 Mill. zu beziffern. Ins Detail gehend ergeben die größeren Vorhaben folgenden finanziellen Bedarf:

S 200.000,- für die Instandsetzung der hof- und ennskaiseitigen Rathausfassade und S 300.000,- für den Ausbau von Schutzräumen in den Häusern Resthof.

Für die Pflichtschulen sind rund S 3,9 Mill. vorgesehen. Hievon entfallen S 260.000,- als Restabwicklung für den Neubau der Ennsleitenschule, S 3,5 Mill. als Baurate für die Erwei-

terung der Promenadeschule und S 100.000,- für die Planung einer Volks- und Hauptschule in Gleink.

Als Baurate für einen Neubau der Städtischen Handelsakademie wurden S 5 Mill. veranschlagt. Hier sei nicht unerwähnt, daß sich seit Vertragsabschluß mit dem Bund alle möglichen Voraussetzungen sowohl finanzieller wie planerischer Art geändert haben. Die Voraussetzungen am Kreditsektor sind für uns sehr wirksam und so wird es notwendig sein, mit dem Bund hier neue für die Stadt günstigere Bedingungen auszuhandeln, sollte der aoH. der nächsten Jahre nicht unter diesem Finanzbedarf dieses Schulbaues leiden. Anlässlich des Bürgermeisterempfanges in der vergangenen Woche konnten wir Zusicherungen seitens des Sektionschefs Dr. Merz vernehmen, der hier den Willen kundgetan hat, Anfang des kommenden Jahres Verhandlungen in dieser Sicht mit der Stadt aufzunehmen.

Auch auf dem Kindergartensektor soll sich wieder etwas tun. Für die Errichtung eines Lehrkindergartens sind als 1. Baurate 1 Mill. vorgesehen.

Für denkmalpflegerische Ausgaben zur Altstadterhaltung S 1 Mill. und das unter dem Aspekt Denkmalschutzjahr. Wenn Sie nun die Zuschußpost aus dem oH. dazunehmen, gibt die Stadt nächstes Jahr fast S 1,5 Mill. für diese Zwecke aus und kennzeichnet so wirklich ein Bemühen, diesem Jahr Rechnung zu tragen.

Als Beitrag für die Körperliche Ertüchtigung sind insgesamt S 500.000 vorgesehen. Im einzelnen handelt es sich hiebei um folgende Vorhaben: Planung Sportzentrum Rennbahn S 100.000,-, Sportplatz Ennsleite - Ausbaurate S 100.000,-, Sportplatz Münchenholz - Platzsanierung S 200.000 und Planung eines Veranstaltungsraumes in Münchenholz S 100.000,-.

Ich habe schon gesagt beim Zuschußbedarf bei der Körperlichen Er-

tüchtigung, nach den großen finanziellen Anstrengungen am Sportsektor in den letzten Jahren ist dieses kommende Jahr in erster Linie ein Jahr der Planung und des finanziellen Atemholens, was aber nicht sagt, daß auf diesem Gebiet in Zukunft weniger getan werden soll, wie Sie aus dem mittelfristigen Investitionskonzept wissen. Wenn wir hier lesen, eine Planungspost Sportplatz Rennbahn, dann mag das dem einen oder anderen vielleicht noch in weiter Ferne zu liegen und nicht ganz aktuell erscheinen. Wenn Sie aber die Ausbaustufe des innerstädtischen Umfahringes betrachten, der die Höhe der Polizeikaserne in der Tomitzstraße erreicht hat und praktisch hineindrängt in den Sportplatz Vorwärts, dann werden Sie wissen, daß dieser Summe schon ein großes Gewicht beikommt.

Für die Weiterführung des Wohnbaues sind als Darlehen an gemeinnützige Wohnungsvereinigungen S 10 Mill., für Vorarbeiten für die geplante Waldrandsiedlung-Nord S 200.000,- und S 200.000,- als Beitrag zu den Anschlußkosten der Schlüßlmayrgründe veranschlagt. Daß diese S 10 Mill., die dem Wohnbau zugeacht sind, keine Anmerkungspost sind, das darf ich vielleicht daraus, verehrte Damen und Herren, ableiten, daß Sie vor kurzem der Aufnahme eines Kredites dieser Höhe für diesen Zweck zugestimmt haben und wie Sie wissen, kostet Kreditaufnahme Geld und hier muß wirklich ein vorgefaßter Plan vorhanden sein. Es müssen genügend Einreichungen vorhanden sein, es müssen genügend Landes- und Bundesmittel zugesagt bzw. bewilligt sein, daß man diese dann mit den Mitteln der Gemeinde vereinigt der Verwirklichung zuführen kann. Man wird keinen Kredit aufnehmen, wenn alle diese Umstände nicht zutreffen würden und so teile ich nicht die Befürchtung, daß dieses Geld nicht tatsächlich auch in

Bauten sichtbar wird.

Ein breiter Raum ist natürlich dem Ausbau der Straßen gewidmet. Der Ausbau der Straßen und Verkehrswege ist auch der Punkt, der schon im Rechnungsabschluß 1973 sich mit so großen Summen niedergeschlagen hat und die Fortführung begonnener Vorhaben bedeutet. Trotzdem sind die Beträge immer noch von einer beachtlichen Größenordnung, und zwar die Hundsgabenumfahrung und der Ausbau des rechten Brückenkopfes der Schönauerbrücke mit zusammen S 12 Mill., die Bauraten für die Stadteinfahrt Süd mit S 1,5 Mill., der Ausbau der Dukartstraße, der Bau eines Fußgängersteiges am Blümelhuberberg mit je S 1 Mill. Mit dieser 1 Mill. wird ein langer Wunsch und ein Versprechen der Gemeinde der Verwirklichung zugeführt. Hingegen wenn man sagt Stadteinfahrt Süd und das betrifft nicht nur die Stadteinfahrt Süd sondern alle Bauten und Bundesstraßen, die von der Landesbaudirektion durchgeführt werden, die hier mit größeren Ansätzen vermerkt sind, kommen diese nur dann zum Tragen, wenn das Land OÖ. in Ausführung der Bundesbeschlüsse rechtzeitig und termingerecht mit diesen Bauvorhaben einsetzt. Es ist so, daß diese Beträge sonst nur eine Aufzählung wären und man hinterher wieder sagen wird, wir haben in das Budget Summen genommen, die nicht ernst zu nehmen wären. Wie gesagt, das Straßenbauprogramm hängt nicht nur von unserem Willen ab, sondern von den Mitteln, die der Bund zur Verfügung stellt und ob das ausführende Organ, die Landesregierung, rechtzeitig mit dem Bau beginnt.

Der Autobusbahnhof ist ein langgehegter Wunsch der Bevölkerung im Teil um den Bahnhof und all derjenigen arbeitenden Menschen, die dort tagtäglich wie die Karnickel über die Straße gehetzt werden, damit sie die Autobusse erreichen, die sie von der

Arbeit nach Hause bringen. Ich glaube, das ist ein sehr gut angelegter Betrag diese S 1,2 Mill., die natürlich und ich nehme das fast an, eine Planungsziffer sind und es würde mich wundern, wenn sich die Kosten nicht höher stellen würden.

Die Verlängerung der Kaserngasse mit S 1,5 Mill., ist unumgänglich notwendig, sollte der Tabor eine zweite und günstige Anschlußstelle an die Seifentruhenumfahrung finden.

Baulos Stadtbad und Märzenkellerumfahrung sind zum Beispiel Bundesvorhaben, bei denen zutrifft, was ich vorher erwähnte.

Ausbaurate Wiesenberg S 500.000, Zufahrt Kläranlage S 500.000,-, Aufschließung Industriegründe Haagerstraße S 100.000,-, Ausbau Winklingerstraße S 100.000,-, Schaffung von Parkplätzen beim Stadtbad S 100.000,-, und in der Punzerstraße S 600.000,-, Asphaltierung Ortskai S 800.000,-. Das findet damit seinen Abschluß und man kann sagen, was mit verhältnismäßig billigen Mitteln, wenn auch mit einer etwas längeren Bauzeit geschaffen wurde, findet allgemein Anerkennung bei der Bevölkerung. Straßenbau Resthof S 500.000,-, Sandmairüberfuhr S 400.000,-. Diese soll auch wieder in einen betriebssicheren Zustand gebracht werden. Ich glaube, ich darf erwähnen, daß die Verhandlungen des Herrn Bürgermeisters ...

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER
FRANZ WEISS:

Darf ich bitte um Aufmerksamkeit bitten, auch am Beamtentisch. Ich weiß, der Voranschlag ist eine trockene Materie, aber Kollege Fürst strapaziert sich sonst zu sehr.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:
... soweit sind, daß bald wieder ein Verkehr über die Enns stattfinden wird. Als Beitrag zum Ausbau der Kanalisation sind S 12,6 Mill. vorgese-

hen. Ich will Sie nicht über Gebühr strapazieren und ich will Ihnen die einzelnen Vorhaben nicht nochmals vorlesen. Doch auf einen Umstand darf hingewiesen werden, S 200.000,- für die Kanalreparatur am Grünmarkt, die notwendig ist und die uns wieder mit Problemen konfrontieren wird, die der Summe würdig sind. Mit Ausnahme dieser Post sind es lauter Fortführungsarbeiten am Kanalsektor, also nichts Neues.

Drei Raten von zusammen S 1,3 Millionen sind für die Feuerwehr, für die Errichtung eines Bootshauses, einer Zeugstätte in Christkindl und für die Ruf- und Alarmanlage vorgesehen. Sicher alles notwendige Einrichtungen und wenn wir die Größe und die Schlagkraft unserer Feuerwehr betrachten, dürfen wir uns immer noch glücklich schätzen, daß sie uns nicht mehr Geld kostet, obwohl uns auch diese Beträge aufzubringen nicht allzu leicht fallen wird.

Für das Hallenbad ist eine Großreparatur mit S 350.000,- und für die Errichtung von Spielplätzen im Stadtbad ein Betrag von S 600.000,- veranschlagt. Diese sollen hangseitig hinter der Bahnlinie errichtet werden und das Stadtbad für Kinder und deren Eltern attraktiver machen. Das kostet enorme Mittel und der hier vorgesehene Betrag von S 600.000,- reicht bestimmt nicht für das Ganze aus, es kann nur eine Ratenpost sein.

Für die Planung zur Erweiterung des Hallenbades sind S 100.000,- veranschlagt, das heißt S 100.000,- zur Planung einer zweiten Sauna bzw. eines Lehrbeckens. Desweiteren sind veranschlagt: S 350.000,- Zuschüsse für Gewerbeförderung einschließlich S 100.000,- Aufschließungskosten Industriegründe Haager Straße. Es ist heute schon angeklungen, S 350.000,- sind hier drinnen und man will alles mögliche nur erwähnen, daß diese Summe größer wird. Man müßte auch einen

Vergabemodus festlegen. Ich darf mich nur auf das Budget beziehen. S 350.000, S 100.000,- Aufschließungskosten. Ich darf rückschauend eines sagen. Die ganzen Aufschließungskosten, die bereits dem Gewerbe zugute gekommen sind, sind nie unter der Gewerbeförderung gestanden. Das geht aus rein buchhalterischen Rücksichten und Vorschriften nicht. Wenn man aber nur allein diese Aufschließungskosten dazunehmen würde, würde diese Post ganz gewaltig mehr ausschauen. Ich darf auch darauf hinweisen, daß wir in Steyr vor der Errichtung eines Hotels sind. Auch der Kauf dieser Gründe ist unter der Liegenschaft aufgeschienen. Aber letzten Endes ist es eine Förderung des Gewerbes. Ob das durch einen Steyrer oder durch jemanden anderen betrieben wird. Auf der Umwegrentabilität wird dieses Hotel das Gewerbe in Steyr sicherlich befruchten.

S 8,4 Mill. für Grundkäufe, wovon S 5,4 Mill. auf Verpflichtungen aus bereits abgeschlossenen Kaufverträgen entfallen und S 350.000,- für Darlehen.

Eine große Anzahl von Vorhaben, die ich Ihnen alle aufgezeigt habe, sind bereits im mittelfristigen Investitionskonzept enthalten. Sie haben in ihren Ansätzen bedingt durch die Kreditrestriktionen manche Kürzung hinnehmen müssen, aber wenn Sie einen Vergleich mit diesem Konzept machen werden Sie sehen, daß einige Posten aus Dringlichkeit Erhöhungen erfahren haben.

Zum aoH. im Gesamten und seiner Bedeckung wäre folgendes zu sagen. Rund S 4,1 Mill. kommen ihm aus dem oH. zugute. S 3,7 Mill. aus Rücklagenentnahmen, S 1 Mill. aus Liegenschaftsverkäufen und S 65,4 Mill. aus Darlehensaufnahmen, wovon S 1 Mill. auf ein Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds entfallen.

Also darf ich abschließend noch einmal darauf hinweisen, daß diese

Schillinge, die im aoH. ausgegeben werden, doppelt teure Schillinge sind, sind es doch abgesehen von 4 % lauter Darlehensschillinge und was ein Darlehen kostet, ist Ihnen, verehrte Damen und Herren, sicher bekannt.

Hiermit hätte sich meine Übersicht über den Voranschlag 1975 erschöpft. Ich darf aber noch als Nächstes zum Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen kommen.

Der Erfolgsplan für das Jahr 1975 weist Aufwendungen in der Höhe von S 35,545.000,- auf. Zur Deckung der Verluste beim Stadtbad und der Kunsteisbahn sind an Gemeindegzuschüssen insgesamt S 2 Mill. veranschlagt (Stadtbad S 1,600.000,- und Kunsteisbahn S 400.000,-). Weitere Verluste mit S 1,3 Mill. betreffen das Wassernetzwerk und S 650.000,- den Verkehrsbetrieb.

Im Finanzplan sind Investitionen in der Höhe von rund S 4,3 Mill. vorgesehen. Hievon entfallen u. a. S 1,5 Mill. auf den Ausbau des Wasserleitungsnetzes, S 240.000,- auf den Ankauf eines Kombiwagens, eines Montagewagens und eines Baggers, S 210.000 für den Ankauf von Wasserzählern, S 200.000,- für den Ankauf einer Unterwasserpumpe, S 1,1 Mill. für den Ausbau des Gasrohrnetzes, S 520.000 für den Ankauf von Büromaschinen und Werkzeugen und S 290.000,- für Aufwendungen beim Krematorium und Urnenfriedhof.

Die Finanzierung der Investitionen ist buchmäßig mit Eigenleistungen und aus Abschreibungen und Rücklagen ausgewiesen.

Soviel zum Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen. Was sonst zu bemerken wäre, sind S 2 Mill. Zuschüsse. Ich habe Ihnen aufgezählt, wie sie sich im Einzelnen aufschlüsseln.

Soweit zu diesem Voranschlag. Daß der Gemeinderat aus diesen Aufwendungen und Zuschüssen, die hier notwendig sind, um den Betrieb auf-

recht zu erhalten, in Zukunft Konsequenzen in Form von Tarifregelungen zu treffen haben wird, ergibt sich aus diesen Summen und wird zu einem anderen Zeitpunkt noch Gegenstand von Debatten und Beschlußfassungen sein.

Nun zum Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr. Der Voranschlag ist mit Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von S 1,4 Mill. ausgeglichen. Der Voranschlag der Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung. Das Vermögen der Dr.-Wilhelm-Groß-Stiftung in der Höhe von S 220.400,- ergibt einen Zinsertrag von rund S 10.000,-, welcher an Stipendiaten zur Verteilung gelangen kann.

Der Dienstpostenplan, Einschließlich der Städtischen Unternehmungen ist der Personalstand wie folgt vorgesehen:

	Soll (1.1.75)	Ist (1.10.74)
Pragmatische Bedienstete	120	75
Vertragsbedienstete	565	539
Kollektivvertragsarbeiter	15	15
Summe der Vollbeschäftigten	700	629
Nebenberuflich Beschäftigte	16	16
Teilbeschäftigte:		
24 Nebenlehrer		
71 weitere Bedienstete		
95 (entsprechen 62 vollbeschäftigten Vertragsbediensteten)		
	716	707

Der Sollstand hat sich gegenüber 1974 um zwei Bedienstete verringert. Der Iststand ist um zwei Bedienstete gestiegen. Sowohl der Soll- als auch der Iststand kann daher als unverändert bezeichnet werden.

Als Letztes die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr. Erträge und Aufwendungen sind mit

S 27,430.000,- ausgeglichen. Die jährliche Umsatzsteigerung ist auf die laufende Fertigstellung und Vergabe von Wohnungen zurückzuführen. Der Finanzplan sieht Wohnungsbauten in der Höhe von S 56,6 Mill. vor.

Werte Damen und Herren!

Lassen Sie mich noch ein paar Worte am Ende der Erläuterungen sagen. Der Voranschlag soll den Haushalt der Stadt Steyr nach diesen festgelegten Ansätzen gestalten. Wenn Sie Ihre Zustimmung geben sollten, ist er zwar kein Gesetz, welches vollzogen werden muß, aber doch die Leitlinie des Handelns und die Grundlage aller Beschlüsse im kommenden Jahr. Er ist wie vieles in der Demokratie ein Kompromiß oder anders formuliert ein Ausgleich. Ein Ausgleich zwischen den divergierenden Wünschen und Auffassungen, zwischen den Notwendigkeiten und den Möglichkeiten. Dieser Voranschlag ist aber, so glaube ich, eine taugliche Grundlage zur Befriedigung der kommunalen Anliegen der Bevölkerung und darüberhinaus ein Instrument zur ganzen oder teilweisen Verwirklichung von Wünschen, die die Lebensqualität in unserer Stadt heben bzw. verbessern.

Ich darf Ihnen nun den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat zur Verlesung bringen:

9) Ha-4040/74

Antrag auf Feststellung des Voranschlages der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1975.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1975 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je

S 225,588.300

der außerordentliche Haushalt ausgeglichen mit je S 74,160.000

festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städtischen Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/48 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 35, 545.000 und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 4, 280.000, der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr in Einnahmen und Ausgaben mit je S 1, 380.000 ausgeglichen sowie der Voranschlag der Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbsteuer nach dem Gewerbekapital und Gewerbeertrag	150 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

Ich bitte den Herrn Bürgermeister, darüber die Diskussion bzw. Beschlußfassung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Referenten für seinen ausführlichen Bericht. Wir wissen, das ist sehr strapaziös, aber Zah-

lenmaterial ist einmal sehr trocken.

Ich würde vorschlagen, um eine Lüftungspause zu bekommen, daß wir unterbrechen. Wir haben, wie üblich, eine kleine Kaffeepause geplant. Inzwischen soll gelüftet werden, Kaffee konsumiert und in spätestens 1/4 Stunde soll die Sitzung wieder weitergeführt werden.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Pause von 15.00 - 15.15 Uhr.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen. Nach der Unterbrechung und der damit verbundenen Erfrischung setzen wir die Sitzung wieder fort und beginnen mit der Budgetdebatte.

Ich darf Ihnen bekanntgeben, daß ich für die Diskussion bereits eine Reihe von Wortmeldungen bekommen habe. Ich schlage vor, so wie üblich vorzugehen, daß ich zuerst den gemeldeten Fraktionssprechern das Wort erteile und anschließend sich die übrigen Sprecher an der Diskussion beteiligen.

In diesem Sinne darf ich Kollegen Kinzelhofer als Sprecher der Sozialistischen Fraktion das Wort erteilen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Herr Finanzreferent unserer Stadt hat uns das Budget 1975 in ausführlichen Worten nochmals vorgestellt. Darf ich als Sprecher der Sozialistischen Fraktion dazu einige Bemerkungen und Feststellungen und auch einige Standpunkte darlegen.

Es ist dies das Ergebnis mehrerer Beratungen, aber auch eingehender Vorbesprechungen in den einzelnen Fraktionen. Die Sozialistische Fraktion hat in zwei ganztägigen Tagungen alle Umstände, damit auch die Anregungen der übrigen Fraktionen,

soweit dies aus den Gegebenheiten möglich war, berücksichtigt und als Mehrheitsfraktion dem Finanzreferenten die entsprechenden Grundlagen gegeben.

Es gibt sehr viele Möglichkeiten, ein Budget dieser Art zu benennen, die einen sprechen von Sparsamkeit, die anderen von einer Rezession.

Ich glaube, daß alle diese Bezeichnungen nicht ganz richtig sind und am Kern dieses Budgets vorbeigehen, handelt es sich doch um einen Voranschlag der Stabilität. Noch überlegter als in den vergangenen Jahren müssen wir der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen. Das heißt mit anderen Worten, Zurückhaltung zu üben, wo es vertretbar ist, auf anderen Gebieten jedoch die Geldmittel soweit vorzusehen, daß die Beschäftigung unserer gewerblichen Wirtschaft und die lebensnotwendigen Bedürfnisse unserer Mitbürger gesichert werden können.

Natürlich nimmt die Entwicklung auf dem Preis- und Lohnsektor auch auf die Stadtgemeinde Steyr Einfluß und werden wir diesen Gegebenheiten Rechnung tragen müssen. Allerdings immer nur in dem Ausmaß, als es zur Sicherung und Ausgeglichenheit des Voranschlages notwendig und überdies unseren Mitbürgern zumutbar ist, das heißt mit anderen Worten, daß der erhöhte Aufwand des Einzelnen durch die durchzuführenden oder bereits erledigten Lohn-, Gehalts- oder Pensionserhöhungen gedeckt wird.

Es wird Aufgabe dieses Gemeinderates sein, hier für eine gerechte Aufteilung der Lasten zu sorgen, jede einseitige Benachteiligung aber auch Bevorzugung einzelner Gruppen zu Lasten der Gesamtheit in objektiver Weise zu vermeiden.

Da der Gemeinderat zum großen Teil aus allen Bevölkerungsschichten besteht, wird es sachlicher Diskussionen und natürlich auch einer Kompromißbereitschaft bedürfen, um eine

gerechte Lastenverteilung zu erreichen. Der Haushaltsvoranschlag 1975 ist bestimmt die Gelegenheit, in diesem Sinne zu handeln.

Der Finanzreferent hat im besonderen die Pflichtausgaben hervorgehoben, die einen sehr großen Anteil darstellen. Er hat auf der anderen Seite festgehalten, daß das Personal nicht vermehrt wurde und daß die Kostensteigerungen auf Grund der allgemeinen Entwicklung entstehen. Es wäre die Frage zu prüfen, ob die Möglichkeit bestünde, beim Personal Einsparungen zu treffen, indem man vorerst einmal natürliche Abgänge oder Pensionierungen, wenn möglich, nicht mehr ersetzt oder ergänzt, ohne daß dadurch die Öffentlichkeit oder die gesamte Stadt in irgend einer Form leidet.

Damit keine Mißverständnisse entstehen. Ich schaue in die Runde, Kollege Du brauchst Dich nicht annehmen. Ich spreche nicht Dich an, möchte ich festhalten. Wir denken nicht an Personalabbau, sondern lediglich an eine Nichtbesetzung freigewordener Posten wegen Pensionierung bzw. natürlichem Abgang.

Auch beim Sachaufwand ist zu prüfen, ob nicht die Verwaltung noch rationeller als bisher gestaltet werden kann, ohne eine Verschlechterung der Dienste an der Gesamtbevölkerung herbeizuführen. Das ist die Voraussetzung.

Beim außerordentlichen Haushalt - er wurde eingehend vom Finanzreferenten geschildert - wird es in erster Linie notwendig sein, die Finanzierung zu sichern, um Investitionen und sonstige Aufgaben zu erfüllen.

Darlehensaufnahmen zu diesem aoH. wurden in diesem Gemeinderat für das kommende Budget bereits getätigt. Ich möchte auch in Erinnerung rufen - auch der Finanzreferent hat es angezogen - wie schwierig die Lage auf dem Kapitalmarkt ist, da die Zinssätze von gleichzeitig aufgenommenen

Darlehen um mehr als ein Prozent Differenz aufweisen. Das stellt, so wie jede Darlehensaufnahme, eine Schwierigkeit dar.

Hier ist alles in Fluß geraten und die Stadtgemeinde Steyr muß sehr vorsichtig sein bei ihren Handlungen, um nicht Lasten auf sich zu nehmen, die nicht nur diesem Gemeinderat sondern auch nachfolgenden, große Probleme der Bedeckung bringen würden.

Auch hier wird Ausgewogenheit ein Gebot der Stunde sein.

Für den aoH., der hier vorgelegt wurde, ist eindeutig klargelegt, daß wir nach wie vor gemeinsam an der Verschönerung der Lebensgewohnheiten sowie Verbesserung unserer Stadt arbeiten wollen. Als Beispiel, was heuer geschehen ist, muß ich den Autobus wiederum anführen. Er wurde im Gemeinderat in gemeinsamer Beratung als notwendig angesehen und wurde trotz der schwierigen Situation beschlossen und als Verbesserung und eine gewisse Erleichterung der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die vorgesehenen Bauvorhaben setzen zielbewußt diese Aufgabenstellung fort.

Daß noch Wünsche übrigbleiben beim aoH. ist selbstverständlich, das wird bei jedem Voranschlag der Fall sein. Als Beispiel sei angeführt die weitere Entwicklung im Kindergartenwesen, die in ihrer weiteren Folge Fortschritte machen muß, z. B. der Tabor wird eine Tagesheimstätte benötigen.

Wir haben auch auf dem Wohnungssektor für unsere älteren Bürger begonnen vorzusorgen. Wir haben auf der Ennsleite und jetzt auch im Münichholz Altenwohnungen gebaut und es wird auch notwendig sein, in weiterer Folge auch welche in anderen Stadtteilen zu errichten.

Der Straßenbau ist vom Finanzreferenten erwähnt worden. Ich möchte trotzdem darauf hinweisen, daß

wir auch - das ist dem Gemeinderat bekannt - versuchen werden, eine Wohnungstypen für Sozialwohnungen im Wehrgraben zu verwirklichen. Das ist auch eine Aufgabe des Gemeinderates und wird in diesem Rahmen verwirklicht werden müssen.

Kollege Fürst hat im Budget außerdem noch die Schwerpunkte aufgezeigt, die ein Beginn von Wünschen auf verschiedenen Gebieten sind. "Essen auf Rädern" usw. Da wird sich eine Entwicklung ergeben und wir werden diese betreiben. Grundsätzlich müssen wir zu allen diesen Fragen feststellen, wenn es in der Hochkonjunktur nicht möglich war, alles, was berechtigt gewesen wäre zu erfüllen, umso weniger wird es jetzt der Fall sein, wo man gewisse Zurückhaltung üben muß.

Ich weiß, verehrte Damen und Herren, daß die Budgetdebatte für alle Fraktionen im Gemeinderat die Gelegenheit ist, vermeintliche Versäumnisse aufzuzeigen und Wünsche zu deponieren. Ich möchte als Vorsitzender der stärksten Fraktion im Gemeinderat festhalten, daß wir eine Opposition nicht im Sinne des Nationalrates haben, denn wir haben in unserem Gemeinderat die Fraktionen in der Stadtverwaltung nach Stärke eingebaut - ich möchte nur zur Erinnerung festhalten, die zweitstärkste Partei hat einen Vizebürgermeister und hat im Stadtsenat einen Sitz ...

ZWISCHENRUF STADTRAT MANFRED WALLNER:

Danke sehr!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Ich möchte nur daran erinnern, weil es manchmal vergessen wird. Außerdem haben wir und hat der Gemeinderat der FPÖ und KPÖ Gelegenheit gegeben, obwohl sie auf Grund ihrer geringen Mandatszahl keinen Anspruch hätten, laut Statut mitzuwirken.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Nach der Stimmenzahl schon!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Aber auf jeden Fall hat der Gemeinderat diesen beiden Fraktionen die Möglichkeit gegeben mitzuwirken in der Arbeit in der Gemeindestube, obwohl es ihnen laut Statut nicht zustehen würde.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Kommt nur auf die Auslegung an.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Außerdem erhalten alle die Unterlagen, ob sie in dem Gremium vertreten sind oder nicht und diese sicher nicht nur zur Information sondern auch als Aufforderung zur Mitarbeit und Mitgestaltung.

Das ganze Jahr hindurch besteht also die gemeinsame Mitverantwortung und es bekennen sich auch alle dazu. Ja es ist eine gute Zusammenarbeit in allen Bereichen festzustellen, sodaß es in der Regel stets zu einmütigen Beschlüssen kommt.

Die Sozialistische Gemeinderatsfraktion freut sich darüber, obwohl sie die Majorität in dieser Stadt besitzt. Sie wird auch in Zukunft alles unternehmen, um dieses gute Verhältnis und diese Gemeinsamkeit aufrechtzuerhalten.

Die Mitglieder der Sozialistischen Fraktion begrüßen auch die Absicht unseres Herrn Bürgermeisters Weiss, zu gegebenen Anlässen Fraktionsobmänner-Besprechungen durchzuführen, um, bevor Angelegenheiten in die Öffentlichkeit getragen werden, eine Aussprache zwischen den Parteien zu ermöglichen. Wir sehen das als eine echte Aufgabe an, die zu fruchtbarer Arbeit führen wird. Wir knüpfen daran jedoch die Erwartung, daß dieses Mitverantworten innerhalb des ganzen Jahres letztlich dann auch in der öffent-

lichen Sitzung des Gemeinderates zum Ausdruck kommt. Es soll nicht der Eindruck entstehen, daß wenige Auffassungsdifferenzen, die natürlich eintreten, die einzigen Berührungspunkte zwischen den Fraktionen sind.

Ich gebe zu, daß es einige Differenzen und Meinungsverschiedenheiten gibt, aber dominierend ist doch unsere einhellige Auffassung. Im allgemeinen wirken wir doch gemeinsam für unsere schöne Stadt Steyr und deren Bevölkerung.

In einigen Dingen unterscheiden wir uns auf Grund unserer politischen Auffassungen voneinander und hier kommt es dann zu politischen Mehrheitsentscheidungen. Aber nicht die paar Mehrheitsbeschlüsse sind das Kriterium dieses Gemeinderates, sie sind Ausnahmen. Unseren Gemeinderat zeichnet trotz aller Gegensätzlichkeiten im Grunde genommen eine einigige Arbeit aus.

Ich stehe nicht an, als Obmann der stärksten Fraktion, dies besonders hervorzuheben, da ich überzeugt bin, und damit praktisch weiß, daß auch die anderen Fraktionen - von den wenigen Ausnahmen abgesehen - bereit sind, im Jahre 1975 auf dieser Basis zusammenzuarbeiten.

Wir haben auf Grund dieser Entscheidungen vieles erreicht und dadurch eine Diskussion bei verschiedenen Dingen nicht hervorgerufen wie bei anderen Städten und Gemeinden. Ich glaube, das ist wichtig, nur ersuchen wir, daß Kritik zum Budget selbstverständlich sachlich sein soll, denn die Demokratieregeln sollen Vorrang haben. Alle Beiträge und Anregungen die wir bekommen, werden selbstverständlich von uns begrüßt. Ich möchte im Namen der Fraktion nur hoffen, daß auch in Zukunft die Arbeit gemeinsam erfolgen wird.

Werte Damen und Herren, ich glaube, daß das vom stadträtlichen Finanzreferenten Kollegen Fürst vorgelegte Budget wertvoller Ansatz für

diese Absichten ist. Namens meiner Fraktion gebe ich die ausdrückliche Zustimmung zum Voranschlag 1975.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit dem Finanzreferenten, dem Herrn Bürgermeister, aber auch allen Beamten, die am Voranschlag mitgewirkt haben, danken. Dem gesamten Gemeinderat, an der Spitze unserem Vorsitzenden, Herrn Bürgermeister Weiss, den Arbeitern, Angestellten und Beamten der Stadtverwaltung und den Betrieben und an dieser Stelle, wohl auch angemessen, allen Bürgern unserer Stadt wünsche ich namens der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 1975, welches uns so zusammenstehen lassen möge wie in all den Jahren vorher.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Kinzelhofer für seine Zustimmungserklärung und habe als Nächsten Kollegen Fritsch vorgemerkt.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Dem zur Beschlußfassung vorliegenden Voranschlag 1975 darf ich heute grundsätzliche Feststellungen, die sich alle Jahre im Prinzip gleichen, weglassen und dafür gleich in die Materie eingehen. Es ist sicherlich nicht meine Aufgabe, wie es der geschätzte Herr Vorredner getan hat, nur Blumen zu verteilen, sondern Sie werden in meinem Bukett dort und da einige Dornen finden. Ich kann nicht umhin festzustellen, daß auch dieser Voranschlag, so wie Jahr für Jahr, vorsichtig, ja sogar übervorsichtig erstellt wurde. Vielleicht auch und das haben wir teilweise gehört, aus der Überlegung heraus, daß die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Staat derzeit nur schwer voraussagbar ist. Es scheint aber unser neuer Herr Fi-

nanzreferent nicht allzu großes Vertrauen in seine parteieigene Bundesregierung und in deren Arbeit zu setzen, denn sonst hätte er diesen Voranschlag, der im Vergleich zum Rechnungsabschluß 1973 nur eine 10 %ige Erhöhung erfahren hat, anders erstellt. Diese 10 %ige Erhöhung ist eigentlich nur die Abdeckung der Inflationsrate. Das heißt, das Budget 1975 ist als Spar- und Restriktionsbudget zu charakterisieren. Wesentlich optimistischer erscheint da der Welser SPÖ-Fraktionskollege unseres Herrn Finanzreferenten zu sein. Als Beweis dafür möchte ich kurze Vergleiche mit dieser Stadt, deren Größenordnung unserer in etwa gleichkommt, anstellen. Ich habe den Welser Voranschlag hier. Ich muß ehrlich sagen, er gefällt mir. Vielleicht weniger vom Inhalt her, mehr jedoch von seiner Informationsfülle, seiner Übersichtlichkeit, besonders aber durch seine Transparenz. Ich möchte hier ohne zu kritisieren feststellen, daß vielleicht auch in Zukunft eine optische Veränderung unserer Voranschläge in Erwägung gezogen werden könnte, um die einzelnen Ansatzposten und ihre Realisierung leichter überschauen zu können. Wenn man nun beide Voranschläge vergleicht, fällt eklatant ins Auge, daß Wels bei einem Plus von rund 7000 Einwohnern ca. S 140 Mill. mehr an Einnahmen verzeichnet als unsere Stadt, davon S 100 Mill. mehr in der Gruppe 9. Die Bundesabgabenertragsanteile überflügeln uns um S 20 Mill. In der erwähnten Gruppe aber verzeichnet unsere Nachbarstadt um S 7 Mill. weniger Ausgaben, gibt jedoch über 7 % mehr für Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen im oH. aus. Es ist dies ein Vergleich, der zu denken gibt. Gleichzeitig darf festgehalten werden, daß Steyr für Personalaufwand, Allgemeine Amtserfordernisse, Gebäudeerhaltungs- und -benutzungskosten allein S 112,5 Mill., nahezu 50 % des

gesamten oH, eingeplant hat. Das heißt, die Verwaltung verschlingt die Hälfte des oH. Es ist dies ein Anlaß, Überlegungen anzustellen, wie man diesem starren aber trotzdem progressiven Schema entfliehen kann, welche Umschichtungen und Einsparungen vorzunehmen wären. Aus dieser Sicht heraus begrüße ich die Initiativen unseres Finanzreferenten nach Einsparmöglichkeiten zu suchen und wir hoffen, daß unserem fürstlichen Sparefroh bald fühlbarer Erfolg zuteil wird. Wenn ich nun wieder zu vorliegendem Budget zurückkommen darf, kann ich nicht umhin festzustellen, daß wir gerade erst einen Beschluß fassen, der der Forderung nach Budgetwahrheit nicht nachkommt. Es handelt sich um die Mittelfreigabe für den rechten Brückenkopf. Gemäß Amtsbericht des Stadtbauamtes vom 13. 11. 1974 - die entsprechenden Geschäftszahlen kann ich beibringen - über die Mittelfreigabe für den Ausbau des rechten Brückenkopfes, Straßen- und Kanalbau in der Gesamthöhe von S 9,116.000, in der heutigen GR-Sitzung ordnungsgemäß beschlossen, muß festgestellt werden, daß die dafür notwendigen Mittel im Voranschlag 1975 nicht im ausreichenden Maß präliminiert sind. Im Interesse der Budgetwahrheit und zur Vermeidung überplanmäßiger Ausgaben bereits zu Beginn des Rechnungsjahres 1975 ergeht gemäß § 18 unserer Geschäftsordnung folgender Abänderungsantrag zum Hauptantrag über Feststellung des Voranschlages der Stadt Steyr für 1975. Ich bitte von vornherein um Entschuldigung, daß ich Sie hier mit einigen Zahlen konfrontieren muß.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die im Voranschlag 1975 im aoH veranschlagten Summen werden auf Grund konkreter Gegebenheiten wie folgt abgeändert:

VP 664-912 Rechter Brückenkopf Schönauerbrücke, Baurate von S 6,000.000

auf S 7,500.000
 VP 713-916 Kanal Rechter Brückenkopf
 Schönauerbrücke von S 1,000.000
 auf S 2,000.000

Die sich aus diesen Änderungen ergebenden Neusummen werden im Voranschlag 1975 wie folgt richtiggestellt:

- a) Im Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat, 1. Seite:
 "der außerordentliche Haushalt ausgeglichen mit je S 76,660.000
 b) im Voranschlag 1975 aoH (S. 93):
 Ergebnis: Einnahmen S 76,660.000
 Ausgaben S 76,660.000

daher ausgeglichen

- c) Seite 96:
 Gruppe 6 "Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen"
 VP 664 Gemeindestraßen und Ortschaftswege
 Abschnittssumme S 29,250.000
 d) Seite 6, Gruppe 6
 Gruppensumme S 39,800.000
 e) Seite 97
 Gruppe) "Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung"
 VP 713 Kanalisation
 Abschnittssumme S 13,600.000
 f) Seite 98, Gruppe 7
 Gruppensumme S 16,200.000
 g) Seite 98
 Summe der Ausgaben S 76,660.000
 h) Seite 98
 Position 913-85 Darlehensaufnahme
 S 66,908.000

- i) Summe der Einnahmen:
 S 76,660.000

Diese letztangeführten Zahlen sind das Ergebnis der Durchrechnung und der Änderung auf Grund unseres hier gestellten Abänderungsantrages, der schriftlich formuliert ist und ich darf ihn dem Herrn Vorsitzenden mit der Bitte um geschäftsordnungsmäßige Behandlung überreichen und ersuche Sie alle, sehr geehrte Damen und Herren, schon jetzt um Ihre Zustimmung. Dieser Abänderungsantrag möge

Anlaß sein, mehr Mobilität in die Gemeindestube zu bringen, Mehrheitsentscheidungen erst auf Grund eingehender Diskussionen und sachlicher Gegenüberstellungen zu treffen. Es soll auch die Beweglichkeit in der freien Entscheidung des Gemeinderates neu belebt werden. Eine Belebung unseres Gremiums, eine Aktivierung aller Kräfte könnte auch dadurch eine Modernisierung erfahren, daß man der Geschäftsordnung überlegungsmäßig etwas mehr nahe tritt. Wir könnten uns vorstellen, daß das erweitert Anfragerecht an den Bürgermeister, die Möglichkeit, Zusatzfragen zu stellen, die Verankerung des Begriffes der tatsächlichen Berichtigung, die Aufnahme des Tagesordnungspunktes "Allfälliges", die getrennte Beschlußfassung über aOH und oH usw. zielführende Maßnahmen wären, dem Demokratisierungsprozeß in unserer Gemeindestube näher treten zu können. Ich gestatte mir wieder zum Vergleich die Stadt Wels heranzuziehen, welche in ihrer Geschäftsordnung diese Probleme bereits verankert hat. Meine Fraktion wird sich daher erlauben, in allernächster Zeit einschlägige, konkrete Abänderungs- bzw. Erweiterungsanträge ordnungsgemäß einzubringen und wir geben jetzt schon der berechtigten Hoffnung Ausdruck, daß diese auch Ihre Zustimmung finden werden. Man könnte diesen Gedankengang bis zur Änderung des Statutes fortsetzen, insofern, daß man den Bürgern unserer Stadt bei entscheidenden Problemen ein vermehrtes Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht durch die Verankerung des Begriffes Volksbegehren oder Volksbefragung zusichert. Auch dazu bestehen unsererseits bereits klare Vorstellungen, welche wir zu gegebenem Zeitpunkt zur Diskussion stellen werden, ähnlich der Vorgangsweise der von uns initiierten Vergabeordnung, zu der allerdings Kollege Wallner noch ausführlich sprechen wird.

Gestatten Sie mir nun, Ihre Aufmerksamkeit wieder auf einzelne Kapitel unseres Voranschlages zu lenken. Wir begrüßen auf dem Sektor des Schulwesens die entsprechenden Ansatzposten für die Erweiterung der Promenadeschule, die Einplanung des Neubaus der HAK und HASCH, wobei allerdings auf Grund gegebener Fakten die Finanzierung problematisch erscheint und einer baldigen Klärung bedarf. Genauso ist die Einplanung des Lehrkindergartens hervorzuheben, denn gerade der eklatante Mangel an Kindergartenplätzen ist ständig Anlaß für alle berechnete Kritik durch unsere Bürger. Allerdings steht diese Kritik in einem vielleicht direkten Zusammenhang mit den Tarifen. Ohne zu polemisieren darf ich feststellen, daß Steyr doch daran denken müßte, entsprechend den Intentionen auf Landesebene eine Senkung der Kindergartentarife ins Auge zu fassen bei gleichzeitig höherer Refundierung der Personalkosten durch das Land. Sparen auf Kosten der Ausbildung der Kinder halte ich für nicht vertretbar. Genauso wenig wie die ständigen Einsparungen auf dem Sektor der Lehrmittel für die Schulen. Die bisherigen Rechnungsabschlüsse beweisen, daß in keiner Sparte des Schulwesens die Voranschlagspost für Lehr- und Lernmittel ausgeschöpft wurde. Ich ersuche daher mit allem Nachdruck, den Schülern und damit allen Kindern zumindest jene Lehrmittel in die Hand zu geben, die ansatzmäßig eingeplant sind und eventuell bei Überschreitungen des Präliminars nicht gar zu zimperlich zu sein. Man ist es ja in anderen bekannten Bereichen auch nicht.

Noch ein Wort zum Schulbau Gleink. S 100.000,- Planungskosten sind dafür eingesetzt. Es ist unabdingbar notwendig, alle Vorüberlegungen zu forcieren, vor allem aber das Problem der Standort- bzw. Grundfrage ehestens zu lösen. Das Resthofge-

biet wird ständig dichter besiedelt, die Taborschulen quellen über. Nur ehestige Inangriffnahme des Gleinker Schulbaues kann hier Abhilfe schaffen. Leider sind für diesen Zweck im mittelfristigen Investitionskonzept für 1975 die vorgesehenen S 5 Mill. dem Rotstift unseres Sparefroh zum Opfer gefallen. Ich ersuche im Interesse aller Eltern, die dort wohnen, alle nur erdenklichen Anstrengungen zur alsbaldigen Realisierung dieser dringendst benötigten Schulbautätigkeit zu widmen. Mit dem Schulbau in indirektem Zusammenhang steht auch - dies ganz besonders am Tabor - die Lösung diffiziler Verkehrsprobleme. So muß unter allen Umständen eine Änderung der Verkehrssituation beim Plus-Kaufhaus angestrebt werden. Die derzeitige Regelung ist untragbar. Die Gründe dafür sind hinlänglich bekannt, ich brauche sie nicht zu wiederholen, möchte aber doch besonders auf Initiativen von Elternvereinen dieser Schule, welche am meisten davon betroffen sind, verweisen. Diese Anträge und deren Anträge sind amtsbekannt. Genauso schreit nach ehestmöglicher Erfüllung der von uns jahrelang geforderte Fußgängerübergang Blümelhuberberg, der auch heuer wieder mit S 1 Mill. eingeplant ist. Die Errichtung dieses Überganges wäre für alle Fußgänger ein echtes Bedürfnis und würde auch die Stadt von oft gehörten Vorwürfen, nur für den Kfz-Verkehr Sorge zu tragen, befreien.

Positive Verkehrsmaßnahmen wären auch zu setzen durch die endgültige Errichtung des Autobusbahnhofes, der schon längere Zeit theoretische Budgetsummen bannt. Es ergäbe sich durch diesen Bau die Lösung des ungunstigen Zustandes in der Pachergasse, es würden dort die gefahrvollen Drängeleien wegfallen und wesentliche Sicherheitsverbesserungen geschaffen.

Auch die rasche Verbesserung der derzeitigen Situation auf dem

Wieserfeldplatz muß durch dessen Sanierung, den vorliegenden Plänen entsprechend, vorangetrieben werden. Die dafür benötigten Gelder sind im Voranschlag enthalten. Es wäre zu überlegen, ob man nicht durch die provisorische Errichtung von Parkplätzen in der Stadlgasse eine fühlbare Entlastung der Innenstadt durch die dabei verursachte Reduzierung des Individualverkehrs erreichen könnte. Die Lebensqualität in unserer Stadt ist aber auch zu verbessern durch andere gezielte Maßnahmen, welche ich kurz umreißen darf. Der Voranschlag beinhaltet S 3,7 Mill. für die Straßenbeleuchtung und es wäre zu überprüfen, ob es vielleicht möglich wäre, alte Kandelaber - Beispiel Tabor - durch den Einsatz stromsparender Leuchtkörper zu ersetzen. Es wären dadurch auch Einsparungen, wie der Rechnungsabschluß 1973 mit S 127.000,- beweist, erreichbar. Nachdem Steyr eine Fremdenverkehrsstadt ist, muß auch unbedingt auf größere Reinhaltung unserer Straßen und Plätze hingearbeitet werden. Es erfordert dies einerseits intensivere Reinigung, die Aufstellung zusätzlicher Abfallbehälter an vielen Orten durch den Magistrat. Andererseits aber auch und das muß endlich ausgesprochen werden, eine aktivere Mithilfe durch die Bevölkerung zur Reinhaltung. Es bedeutet das eine Förderung des Gemeinschaftssinnes, eine aktive Teilnahme am Verschönern unserer Stadt, die keinen finanziellen Aufwand, sondern nur guten Willen allein erfordert. Man stellt heute vielerlei Forderungen an die öffentliche Hand, an die Gemeinschaft, daher ist es umgekehrt auch recht und billig, seitens der Stadtverwaltung das dringende Ersuchen an viele zu stellen, mehr persönliche Sorgfalt im Bezug auf Sauberkeit unserer Stadt walten zu lassen. Die Erziehung der Jugend in diesem Sinne erfolgt ständig und zeitigt auch die Erfolge. Er-

ziehung mancher Bürger zur Reinhaltung ist auch vonnöten. Ich sage das bewußt hart, wir alle miteinander stoßen uns dort und da an der Unsauberkeit in der Stadt und suchen die Ursachen woanders. Zur Lebensqualität in unserer Stadt auf lange Sicht gesehen gehört aber unbedingt die Erstellung des von uns immer wieder geforderten umfassenden Stadtplanungskonzeptes, das allerdings mit nur S 300.000,- veranschlagt nicht realisiert werden kann. Gezielte Maßnahmen zur Erhaltung des Privatalthausbesitzes sind vonnöten, um auch die Revitalisierung der Innenstadt ermöglichen zu können. Die dafür vorgesehenen S 100.000,- bezeichne ich nur als Alibipost, denn mit dieser geringen Summe wird man keine echten Maßnahmen setzen können. Wir deponieren daher schon heute, daß wir bei Erstellung des Voranschlags 1976 auf eine wesentlich höhere Dotierung dieser Voranschlagspost dringen werden. Auch dem Siedlungswesen müßte mehr Beachtung geschenkt werden. Zu urgieren ist wiederum das Projekt Waldrandsiedlung Nord, das schon oftmals versprochen, durch eine Anfrage im Gemeinderat sowie in einer Informationssitzung besprochen, bis dato aber nicht über ein Planungsstadium hinausgediehen ist. Man könnte durch dieses Vorhaben vielen Siedlern helfen und dabei gleichzeitig beweisen, daß auch unsere Stadt an der Eigentumbildung in Arbeitnehmerhand interessiert ist. Dem Ausbau unseres Kanalnetzes ist größtes Augenmerk zu schenken. Loyalerweise darf ich festhalten, daß auf dem Sektor des Kanalwesens große Anstrengungen unternommen werden, um die Hygieneverhältnisse in unserer Stadt zu verbessern. Gleichzeitig aber muß festgestellt werden, daß so manche Kanalprojekte seit Jahren ständig veranschlagt und nicht in Angriff genommen werden. Ich verweise im be-

sonderen auf den Kanal Gründbergsiedlung. Kleinere Projekte, die gesprächsweise im Raum schweben und einer baldigen Verwirklichung wert wären, sind die Erweiterung des Stadtbades, das Modell ist vorhanden, die Frage der Bedeckung der dafür erforderlichen S 1,3 Mill. ist noch nicht vollständig gelöst. Hätte man nicht vor kurzem das unnötige Darlehen von S 700.000,- an den Wirtschaftsverein Arbeiterheim mehrheitlich beschlossen, wäre diese Summe für ein Vorhaben, das allen Bürgern zugute käme, frei gewesen.

Wir verurteilen in diesem Zusammenhang neuerlich die im aOH veranschlagte Darlehenssumme von S 350.000,- für den genannten Verein.

Ein weiteres kleines Problem, das es verdient aufgezeigt zu werden, ist der Wanderweg entlang der Hangkrone des Steinwändweges, der unserer schwer arbeitenden Bevölkerung Erholung bringen könnte. Er muß im Jahr 1975 realisiert werden. Es war auch schon im Budget 1974 eingeplant, ist aber nicht zur Gänze durchgeführt worden.

Zur Erzielung einer besseren Lebensqualität besonders für unsere betagten Menschen gehört aber unbedingt die baldigste Einrichtung der Aktion "Essen auf Rädern", welche mit S 300.000,- begrüßenswerterweise zu Buche steht. Ich glaube, wir sind es unseren alten Mitbürgern schuldig, diese soziale Maßnahme zu setzen, welche vielen eine echte Hilfe in Not-situationen bieten könnte. Es ist uns allen dabei bewußt, daß diese Institution sicherlich eines Zuschusses bedarf und ich glaube die Setzung sozialer Taten rechtfertigt diese Mittel. Wels hat diese Einrichtung bereits und präliminiert dafür 1975 S 900.000,- an Ausgaben. Ich glaube auch hier wieder, wie eingangs erwähnt, den Vergleich mit unserer Nachbarstadt herstellen zu können.

Erlauben Sie mir nun, daß ich wieder auf den Voranschlag in seiner Gesamtheit zurückkomme. Er ist - ich betone es nochmals - als Sparbudget zu bezeichnen, beinhaltet jedoch wesentliche Vorhaben unserer Stadt und deckt sich bis auf einige Ausnahmen auch mit den Vorstellungen meiner Fraktion. Wir werden ihm daher auch bei der Beschlußfassung unsere Zustimmung geben, deponieren aber gleichzeitig unsere Wachsamkeit im Bezug auf die Erfüllung aller Vorhaben. Ich glaube mit den Vorstellungen des Herrn Finanzreferenten konform zu gehen, der sein ehrliches Bemühen um Budgetwahrheit in der letzten Finanz- und Rechtsausschußsitzung ankündigte. Zum Schluß darf ich namens meiner Fraktion allen Beamten, die am Zustandekommen dieses Voranschlages mitwirkten, aufrichtig danken. Einbezogen in diesen Dank sind aber auch alle Bediensteten des Hauses, die uns Mandatare bei der Erfüllung unserer Aufgaben stets hilfreich zur Seite stehen und uns alle immer mit den für die Beschlußfassung notwendigen Unterlagen versorgen und dadurch der Transparenz des Gemeinderates Möglichkeiten geben.

Namens meiner Fraktion erlaube ich mir, Ihnen sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates sowie allen Beamten, Angestellten und Arbeitern des Hauses ein frohes Weihnachtsfest im Kreise ihrer Familien zu wünschen. Beste Wünsche auch Ihnen allen für ein gesundes, friedvolles und erfolgreiches Jahr 1975.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Fritsch für seinen Beitrag und bitte als nächsten Redner Herrn Kollegen Fahrnberger.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und

Herren des Gemeinderates!

Zum Rechnungsabschluß 1973 haben wir uns nicht zu Wort gemeldet, weil wir der Meinung waren, daß wir als neugewählte Mandatare, die erst im letzten Drittel des Jahres 1973 hereingekommen sind, dazu nicht im vollen Umfang berechtigt sind. Hätten wir aber gewußt, daß über den Zivilschutz die Sowjetunion als Hauptthema gewählt wird, hätten wir sicher einiges dazu zu sagen gehabt. Vielleicht zu Dingen, die uns irgendwann in einem Eventualfall dazu zwingen werden, die Zivilschutzeinrichtungen unserer Stadt zu benutzen.

Der Haushaltsvoranschlag ist, bildlich gesprochen, der budgetäre Fahrplan unserer Gemeinde für das jeweils folgende Jahr. Verglichen mit einem Fahrplan eines Verkehrsbetriebes könnte man sagen, der Haushaltsvoranschlag legt fest, welche Stationen und mit welcher Frequenz diese Stationen angefahren werden. Weiter bildlich gesprochen, stehen an all diesen Stationen Bürger unserer Stadt, informiert durch das Budget, durch den Gemeinderat oder die Presse und durch wen auch immer. Sie warten auf das "Abgeholt werden", sie warten auf den Einsatz der veranschlagten Budgetmittel. Oft warten diese Bürger vergebens, ja Jahre hintereinander; vergebens auf das jeweils gegebene Versprechen, auf die Einlösung und die Realisierung der in einem Budget bekanntgegebenen Vorhaben.

Dieses, nun fast vergangene Jahr, haben die Bürger unserer Stadt an fast 30 % aller Stationen des außerordentlichen Haushaltes umsonst gewartet. Die Glaubwürdigkeit am Budgetfahrplan ist in der Bevölkerung daher nicht sehr groß. Mit dem heute vorliegenden Budget verbinde ich die Hoffnung, daß es 1975 besser sein wird. Ich werde später noch einmal auf einzelne Fälle des Budgets 1974 zurückkommen.

Der zu verabschiedende ordentliche Haushalt des Voranschlags 1975 liegt mit 225,6 Mill. um 13,6 % höher als der Voranschlag für das Jahr 1974. Diese inflationäre Ausweitung des ordentlichen Haushaltes im Voranschlag 1975 ist jedoch nur auf den ersten Blick schlimm. Betrachtet man nämlich die Endziffer des bei der letzten Gemeinderatsitzung beschlossenen Nachtragsvoranschlags für 1974, so liegt die Endsumme des Voranschlags 1975 nur um 3,2 Prozent höher gegenüber 1974. Das zeigt einerseits, daß der Herr Finanzreferent an ein stabiles Jahr 1975 denkt oder hofft und andererseits der Herr Stadtrat Fürst optimistischer als der Finanzminister Androsch selbst ist. Denn die Bundeshaushaltsausweitung liegt bei über 10 % gegenüber dem Vorjahr, Uns kann es nur recht sein, wenn der Stabilitätsoptimismus des Herrn Finanzreferenten der Stadt Steyr von nur 3,2 % am Ende des Jahres 1975 beim Nachtragsvoranschlag eintreten bzw. sich bestätigen sollte. Wie jedoch die 12 % Ausweitung des Nachtragsvoranschlags für 1974 gegenüber dem Voranschlag 1974 bewies, wird dieser Optimismus kaum seine Bestätigung finden, sodaß wir diesem ordentlichen Haushaltsvoranschlag 1975 mit etwas Skepsis gegenüberstehen.

Wenn man nun die einzelnen Budgetgruppen einer näheren Betrachtung unterzieht, so fällt besonders auf, daß bezüglich der Einnahmeerwartung 5 Budgetgruppen höher und 5 Gruppen niedriger sind, als dies die neuen Ansätze im Nachtragsvoranschlag 1974 ausweisen. Interessant ist, daß der Herr Finanzreferent vermutet, daß die Wirtschaftlichen Unternehmen im nächsten Jahr gleich um 14,3 % weniger Einnahmen, die Gruppe 6 um 12,6 % weniger, die Gruppe 4 um 7,2 % weniger Einnahmen bringen sollen als der Nachtragsvoranschlag 1974 ausweist.

Wir glauben, daß hier bewußt zu vorsichtig präliminiert wird. Jene Gruppen, wo die Einnahmeerwartung über jenen des Nachtrages 1974 liegt, wird auch sehr, sehr vorsichtig geschätzt, nämlich von plus 0,7 % bei der Gruppe 7 bis plus 5,5 % bei der Gruppe 9 der Finanz- und Vermögensverwaltung.

Bemerkenswerte Änderungen der Einnahmen- oder Ausgabenseite in den einzelnen Budgetgruppen nach oben oder unten sind außer den aufgezeigten also kaum feststellbar. Nun aber zu den wichtigsten Einnahmeposten unserer Stadt, den Abgabenertragsanteilen und den urbanen Steuern.

Die im Voranschlag 1975 aufgezeigte Summe der Ertragsanteile von 87 Mill. ist nur etwas höher angesetzt, als der Nachtrag 1974 ausweist. Wir verstehen das nicht ganz. Hier scheint man dem Finanzminister der Bundesregierung überhaupt nicht zu trauen. Denn bei der OÖ. Landesregierung - hier befinde ich mich im Gegensatz zum Herrn Finanzreferenten - ist eine Ertragsanteilsziffer für Steyr von S 97,491.000,- für das ganze Jahr 1975 bereits seit Oktober bekanntgegeben worden. Es werden somit mehr als 10 % oder absolut gesagt S 10,5 Mill. aus Einnahmen des Bundes für Steyr vorläufig verheimlicht. Im Nachtragsvoranschlag werden wir sicher diese Post wieder finden.

Warum das, welche Absicht verfolgt man damit? Mit diesen S 10,5 Mill. könnte man ja bereits wieder mehrere Vorhaben und Projekte präliminiert finanzieren. Die Mehrheit in diesem Hause scheint nicht an diese mehr als 97 Mill. Ertragsanteile, scheint demnach nicht an die Androsch-Inflation zu glauben. Das verwundert uns, wo Androsch selbst nämlich von einer inflationären Ausweitung im Jahre 1975 im Ausmaß von ungefähr 10 % sprach. Die Schere Bundesertragsanteile zu eigenem Steuerauf-

kommen wird sich auch heuer weiter öffnen. Die präliminierte Gewerbesteuer scheint uns trotz der zu erwartenden Investitionen im Steyr-Werk etwas zu gering angesetzt. Die Getränkesteuer steigt hingegen auf Grund der eingeführten Sondersteuer auf Bier kräftig auf über S 8 Mill. In diesem Zusammenhang möchten wir an einen Antrag erinnern, der zum Inhalt hatte, die im außerordentlichen Haushalt 1974 vorgesehene Summe für die Gewerbeförderung, beschränkt auf Verbesserung von sanitären Anlagen, von S 250.000,- auf S 500.000,- anzuheben. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit mit der Begründung verworfen, daß dieser Betrag von S 250.000,- ohnehin kaum ausgenützt würde. Das ist auch verständlich, weil diese Förderung ja nur für den Ausbau von sanitären Anlagen gewährt wird und unter einem anderen Motto keine Möglichkeit für den Erhalt dieses Zuschusses von S 5.000,- besteht.

Hier schließen wir uns der Forderung der ÖVP an, daß für diese Förderung, für diese S 250.000,-, andere Richtlinien erarbeitet werden, die es ermöglichen, diese S 250.000,- vollends auszuschöpfen.

Heute verstehen wir die seinerzeitige Aussage und die Ablehnungsbegründung der Mehrheitsfraktion, daß nicht nur in der Budgetgruppe 7 allein wirtschaftsfördernde Maßnahmen stecken, sondern auch in anderen, z. B. wie heuer in der Budgetgruppe 9, wo die 2. Rate des 700.000 Schilling umfassenden zinsfreien Darlehens an den SP_U-Verein "Arbeiterheim" zu finden ist, mit der bekannten Möglichkeit, die jährliche Rückzahlungsverpflichtungen oder Raten geschenkt zu bekommen. Dieser Betrag bzw. diese Subvention diene zur Erhaltung und Verbesserung der Verhältnisse im Casino, wie versucht wurde uns glaubhaft zu machen, also auch eine Art Wirtschaftsförderung. Weil wir Wirt-

schaftsförderung nicht als Selbstzweck sehen dürfen, sondern als Investition zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Steigerung der gemeindeeigenen Steuern, stellen wir unter dem Motto "gleiches Recht für alle" oder wie es der Fraktionsführer der SPÖ Kinzelhofer schöner sagte, keine Benachteiligung oder Bevorzugung einzelner Bürger oder Gruppen, folgenden Zusatzantrag laut § 18 Geschäftsordnung:

Unter der Voranschlagspost 75 im aOH, der Gruppe 7 soll eine weitere Post 92 mit dem Untertitel "Förderung der gewerblichen Wirtschaft" geschaffen werden. Als Voranschlag dafür sollen vorerst S 700.000,- eingesetzt werden. Also derselbe Betrag, wie er einem einzigen "Wirtschaftsverein" gewährt wurde. Mit diesen Mitteln sollen nur Betriebe gefördert werden, deren Vorhaben auf eine Vergrößerung des Betriebes, auf die Sicherung der Arbeitsplätze und auf eine Umsatz- sowie Gewinnsteigerung und damit auf eine Gewerbesteuererhöhung schließen lassen kann.

Der Kredit soll kurzfristig auf 5 Jahre und zinsfrei gewährt werden. Die Höhe der Kredite sowie der Vergabemodus und die Anspruchsberechtigung sollen vom Rechts- und Finanzausschuß erarbeitet werden und dem Gemeinderat zur Beschlußfassung demnächst vorgelegt werden. Bei einem sichtbaren Erfolg dieser Darlehensaktion für Gewerbebetriebe soll die zur Verfügung stehende Anschlagpost noch vergrößert werden.

Ich übergebe damit den schriftlichen Antrag dem Präsidium.

Im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung, der wirtschaftlichen Entwicklung und somit der gesamten Entwicklung der Stadt Steyr möchten wir noch einmal auf unseren Antrag bei der vorjährigen Budgetsitzung bezüglich Raumplanung, Stadtplanung, Regionalplanung, lang- und mittelfristiges Budgetieren und damit auf

die Erstellung von langfristigen Zielsetzungen hinweisen.

Die gemeinsam verabschiedete mittelfristige Aufstellung von unausbleiblichen und bereits bekannten Vorhaben, die ja ohnehin im heurigen Budget bei weitem nicht seine volle Verwirklichung findet, ist nur ein leidlicher, wenn auch - das gestehen wir sehr gerne zu - erfreulicher Anfang in dieser Richtung. Als Antwort damals bzw. als Ablehnungsmotiv zu unserem Antrag im Vorjahr zu dem soeben zusammengefaßten Problemkreis bekam man zu hören, man müsse erst warten auf die bei einer Wiener Arbeitsgemeinschaft in Auftrag gegebenen umfangreichen Untersuchungen. Wir fragen Sie, wo ist diese Wiener Studie über Steyr und das gesamte Umland? Was sagt sie aus? Wir würden gerne wissen, was dabei herausgekommen ist.

Vorwegnehmen könnte man, daß die verkehrstechnische Lage Steyrs nicht sehr günstig ist und somit das wirtschaftliche und kulturelle Leben der Stadt und des Umlandes sehr stark negativ beeinflußt. Ein Rückblick zeigt uns, daß Ortschaften, die an Verkehrsadern lagen, unweigerlich einen wirtschaftlichen Aufschwung nahmen. So war es auch bei Steyr, aber wie ist es jetzt? Die Enns als Verkehrsträger früherer Zeiten gibt es nicht mehr. Die Seitenstrecke der Bundesbahn bringt eben nur das Leben der Seitenstrecken und die heute wichtigste Verkehrsader, die Straße, führt von und nach Steyr ein kümmerliches Dasein. Es gibt sicherlich in ganz Österreich keine einzige Stadt unserer Größe mit solch verheerenden Zufahrten. In dieser Beziehung fehlt eindeutig die Initiative und Durchschlagskraft der Stadt Steyr und darüberhinaus jener Steyrer Abgeordneten, die im Landtag oder im Nationalrat sitzen. Hier muß als erstes angesetzt werden und noch dazu kosten solcherart Bemühungen nichts

als laufende Interventionen.

Wir würden Sie alle ersuchen, unseren Vorschlag, den wir bereits vor Jahren äußerten, von Steyr-Nord direkt nach Linz-Mitte eine Autobahn oder Schnellstraße zu bauen, zu unterstützen. Damit wäre auch eine bessere Verbindung nach Linz, Wels, Salzburg und später über die Innviertler Autobahn in den bayrischen Raum geschaffen. Die beste Lösung allerdings wäre gewesen, die Phyrnautobahn von Linz über Bad Hall, und zwar ostwärts von Bad Hall, zwischen Bad Hall und Sierning durchziehend, ins Inzersdorfer Becken zu ziehen und von Bad Hall eine Schnellstraße nach Steyr, aber diese Chance - nachdem die Planungsarbeiten schon weit fortgeschritten sind - ist ja leider schon vertan. Gemeinsame Vorstöße der Stadt und vor allem des Gemeinderates bei allen dafür kompetenten Stellen des Landes und des Bundes wären höchst nötig, um Steyr aus der verkehrstechnischen Stagnation herauszubringen.

Im folgenden möchte ich mich mit der inneren Verkehrssituation befassen. Wir sind der Meinung, es ist falsch zu glauben, man könne ohne Störung der Innenstadt die Fahrzeuge nach außerhalb des Ringes verlagern und die Leute mittels öffentlicher Verkehrsmittel in die Innenstadt hereinbringen. Die Folge würde sein, daß das Leben außerhalb des Verkehrsrings aufblühen und innerhalb stagnieren oder verblühen würde. Wir müssen, das glauben wir, also Parkplätze ganz in der Nähe des Stadtplatzes schaffen. Wir glauben, auf weite Sicht gesehen, bieten sich - ähnlich wie in Salzburg, - nur der Schloßberg und der Berg beim Märzenkeller an. Beide Hügel sind bereits mit Stollen durchzogen. Beim Schloßberg würde sich eine Einfahrt beim Leitnerberg und in Zwischenbrücken geradezu anbieten. Die Fußgängerzonen bekämen, das erscheint

uns wichtig - durch Ausgänge in die Enge und den Stadtplatz somit erst recht ihren Sinn und ihr Leben. Zumindest eine generelle und weitgehende Untersuchung darüber sollte bald gemacht werden, vor allem was die Kosten dieses Projektes anlangt.

Nochmals anraten möchten wir, aus dem inneren Verkehrsring keinen Ampelring zu machen. Die Kreuzungen sollten also so angelegt werden, daß Verampelungen nicht notwendig werden. Das begänne bei einer Umgestaltung des Ennser Knotens, der im Volksmund als sogenannte Unfalls- oder Todeskreuzung bekannt ist. Erst diese Woche waren zwei schwere Unfälle und die Bevölkerung dieser Gegend ist sehr aufgebracht und verwendet gegenüber der Gemeindeverwaltung Ausdrücke, die ich lieber nicht wiedergeben will, wie man sicherlich nach dieser langjährigen Situation sagen kann mit Recht - und geht weiter über die derzeit unmögliche Kreuzung "oberer Wiesenberg". Sie alle kennen die Misere, wenn Sie ins Krankenhaus hinausfahren wollen und das geht weiter bis zum rechten Brückenkopf der Schönauerbrücke.

Beim Ennser Knoten wäre genügend Platz für einen Kreisverkehr oder eine Unterführung. Beides verbunden mit einer Fußgängerunterführung im Bereich der Resselstraße.

Eine Verampelung würde notgedrungen den Verkehrsfluß zu stark beeinträchtigen. Die Ausrede auf den Bund auch in dieser Sache, können Sie sich ersparen. Bei der Kreuzung beim Stadtbad hat laut Aussage des Verkehrsreferenten der Bund auch nicht mit sich reden lassen, als wir verlangten, die vom Kugellagerwerk kommende Straße, eine Bundesstraße, muß gegenüber der Straße Stadt - Münichholz, also eine Gemeindestraße, abgewertet werden. Man bestellt also - das war nachdem diese Straße nicht abgewertet wurde - eine Ampel

im Wert von mehreren S 100.000,-. Inzwischen hat es einige Male ordentlich gekracht und der Bund ist von selbst zur Einsicht gekommen und hat die Bundesstraße abgewertet. Die Ampel wurde jetzt dennoch aufgestellt. Die Notwendigkeit dieser Verampelung stellen wir aber sehr in Zweifel.

Beim nächsten Schwerpunkt im Budget, dem Kanalbau, muß vermerkt werden, daß es hoch an der Zeit wäre, endlich mit dem Bau der Kläranlage zu beginnen. Zuerst die Abwässer zu sammeln, sie ungeklärt in dieser Menge an wenigen Stellen in die Enns zu lassen, das verkraftet kein Fluß in dieser Größe und widerspricht auch zur Gänze den heutigen Vorstellungen über Gewässerschutz. Also zuerst die Kläranlage mit den nächstliegenden Kanälen bauen und dann erst das andere Kanalnetz, das wäre doch am Sinnvollsten.

Und nun noch einmal zurück zur Budgetwahrheit, zu einzelnen Punkten im aOH. Im vorigen Budget waren 19 Posten enthalten, die nicht in Angriff genommen wurden; einige davon waren bereits im Budget 1973 und davor enthalten und sind heuer wieder als Ansatz aufgenommen. Die davon betroffene Bevölkerung muß sich ja gefrozzelt fühlen. An einem Beispiel Sandmairsteg läßt sich sehr schön demonstrieren, wie vorgegangen wird.

Um die Anrainer zu beruhigen, gab man voriges Jahr einen Ansatz von S 2 Mill. ins Budget, obwohl wie man hörte, man sich seitens der Mehrheitsfraktion aber bereits bewußt war, daß diese Summe für einen Steg über die Enns nicht reichen würde. Man hatte aber seine Schuldigkeit getan. Vorerst wenigstens. Anstatt sofort mit Hochdruck die zweite Lösung, die Wiedererrichtung der Überfuhr durchzuführen, ließ man 1974 die Ansatzpost verfallen und gibt nun 1975 S 400.000,- in den Voranschlag. Diese S 400.000,- sagen aber aus, daß

die Überfuhr 1975 noch nicht in Betrieb gehen wird, weil sie laut Kostenvoranschlag bereits für die Errichtung aufgehen werden. Für den Betrieb ist aber damit kein Geld vorgesehen. Es wird also voraussichtlich 1976 werden. Um dieses läppische Projekt Überfuhr durchzuziehen, braucht die Gemeinde also ca. 3 Jahre. Das wäre nicht notwendig. Ich habe hier nur ein Beispiel der vorsorglich angelegten Budgetreserven 1974 herausgenommen, deren gesamte Summe fast S 13 Mill. betragen hatte. Ein weiteres gravierendes Beispiel wäre der Blümelhubersteg. Wir hätten damit einige schwere Unfälle und Personenschäden weniger haben können, z. B. den mit einem Kind vorgestern Abend.

Zum Abschluß möchte ich mich noch einigen allgemeinen Themen zuwenden und es freut mich, daß sich die ÖVP-Fraktion für die kommenden Punkte, die bereits in unserem FPÖ-Modell aufgezeigt sind, verwendet hat und dafür eingetreten ist. Laut Geschäftsordnung und Statut steht jedem Gemeinderat ein Anfragerecht zu. Der Bürgermeister ist verpflichtet, zumindest in der nächsten Gemeinderatssitzung die Beantwortung vorzunehmen. Der bei diesem Tagesordnungspunkt Vorsitzführende erklärt dann immer sehr bedacht, daß eine Diskussion über diese Beantwortung nicht zulässig sei. Ich könnte mir vorstellen, daß die Mehrheitsfraktion über diesen Passus selbst nicht glücklich ist, da er doch manche Quelle zu einem Mißverständnis birgt. Wir werden uns daher erlauben, in nächster Zeit diesbezüglich einen Antrag einzubringen oder einen Antrag in dieser Sache zu unterstützen.

Ebenfalls diskutieren wollen wir im kommenden Finanzjahr den zweiten Punkt, den ich angezogen habe, und zwar mehr Mitsprache der Bevölkerung in Form von Volksbefragungen, deren

Abwicklungen und Auswirkungen. Wir hoffen auch in diesem Punkt auf die Diskussionsbereitschaft aller Fraktionen, um zu einem guten Ergebnis für alle zu kommen.

Ihnen allen, dem Präsidium, den Damen und Herren des Gemeinderates, den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Hauses und uns wünsche ich im nächsten Jahr eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit, insgesamt ein gutes neues Jahr und für heuer noch schöne Festtage.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für den Beitrag des Sprechers der Freiheitlichen Partei.

Als Nächstem erteile ich Kollegen Treml das Wort.

Bevor ich ihm das Wort erteile, bitte ich Kollegen Schwarz, kurzfristig den Vorsitz zu übernehmen, falls es notwendig ist.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Bevor ich auf den Haushaltsvoranschlag eingehe, möchte ich einige grundlegende Bemerkungen zur Budget- und Steuerpolitik der Regierung machen, die auch die Grundlage der Gemeindefinanzen bildet. Sie erinnern sich, vor den Nationalratswahlen hat die Sozialistische Partei eine harte und berechtigte Kritik an der unsozialen Budget- und Steuerpolitik der ÖVP-Alleinregierung geübt. Aber jetzt, wo sie über vier Jahre die Regierung stellt, setzt sie die unsoziale Steuerpolitik der ÖVP fort. Und es ist allgemein bekannt, daß sich die Lohnsteuerbelastung in diesen vier Jahren mehr als verdoppelt hat.

Wenn die Sozialisten vor den Wahlen die Umsatzsteuer mit Recht als eine unsoziale Mehrsteuer charakterisieren, so haben sie mit der Einführung des Mehrwertsteuersatzes von 16 % gerade diese unsoziale Massensteuer wesentlich verschärft. Und wenn

der Herr Finanzminister damals erklärt hat, die Mehrwertsteuer stellt keine Mehrsteuer dar, so stellen wir Kommunisten jetzt fest, daß sich die Mehrwertsteuer im Vergleich zum Jahre 1969 sogar mehr als verdoppelte.

Nach den derzeitigen Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialbeirates wird sich auch in den kommenden Jahren in dieser Richtung nichts ändern. Bei der Fortsetzung der gegenwärtigen Steuerpolitik werden die Arbeiter und Angestellten im Jahre 1978 bereits S 64 Milliarden Lohnsteuer zahlen und die Mehrwertumsatzsteuer wird 1978 bereits S 82,5 Milliarden bringen. Aber gleichzeitig wurden in diesen letzten Jahren den Großunternehmern und Kapitalisten dutzende Milliarden Schilling an Steuernachlässen gewährt. Das ist aber nicht nur eine Feststellung von mir, denn die sozialistische Arbeiterzeitung, das Zentralorgan, hat selbst festgestellt, daß unter der SP-Regierung Steuererleichterungen für die Wirtschaft gewährt worden sind, wie in keiner anderen Regierung zuvor, besonders in der zweiten Republik.

Daher, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geht der Anteil der Gewinnsteuern ständig zurück und der Anteil der Massensteuern am Gesamtsteueraufkommen nimmt weiter zu und wird im Jahre 1978 75 %, also dreiviertel der Staatseinnahmen ausmachen.

Eine derartige Steuer- und Finanzpolitik, die sich nicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung, sondern nach den Profitinteressen des Großkapitals orientiert, führt unweigerlich zu einem wachsenden Druck von Seiten des Bundes und der Länder. Wir Kommunisten lehnen die von der Regierung ergriffenen restriktiven Maßnahmen gegenüber den Gemeinden ab, die ja schon bisher die größten Investitionen zu tätigen hatten, um mit der Entwicklung einigermaßen Schritt halten zu können. Durch solche Maß-

nahmen werden die Schulden der Gemeinde nicht kleiner, sondern nur größer. Und außerdem, verletzt die Regierungspartei ihr eigenes Parteiprogramm. Es heißt nämlich dort auf Seite 14:

"Die ihnen, den Gemeinden, aus Gesetz und Finanzausgleich zufließenden Abgaben sind ihnen ungekürzt für zweckentsprechende Verwendung zu überlassen."

Während man den Großunternehmern auch im kommenden Budget weitere Milliarden zubilligt, werden die Gemeinden auf Sparflamme gesetzt. Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Das heute zur Beschlußfassung vorliegende Budget für das Jahr 1975 ist in den Zahlen, wie bekannt, das Höchste, der bisher erstellten Vorschläge unserer Stadt und erfuhr eine Erweiterung gegenüber dem Vorschlag 1974 um rund 15 %. Die Ausweitung des Budgetrahmens ist nach Meinung von uns Kommunisten, einerseits auf die Entwertung des Schillings, auf Grund der Inflation und der Teuerung zurückzuführen und andererseits auf das Anziehen der Steuer-schraube bei jenen Abgaben, die vor allem die arbeitende Bevölkerung zu zahlen hat. Trotz der nominellen Erhöhung der Gemeindesteuern um rund S 10 Mill., wie wir gehört haben, und Abgaben-Ertragsanteilen von S 69 Mill. im Vorjahr auf S 87 Mill. wird sich die Finanzlage der Gemeinde nicht verbessern, sondern weiter verschlechtern.

Allen ist bekannt, daß allein bei der Gewerbesteuer um S 9 Mill. weniger zu erwarten ist, obwohl - das habe ich in der letzten Sitzung festgestellt - die Steyr-Werke eine Umsatzsteigerung von 14 % in diesem Jahr aufweisen.

Es zeigt uns erneut, daß die Opfer dieser Inflationspolitik vor allem die Arbeiter und Angestellten sind, die große Zahl der kleinen Spa-

rer und die Gemeinden. Die Verschuldung unserer Stadtgemeinde wächst weiter an und wichtige Investitionen und Vorhaben werden eingeschränkt oder können nicht durchgeführt werden.

Wie Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, selbst wissen, werden von Jahr zu Jahr mehr und größere Probleme an die Gemeinde herangetragen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die gewaltige Belastung der Gemeindefinanzen durch den Umweltschutz, insbesondere durch die Kanalisierungsprojekte, die mit S 12,6 Mill. präliminiert sind, auf die umfangreiche Bautätigkeit auf dem Sektor des Schulbaues, mit rund S 9 Mill. und des Straßenbaues, der allein im kommenden Budgetjahr rund S 28 Mill. erfordert.

Die Deckung dieser Hauptausgaben im a.o.H. erfolgt fast zur Gänze durch Aufnahme von teuren Krediten und der Schuldendienst steigt von S 7,3 Mill. gegenüber dem Voranschlag 1974 auf nahezu S 11 Mill. weiter an.

Die schlechte Finanzlage unserer Gemeinde, trotz Hochkonjunktur in Österreich, widerspiegelt und bestätigt erneut unsere Feststellung, daß das Finanzausgleichsgesetz, mit dem die Aufteilung der sogenannten gemeinschaftlichen Steuern bis zum Jahre 1978 zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geregelt wird und im Nationalrat von der SPÖ, der ÖVP und FPÖ einstimmig beschlossen wurde, nicht gemeindefreundlich, sondern das Gegenteil, gemeindefeindlich ist, wie die Erfahrungen zeigen. Die Steuer- und Finanzpolitik der Regierung führt dazu - wie schon eingangs festgestellt wurde - daß die Gemeinden einem wachsenden Druck von Seiten des Bundes und der Länder ausgesetzt sind. Daher fällt es den Gemeinden immer schwerer, den durch die wirtschaftliche und technische Entwicklung neu entstandenen Problemen gerecht zu werden.

Wir Kommunisten sind daher

der Ansicht, daß die Gemeinden nur dann ihre wachsenden Aufgaben erfüllen können, wenn folgende berechnete Forderungen erfüllt werden:

1. Mehr Geld aus den Bundesmitteln, das heißt, höhere Anteile an den Erträgen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben und volle Finanzautonomie für die Gemeinden.
2. Befreiung aller kommunalen Dienstleistungen und der Wohnungsmieten von der Mehrwertsteuer.
3. Die Bereitstellung von billigen, zinsenlosen Krediten für die Gemeinden, durch Bund, Länder und die verstaatlichten Banken.

Wir Kommunisten treten für eine grundlegende Änderung der Steuer- und Finanzpolitik ein und verlangen eine soziale gerechte Verteilung der Steuerlasten und die Verwendung der Steuermittel für eine Investitionspolitik, die nicht der Erhöhung der Profite, sondern der Sicherung und Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung und Pensionisten sowie dem sozialen Fortschritt dient.

Vor wenigen Monaten, im Mai dieses Jahres hat der Gemeinderat einstimmig ein mittelfristiges Investitionskonzept beschlossen, das die wesentlichen Ausgaben der Stadt bis zum Jahre 1980 beinhaltet.

Innerhalb dieser Jahre sollen für die außerordentlichen kommunalen Vorhaben über S 500 Mill. investiert bzw. ausgegeben werden.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, bleiben wir aber zunächst einmal bei den Investitionsvorhaben für das Budgetjahr 1975. Die Summe für die ursprünglichen kommunalen Projekte laut mittelfristigem Investitionskonzept in der Höhe von S 84 Mill. wurde offenbar im Interesse der von der Regierung empfohlenen Sparsamkeit auf rund S 74 Mill. herabgesetzt. Wobei ich bemerken möchte, daß schon bei der Planung dieser Investitionsvorhaben die jährliche Bau-

kostenerhöhung von 19 - 20 % nicht berücksichtigt wurde. So werden nach dem aoH 1975 für Schulgebäude, für den Neu- und Ausbau von Schulen um rund S 12 Mill. weniger veranschlagt. Bei den Vorhaben Wohnbaumaßnahmen wurden die vorgesehenen S 3 Mill. überhaupt gestrichen.

Für den Bau von Kindergärten wurde um S 1 Mill. weniger eingesetzt. Beim Vorhaben Abwasserbeseitigung sind um rund S 8 Mill. weniger veranschlagt. Die vorgesehenen S 2,5 Mill. für die Investitionen bei der Wasserversorgung wurden ebenfalls zur Gänze gestrichen. So auch die S 2 Mill. für den notwendigen Bau eines Veranstaltungssaales im Wohngebiet Münchenholz, die im aoH 1975 nicht aufgenommen wurden bzw. nur mit S 100.000,- Planungspost aufgenommen wurden.

Als Vertreter meiner Partei begrüßte ich die Erstellung des mittelfristigen Konzeptes für kommunale Investitionen und stimmte auch dafür. Aber es war mir und auch anderen Gemeindefunktionären völlig klar, daß unter den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Österreich, im Land der vielgepriesenen "Freien Marktwirtschaft", das heißt der planlosen kapitalistischen Wirtschaft die Erstellung eines auf mehrere Jahre bestimmten Investitionskonzeptes sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich ist.

Manchen mag das lächerlich vorkommen, aber ich zitiere vielleicht den Herrn Landeshauptmann Wenzl, der im Tierkreiszeichen des Löwen geboren ist und offenbar die mittelfristigen Investitionskonzepte nicht so tierisch ernst nimmt, denn er bezeichnete sie in sehr offener und zynischer Form, daß es sich um Wunschgedanken an das Christkind handelt. Also ich glaube, daß es darüber nicht viel zu Lachen gibt. Außerdem haben wir ja schon bisher

zur Kenntnis nehmen müssen, daß von allen durchaus positiven Vorhaben unserer Stadt, die in den jeweiligen Jahresbudgets geplant und einstimmig beschlossen wurden, maximal nur ein Drittel zur Durchführung kam. Und auch die derzeitige inflationäre Entwicklung der Wirtschaft gibt keine Hoffnung dafür, daß sich diese bedauerliche Praxis in der nächsten Zukunft ändern wird. Zur gleichen Zeit, in der die SP-Regierung in trauter Eintracht mit der ÖVP und der FPÖ zur verstärkten Sparsamkeit und zum Konsumverzicht aufruft, sind die Minister über die Abgeordneten bis hinunter zu den Gemeinderäten dabei, sich schon jetzt im Voranschlag für das kommende Jahr neue saftige Gehalts- und Funktionsbezugserhöhungen zu sichern. Im kommenden Jahr wird die Regierung ausschließlich aus Millionenverdienern, also aus lauter Millionären bestehen. Im Durchschnitt wird das Gehalt eines Regierungsmitgliedes S 1,278.000,- betragen, also um fast S 80.000,- mehr als heuer und dies alles natürlich, wie Sie selbst wissen, steuerbegünstigt. Aber noch nicht genug, zu diesem fast S 1,3 Mill. betragenden Gehalt kommen noch Funktionszulagen, Aufwandsentschädigungen, Repräsentationsausgaben, Fahrtkostenzuschüsse usw. Aber was erzähle ich Ihnen dies, meine Damen und Herren des Gemeinderates, Sie wissen es ja selbst.

Auch im Voranschlag unserer Stadt ist zur Sicherung und den Ausbau der Politikerbezüge und Aufwandsentschädigungen reichlich vorgesorgt. Im kommenden Jahr werden die Funktionsbezüge neuerlich um weitere S 250.000,- angehoben bzw. erhöht, sodaß die Gemeindefunktionäre allein im Jahre 1975 insgesamt S 3,850.000,- kassieren.

Beim Kassieren erhöhter Bezüge sind sich offenbar alle Gemeinderäte der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ einig

und ein Herz und eine Seele, denn zu dieser Voranschlagspost hat außer mir noch kein einziger Mandatar nur ein Wort verloren bzw. ist nur einmal in den ganzen Jahren dagegen aufgetreten.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
KARL FRITSCH:

Wir wissen ja, Herr Kollege Treml, daß das Ihre Aktion ist und wollen Ihnen nicht vorgreifen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wir Kommunisten lehnen derartige Privilegien für die sogenannten Ehrenämter entschieden ab, noch dazu wo sie den Stadthaushalt mit fast S 4 Mill. im kommenden Jahr schwer belasten.

Meine Damen und Herren! In wenigen Monaten begehen wir den 30. Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkrieges und der Befreiung Österreichs vom Faschismus. Aber ein Großteil der Wohnhäuser im Stadtteil Münchenholz haben noch immer den schwarzen und grauen Tarnanstrich aus der Kriegszeit. Die Stadtgemeinde hat und gibt laufend beträchtliche Mittel für die Verschönerung alter Fassaden an Bürgerhäusern aus. Dagegen haben wir an und für sich nichts einzuwenden, da wir Kommunisten dieser Fassadenaktion im Interesse der Erhaltung historischer Bauwerke auch stets zugestimmt haben. Wir verlangen im Interesse tausender Bewohner von Münchenholz, daß auch die Stadtgemeinde finanzielle Mittel für die Enttarnung, für eine friedensmäßige Färbelung der Arbeiterhäuser in Münchenholz zur Verfügung stellt. Dazu bedarf es keines neuen Budgets, sie brauchen nur die S 400.000,- umwidmen, die sie für den Bau von Schutzräumen und für die Luftschutzstollenrenovierung bereithalten.

Aber ich werde mir ersparen, neuerdings darauf besonders einzugehen, denn der Kollege der Freiheitli-

chen Partei wird Sie, Kollege Wallner, offenbar auch nicht sehr unterstützen, da er in seiner Rede einen anderen Vorschlag gemacht hat, daß man für friedlichere Zwecke das Geld verwendet - z. B. die Stollen.

Außerdem glauben wir, daß die Stadtgemeinde an die Steyr-Werks-Direktion herantreten könnte, die ja bei der Wohnungsvergabe in diesem Wohnviertel ein entscheidendes Wort mitzureden hat, daß sie auch die moralische Verpflichtung hätte, hier mit finanziellen Mitteln helfend einzuspringen.

Zur bevorstehenden Winterferienwoche der Schüler möchte ich die Anregung der österreichischen Kinderfreunde unterstützen, daß in dieser Ferienwoche die Schulkinder in der Stadt Steyr freien Zugang zu den Sportanlagen haben und damit der Nulltarif auf dem Eislaufplatz und im Hallenbad gewährt wird. Außerdem möchte ich bei dieser Gelegenheit die Anregung meiner Partei in Erinnerung rufen, die Kunsteisbahn in eine Rollschuhbahn umzubauen, damit auch im Sommer diese Sportstätte benützt werden kann.

Durch eine einmalige Ausgabe von ca. S 250.000,- für die Asphaltierung der Kunsteisbahn mit einem Spezialbelag könnten die Sportarten des Rollschuhlaufens und des Sommer-Eisstockschießens auf Asphaltbahnen betrieben werden. Nachdem die Wartung einer derartigen Anlage keine wesentlichen Kosten verursacht, würde sich das bestehende Defizit bei der Kunsteisbahn nicht erhöhen. Aber hunderte, ja sogar tausende Kinder und Erwachsene könnten für ihre Gesundheit das Rollschuhlaufen und Stockschießen betreiben.

In der Gemeinderatsitzung vom 31. 1. erklärte schon der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion, Stadtrat Kinzelhofer, daß in dieser Richtung die Untersuchungen bzw. Kostenrechnungen seit dem vorigen Jahr laufen

und ich hoffe vielleicht nicht vergebens, daß es nicht zwei Jahre dauern wird, bis wir das Ergebnis in dieser Richtung bekommen werden, sondern daß wir diese Frage tatsächlich in Angriff nehmen sollen.

Ein weiterer Wunsch der Bewohner der Waldrandsiedlung, der schon des öfteren angezogen wurden, ist, daß sie zweifellos Stiefkinder unserer Stadt sind.

1. Wird diese Siedlung von den städtischen Autobussen nur selten angefahren, genauer gesagt, zweimal in der Woche.

2. Durch die Umweltbedingungen, die dort vorherrschen. Es gibt keine Kanalisierung somit auch keine Straßentwässerung. Daher fließt ungehindert das Wasser auf den Straßen bergab, um irgendwo im Wald oder im Gelände zu versickern. Bei Minusgraden allerdings, bildet das Naß eine Vereisung der meist abfallenden Straßen und bildet eine große Gefahrenquelle für den Fußgänger und den Straßenverkehr. Dazu kommt noch die unerträgliche Rauch- und Lärmbelastung durch das Gußwerk der Steyr-Werke. Die Lärmentwicklung wird durch Absaugventilatoren, die täglich von 5 Uhr morgens bis spät abends im Betrieb sind hervorgerufen und ein Schlafen auch bei geschlossenen Fenstern ist in diesem Wohngebiet unmöglich. Im Interesse der Wohnbevölkerung der Waldrandsiedlung verlangen wir Kommunisten von der Stadtgemeinde, daß unverzüglich Schritte gegen die Lärmverursacher, die Steyr-Werke, eingeleitet werden. Wenn Mopedfahrer übermäßigen Lärm verursachen, werden sie empfindlich bestraft. Aber die reichen Steyr-Werke wurden bisher verschont.

Wir haben auch des öfteren schon verlangt, daß zusätzlich zu den Samstagen und Donnerstagen auch an jedem Dienstag zumindest ein Autobus in die Stadt und zurück eingesetzt wird. Da-

bei wäre es ebenfalls nicht schlecht, wenn man endlich auch die städtische Autobuslinie und die Abfahrtszeiten des sogenannten Geisterbusses in den Fahrplan aufnehmen würde.

Was die Förderung des Wohnbaues durch die Stadtgemeinde betrifft, muß ich heute neuerlich einiges ganz offen aussprechen. Obwohl die Wohnungssuchenden in unserer Stadt nicht weniger sondern mehr wurden, scheinen seit vielen Jahren, so auch im kommenden Jahr, nur S 10 Mill. als Darlehen bzw. als Förderungsbeitrag für den gemeinnützigen Wohnungsbau auf. Aber tatsächlich ausgegeben wurden in den letzten vier Jahren insgesamt nur rund S 8 Mill. Sie können sich ja ungefähr ein Bild machen, was man auf Grund der hohen Baukosten und der Inflation im nächsten Jahr mit den S 10 Mill. wirklich fördern kann. Die Mehrheitsfraktion begnügt sich offenbar mit dem lapidaren Satz, die Wohnbautätigkeit selbst wird im Rahmen der GWG nach den Grundsätzen der Wohnbauförderung abgewickelt, wie es so schön im Investitionskonzept heißt. Wie sieht der Wohnungsbau in den letzten Jahren nach diesen erwähnten Grundsätzen in unserer Stadt aus? Selbst führende Gemeindefunktionäre können den praktischen Rückgang der Wohnbautätigkeit nicht bestreiten. So wurden im Jahre 1971 128, im Jahre 1972 nur mehr 56, im Jahre 1973 72 und bis zum Juni dieses Jahres 142 Wohnungen, einschließlich der 72 kleinen Ein- und Zweiraumpensionistenwohnungen gebaut bzw. vergeben. Das gegebene Versprechen der Mehrheit des Gemeinderates, mindestens 150 Wohnungen pro Jahr zu bauen, wird bekanntlich seit Jahren nicht mehr erfüllt. Im Durchschnitt der letzten vier Jahre wurden nur rund 100 Wohnungen pro Jahr gebaut bzw. vergeben. Das sind genau um ein Drittel weniger als man der Bevölkerung versprochen hat. Mit der systematischen Abwürgung des sozialen Wohn-

baues in unserer Stadt, wo eben nur mehr hundert Gemeindewohnungen pro Jahr errichtet bzw. gebaut werden, ist eine enorme Verteuerung der Neubauwohnungen Hand in Hand gegangen. Für den Großteil der 2.000 Wohnungssuchenden sind die Wohnungen in der Resthofsiedlung mit S 2.000,- und noch höheren Mieten pro Monat und dazu noch die Baukostenzuschüsse, die jetzt schon bis über S 50.000,- betragen, schon längst nicht mehr erschwinglich. Wir Kommunisten sind daher der Meinung, so kann und darf es nicht weitergehen. Wir treten für die Wiederaufnahme des sozialen Wohnbaues ein, darunter verstehen wir, daß die Baukosten als "verlorenes Kapital" zu betrachten und nicht auf die Mieter zu überwälzen sind.

Nur langfristige Kredite, die weitgehend die Baukosten decken, können die Wohnbaukosten und damit die Mieten senken. Die derzeitigen Kreditbedingungen, auch nach der Reform im Sommer dieses Jahres, sind vollkommen unzureichend. Wir Kommunisten schlagen zur Überwindung des Rückganges am Wohnbausektor vor, daß den Gemeinden Wohnbaukredite in der Höhe von 90 % der Baukosten, mit einer Laufzeit von 70 Jahren, zur Verfügung gestellt werden, die jährlich mit nur 1,4 % zu tilgen sind. Dadurch würde die Miete einer ca. 70 m² großen Neubauwohnung, sogar bei den derzeit geltenden Wohnbaukosten - natürlich ohne Betriebskosten - nur rund S 530,- monatlich betragen. Und 10 % der Baukosten sowie die Grund- und Anschlußkosten müßten von der Gemeinde getragen werden.

Den Gemeinderäten die glauben, diese Vorschläge von uns Kommunisten seien in der heutigen Zeit utopisch oder unrealistisch, möchte ich in Erinnerung rufen, daß selbst in der wirtschaftlich schwierigsten Nachkriegsperiode es dem Staat möglich war, Wohnhaus- Wiederaufbaukredite

auf 90 Jahre und praktisch zinsfrei zu vergeben. Und was damals in der Notzeit möglich war, das müßte doch heute in der schon viele Jahre anhaltenden Hochkonjunktur in Österreich viel leichter durchzuführen sein. Nach der letzten Häuser- und Wohnungszählung gibt es in Österreich rund 230.000 nicht ständig bewohnte Wohnungen und in unserer Stadt allein gibt es hunderte Wohnungen, die leerstehen. Nach den Erhebungen und Untersuchungen durch die technische Hochschule Graz wurde festgestellt, daß allein in der Altstadt 87 unterschiedlich große Geschosse leerstehen bzw. freistehen. Wir Kommunisten verlangen im Interesse der tausenden Wohnungssuchenden in unserer Stadt und aus Gründen der Humanität ein Wohnungsanforderungsgesetz, damit die Gemeinden wieder das Recht bekommen, die leerstehenden Wohnungen anzufordern und nicht benützte oder zweckentfremdete Wohnungen mit einer Sonderabgabe zu besteuern. Der Vorstand der GWG der Stadt Steyr besteht, wie bekannt, aus Vertretern der SPÖ und ÖVP. Sie haben offenbar gemeinsam in ihrer letzten Sitzung ein unerfreuliches Weihnachtsgeschenk für die über 3.200 Gemeindemieter vorbereitet. Mit Wirkung 1. Jänner 1975 werden die Mietzinse je nach Größe der Wohnung, monatlich um S 40 - 100 erhöht. Die Verwaltungskosten werden von derzeit S 500 auf den nur empfohlenen Höchstsatz von S 640,- im Jahr hinaufgesetzt. Mit diesem Beschluß wurden die Verwaltungskosten innerhalb eines Jahres von S 360 auf S 640 gesteigert. Und wie man so schön sagt: "Alle guten Dinge sind drei!", aber in diesem Fall sind es drei unerfreuliche Dinge. Es werden nämlich auch die Heizungskosten empfindlich in die Höhe geschraubt. Die letzte Heizungskosten-Erhöhung war bekanntlich ebenfalls im heurigen Jahr und wurden von S 3,80 auf S 4,70 pro m² erhöht. Mit Wirkung

1. 1. 1975 werden die Gemeindemietter S 6,30 pro m² zu bezahlen haben, das bedeutet, daß die Heizungskosten innerhalb eines Jahres um S 2,50 angestiegen sind.

Mit diesem Beschluß, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werden rund 3.200 Steyrer Arbeiterfamilien für das Wohnen S 4 - 5 Mill. mehr ausgeben müssen im kommenden Jahr. Wir Kommunisten bezweifeln die Notwendigkeit dieser Erhöhung in dem beschlossenen Ausmaß und verlangen die Vorlage und Einsichtnahme der Kalkulationen und die Zurückstellung dieser empfindlichen Erhöhungen. Ich möchte in diesem Zusammenhang hinweisen, daß schon vor - glaube ich - 1 1/2 Jahren versucht wurde, die Mietzinsse gewaltig zu steigern und nach Überprüfung wurden sie zurückgestellt oder jetzt versucht man, diese in Etappen nachzuziehen. Einige Ansätze im Voranschlag - Finanzreferent Stadtrat Fürst hat sie aufgezeigt - zeigen uns Kommunisten heute schon, daß es im kommenden Jahr zu Anträgen auf Erhöhung von wesentlichen kommunalen Gebühren und Tarifen kommen wird. Wir Kommunisten appellieren heute schon an die Gemeinderäte, daß Sie in Ihrem Wirkungsbereich den Kampf gegen die Preistreiberei und Inflation führen. Wir erklären ausdrücklich, daß wir auch im kommenden Jahr für eine soziale Gebühren- und Tarifpolitik im Gemeinderat eintreten werden. Denn die sogenannte "Politik der Kostendeckung", die von der Mehrheit des Gemeinderates immer vertreten wird, löst nach unserer Meinung keine Probleme und führt nur zu einer ständigen Preissteigerung aller kommunaler Tarife und Gebühren.

In diesem Sinne erkläre ich als Vertreter der Kommunistischen Partei, daß ich dem zur Beschlußfassung vorliegenden Voranschlag für das Jahr 1975, jedoch einbezogen die Ablehnung der neuerlichen Erhöhung der Funk-

tionsbezüge und der kritischen Feststellungen, die Zustimmung geben werde.

Gleichzeitig, meine Damen und Herren, möchte ich im Namen meiner Partei und persönlich Ihnen, werter Herr Bürgermeister, den Damen und Herren des Gemeinderates, den Beamten und Bediensteten des Hauses frohe Festtage und ein friedliches Jahr 1975 wünschen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Tremml für die Zustimmungserklärung namens der Kommunistischen Fraktion zum gestellten Budgetantrag und erteile als Nächster Frau Stadtrat Kaltenbrunner das Wort.

Ich darf noch die weitere Reihenfolge nennen, Stadtrat Wallner und Frau Bundesrat Liebl.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:
Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Sie erlauben mir, daß ich vor Beginn meiner Ausführungen ganz kurz auf die Worte des Herrn Gemeinderates Fritsch über Kindergärten eingehe.

Herr Gemeinderat Fritsch, Sie kritisieren, daß wir zu wenige Kindergärten haben. Immerhin verfügen wir in Steyr über 12 Kindergärten, 5 Tagesstätten, 2 Horte und 1 Übungskindergarten. Wir haben also prozentuell gegenüber anderen Städten die meisten Kindergärten. Es ist bestimmt auf diesem Sektor schon sehr vieles geschehen. Seit Mai 1973 wurden die Beiträge erhöht und trotzdem war der Zuschußbedarf 1973 noch S 4,195.838,-, 1974 waren es S 6,319.900,- und für 1975 sind S 6,149.000,- veranschlagt. Sie sehen also, daß unsere Erhöhung wahrlich sehr notwendig war.

Gestatten Sie mir, daß ich mich auch heute wieder mit einigen Wünschen und Problemen an Sie wende. Es wird heute ein äußerst sparsames Budget für 1975 erstellt und dennoch werden die Schwerpunkte, z. B. unser Woh-

nungsbau, Kindergärten und Schulbau, vor allem auch unser Straßenbau, konsequent weitergeführt werden müssen. Wir haben in unserem Investitionsprogramm an Ausgaben für unsere Kindergärtenneubauten bis 1978 S 12 Mill. vorgesehen. Außer diesem Programm wären noch einige Ergänzungen in unseren 12 Kindergärten notwendig. Und ich hoffe doch, daß wir in zwei Jahren im Resthof II einen weiteren Kindergarten mit Tagesstättenbetrieb errichten können. Ich wäre Ihnen, verehrte Damen und Herren, dafür sehr dankbar, zumal ja das Taborgebiet hinsichtlich einer Tagesstätte ein bisserl stiefmütterlich behandelt wurde. In allen anderen Stadtteilen sind diese Einrichtungen ja bereits vorhanden. Wir wissen aber auch, daß wir deshalb darauf verzichten mußten, weil der Kindergarten Gleink und der Kindergarten Resthof neugebaut werden mußten, darum haben wir dem Priorität gegeben.

Eine zweite Sorge bereitet mir noch eine Kinderkrippe, die man womöglich auf der Ennsleite im Zuge des Bauprogrammes der Steyr-Werke unterbringen könnte. Der im Investitionsprogramm mit S 2 Mill. veranschlagte Kindergartenneubau für das Jahr 1977, ist ja eine Ersatzleistung für den Kindergarten Ennsleite I Marxstraße 15, der auf Grund der jetzt auftretenden baulichen Schwierigkeiten erneuert werden muß. Die Kinderkrippe sollte vor allem Kinder, die aus schwierigen Familienverhältnissen stammen, Kinder lediger Mütter oder getrennter Eltern aufnehmen. Da es ja im Prinzip jeder verheirateten Frau in Österreich durch das Karenzurlaubsgeld möglich ist, ohne allzugroße finanzielle Verluste während des ersten Lebensjahres ihres Kindes zu Hause zu bleiben, wird sie ihr Kind kaum in eine Krippe bringen. Vor allem eben nur dort, wo das Elternhaus gestört ist, würden diese Mütter beruhigt ihrer Ar-

beit nachgehen können und die Einrichtung sehr begrüßen. Unsere Kinder sind die Träger der Gesellschaft von morgen, daher ist ihre gesunde Entwicklung von entscheidender Bedeutung und wir haben die Verpflichtung, sie nach besten Kräften zu fördern, damit sie glücklich und erfolgreich leben können.

Zur gesunden seelischen Entwicklung unserer Kinder ist auch das harmonisierende Elternhaus Bedingung. Und daher erhalten unsere Familienplanungs- und Eheberatungsstellen in unserer Zeit, welche die Eltern oft vor sehr schwierige Probleme stellen, besondere Bedeutung. Aber nicht nur für Eltern sondern auch für unsere Kinder und damit für die ganze Familie. Die Institution der Familienberatung, wir verfügen in Steyr bereits über eine, gewährt rechtliche, psychologische, psychiatrische und fürsorgerische Hilfe für jene Menschen, die entweder umweltbedingte oder persönlichkeitsbedingte Schwierigkeiten allein nicht verarbeiten können. Wir haben in Steyr bereits ein gut funktionierendes Team, welches immer mehr in Anspruch genommen wird. Aber leider fehlt diesem Team noch ein Gynäkologe, der unseren Frauen, die sich in einer Not-situation befinden, mit Rat und Tat zur Seite stehen soll.

Daher geht heute meine Bitte an das Land OÖ., um unserer Beratungsstelle die Vollständigkeit zu geben, sobald als möglich einen Arzt einzusetzen. Die Erfolge der Familien- und Eheberatung zeigte bereits, wie wirksam und segensreich sie sein kann.

Es ist heute internationales Gedankengut geworden, daß Sozialpolitik in der Verwaltung eines Gemeinwesens eine Schlüsselstellung einnimmt. Man weiß, daß gestörte oder bedrohte soziale Verhältnisse immer eine Gefahr für den Bestand der Gesellschaft sind. Es muß daher der Familie als Keimzelle der Gemeinschaft, als Keimzelle des

Staates, in erster Linie unser sozialpolitisches Interesse gelten. Wobei wir Sozialisten in Anspruch nehmen können, daß Sozialpolitik in unserer Gemeinde immer eine entscheidende Rolle gespielt hat und wir immer um einen verbesserten Lebensstandard für unsere arbeitende Bevölkerung eingetreten sind.

So gesehen, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sollten diese Wünsche von mir, aus dem umfangreichen Sozialkatalog eine Forderung auf längere Zeit sein und ich bitte Sie, alle Fraktionen, mir dabei zu helfen.

Die sozialistische Fraktion im Steyrer Gemeinderat befaßt sich schon seit geraumer Zeit mit dem Problem der Einführung der sogenannten Aktion "Essen auf Rädern", das heißt, der Zustellung von warmen Essenportionen an Menschen, die körperlich nicht mehr in der Lage sind, sich das Essen selbst zuzubereiten oder anderwärts zu beschaffen. Die in dieser Richtung eingeholten Informationen aus anderen Städten, die diese sozialen Dienste bei sich bereits eingeführt haben, sind so verschieden. Hinsichtlich Organisation, Bereitung der Mahlzeiten, Beistellung der Zustellungsfahrzeuge und Personal, daß es einer genauen Überlegung und praktischen Prüfung bedarf, um für Steyr jenes System zu finden, das für die hiesigen Verhältnisse das beste erscheint und auch in ökonomischer Hinsicht dem finanziellen Potential der Stadt entspricht. In dieser Richtung sind Recherchen noch im Gange und man wird in absehbarer Zeit in der Lage sein, den Vertretungskörperschaften der Stadt konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Jedenfalls gebietet das Verantwortungsgefühl der damit befaßten Gemeindevertreter die Berücksichtigung des Umstandes, daß diese Einrichtung mit erheblichen Mitteln der Stadt geschaffen wird und daß nicht unüberlegte, vermeidbare Schritte

gesetzt werden dürfen.

Mit dem Bericht, der die als Beilagen zum gegenständlichen Amtsvortrag vom 21. 10. 1974 erstellten Entwürfe eines Organisationsstatutes zur Durchführung der Hauskrankenpflege, Familienhilfe und der Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes sowie von Richtlinien über die Vorschreibung und Einhebung von Beitragsleistungen für die Erbringung solcher Dienste näher erläutert, wurde nach Beratung im Wohlfahrtsausschuß am 2. 12. 1974 dessen Zustimmung gefunden. Ergänzend kann ich berichten, daß bis jetzt zwei Hauskrankenpflegerinnen für den Einsatz zur Verfügung stehen. Es könnte somit die Aktivität im Rahmen der Hauskrankenpflege in Angriff genommen werden.

Anders verhält es sich bei der geplanten Familienhilfe und Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes. Für diese sozialen Dienste haben wir bis jetzt noch keine Helferinnen zur Verfügung, obwohl versucht wurde, geeignete Frauen für diesen zu gewinnen. Es wird deshalb empfohlen, zunächst zwei Familienhelferinnenposten im Amtsblatt der Stadt Steyr zur Besetzung auszuschreiben.

Unbeschadet dessen bitte ich Sie heute, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, die erforderlichen Beschlüsse zur Schaffung und Regelung dieser sozialen Dienste ehestens herbeizuführen.

Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Frau Kollegin Kaltenbrunner für den Beitrag. Der nächste Redner ist Kollege Wallner.

STADTRAT MANFRED WALLNER:
Sehr verehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich kann es mir - ich bitte um Verzeihung - nicht verkneifen, ein

Wort, es ist wirklich nur ein Satz, nochmals zu unserem Kollegen Trembl sagen, der sich heute wiederum bemüht hat, die Friedensbemühungen des russischen Volkes in der Sowjetunion - es ist heute keine Russischstunde - und die Freundschaft der Sowjetunion mit allen Völkern herauszustellen. Er scheint aber hier nicht zu berücksichtigen, daß der Artikel 1) der russischen Staatsverfassung fast wörtlich - bitte mich nicht zu steinigen, wenn es wörtlich nicht genau stimmt - aber sinngemäß heißt, daß alle Seen, Meere, Schächte und Produkte, Stätten etc. dienen der Stärkung des russischen Volkes im Kampf gegen die kapitalistische Umwelt. Also doch gewisse Kampfpapieren in der Staatsverfassung. Das war nicht Sinn und Zweck, warum ich mich zu Wort gemeldet habe, sondern um zunächst bei der blumenreichen Sprache meiner verehrten Vordredner zu bleiben. Der Herr Finanzreferent hat Blumen verteilt, mein Kollege Fritsch hat Dornen beigesteuert, erlauben Sie auch mir daher, daß ich eine kleine Blume beisteuere, und zwar ein kleines Vergißmeinnicht. Der doppelte Sinn, den werden Sie sicher gleich verstehen.

Zuerst darf ich dem Gemeinderat einen kurzen Bericht über den Stand der Verhandlungen bezüglich der von meiner Fraktion seit Jahren geforderten Vergabeordnung für öffentliche Aufträge geben. Wie Sie wissen, haben wir den Entwurf einer solchen Vergabeordnung am 4. Juli d. J. vorgelegt. Das Bauamt hat inzwischen eine Stellungnahme zu dieser Vergabeordnung abgegeben und es wird nun Aufgabe des Bauausschusses sein, sich in seiner nächsten Sitzung, die voraussichtlich im Jänner 1975 unter meinem Vorsitz stattfinden wird, mit dieser Vergabeordnung zu befassen. Ich persönlich sehe den Verhandlungen mit großem Optimismus entgegen, da auch der Herr Bürgermeister Weiss

sich grundsätzlich für eine Vergabeordnung ausgesprochen hat und diese Frage eigentlich keine politische Frage sein dürfte. Ordnung und Transparenz auch in Fragen der Vergabe von Aufträgen der Gemeinden an die gewerbliche Wirtschaft muß unser Anliegen sein. Sollten sich jedoch die Verhandlungen mit der Mehrheitsfraktion wider Erwarten zerschlagen, so werden wir jedenfalls und das ist für uns unabdingbar, unsere Vergabeordnung voraussichtlich im März 1975 im Gemeinderat als Antrag einbringen. Soweit der Kurzbericht über den derzeitigen Stand der Dinge.

Nun aber darf ich doch noch, obwohl es heute schon angeklungen ist, etwas ausführlicher zum Kapitel Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital zurückkommen. Ich darf kurz in Erinnerung rufen, daß im Voranschlag 1973 29 Mill. an Gewerbesteuer präliminiert waren, die Rechnung 1973 erbrachte nur mehr S 25,305.661,-. Für 1974 gab man sich wieder sehr optimistisch mit einem Präliminare von S 29 Mill. Warten wir die Rechnung 1974 ab und man wird ein weiteres Absinken der Gewerbesteuer feststellen müssen. Mit zweijähriger Verspätung hat man diese triste Entwicklung auch in Steyr zur Kenntnis genommen und für das Jahr 1975 nur mehr S 20 Mill. angesetzt. Also um 30,1 % weniger. Ich will versuchen, Ihnen die Gründe für diesen rapiden Rückgang des Gewerbesteueraufkommens darzulegen. Wenn man es sich einfach machen würde und Ihre Parteifreunde in der Regierung machen es sich leider so oft zu einfach, dann könnte man es mit dem lapidaren Satz machen: Das ist eine weltweite Entwicklung, gegen die ein kleines Land wie Österreich nichts auszurichten vermag. So ist es aber nicht und so gesagt, stimmt es auch nicht. Auch in unserem kleinen Land Österreich ist es dank des Fleißes der arbeitenden Bevölkerung und der ge-

werblichen Wirtschaft gelungen, unter viel schwereren wirtschaftlichen Verhältnissen nach 1945 einen gigantischen Wiederaufbau zu bewerkstelligen. Nun steht die Wirtschaft und wird von einem gesunden und dynamischen Mittelstand getragen. Seitens der sozialistischen Regierung wird alles getan, um eine weitere dynamische Entwicklung der Wirtschaft zu verhindern. Ihre sozialistischen Freunde sind geradezu davon besessen, uns das schwedische Wirtschaftsprogramm aufzuzwingen. Das kann einfach nicht gutgehen in unserem Land. Oder ist es etwa nicht so, daß folgende Maßnahmen einer gesunden Entwicklung der Wirtschaft sich entgegenstellen?

Zuviel Verwaltungskram für unsere Gewerbetreibenden.

Diskriminierung des mittätigen Ehegatten durch ersatzloses Streichen des bis dahin geltenden Absetzbetrages.

Verpflichtung für die Einrichtung eines komplizierten Buchhaltungssystems auch für Klein- und Mittelbetriebe.

Diskriminierung im Wettbewerb durch die Fusionierungswut im Bereich der verstaatlichten Industrie.

Vergrößerung des Einflusses der verstaatlichten Unternehmungen durch Beteiligung bei An- und Aufkäufen von privaten Betrieben.

Durch eindichtetes Netz von Preisgesetzen und Verordnungen (diese verhindern eine marktgerechte Preisbildung).

Durch Förderung unkontrollierter Konzentrationen im Handel (diese führen zu Schwierigkeiten in der Nahversorgung).

Durch Forderungen des künftigen Chefs der Gewerkschaft der Privatangestellten Dallinger, die sogar soweit gehen, daß sie Verstaatlichung jener Branchen und Betriebe vorsehen, bei denen die Versorgung mit Waren oder Leistungen "im Interesse der Bevölkerung" nicht gesichert ist.

Durch Diskriminierung bei der Kreditvergabe (bekanntlich erhalten Konzerne und Staatsbetriebe nach wie vor im In- und Ausland die nötigen Gelder). Sie finden beim Finanzminister immer ein offenes Portemonnaie. Das führt dazu, daß der Mittelstand nicht nur finanziell ausgehungert wird, sondern auch durch übermächtige Großbetriebe im Wettbewerb diskriminiert wird.

Durch Diskriminierung der Wirtschaft, vor allem durch die Pensionsberechnungsvorschriften im GSPVG, die zweifellos hinter dem ASVG nachhinken und hinsichtlich der Berufsunfähigkeitspension.

Durch Verzögerung von Bauzahlungen durch die öffentliche Hand.

Durch Aushöhlung der Sozialpartnerschaft.

Durch sträfliche Vernachlässigung des Handels, dem es wegen Fehlens entsprechender finanzieller Rücklagen nicht mehr möglich ist, sich auf neue Entwicklungen einzustellen.

Durch Kreditkostenverteuerungen und totale Konzeptlosigkeit der Regierung.

Solche Schlagworte, meine sehr geehrten Damen und Herren, die zweifellos und beweisbar einen realen Hintergrund haben, ließen sich noch weiter fortsetzen. Ich nehme aber an, daß gerade Sie, sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, mit offenen Augen und Ohren durch das Leben gehen und diese Entwicklung selbst verfolgen. Ich kann mir daher eine weitere Aufzählung ersparen. Ersparen Sie aber auch bitte mir den eventuell folgenden Einwurf von Ihrer Seite, daß dies alles mit dem Budget unserer Stadt nichts zu tun habe. Meine Damen und Herren, jede einzelne der von mir vorangeführten konzeptlosen Maßnahmen Ihrer Regierung wirkt sich auch auf unser Budget aus und jede dieser Maßnahmen bewirkt einen Rückgang des Gewerbesteueraufkommens. Unsere

Wirtschaft kann einfach die derzeitigen Belastungen nicht mehr ohne Substanzverlust verkraften. Denn auch hier muß das Wort gelten: Belastungen haben ihre Grenzen!

Sagen Sie dies bei jeder sich bietenden Gelegenheit Ihren Parteifreunden in Wien, die an der derzeitigen Situation unserer Wirtschaft großteils schuld tragen und tun wir wenigstens alles in unserer Macht Stehende, um das Leben für unsere Wirtschaft in unserer Stadt erträglich zu machen. Auch das gehört zur kommunalen Politik. Sie darf nicht ein "Maxi-Midi-Modeschrei" unserer Arbeit sein. Wenn wir an den Stamm des Wortes Politik, das griechische Wort poles zurückdenken, so sagt dies bereits, daß die ursprünglichste, vielleicht die schönste Art der Politik auch heute noch die Sorge um den Nächsten in der kleinsten Gemeinschaft, in der Stadt und in der Gemeinde, ist. Eine gute Kommunalpolitik soll Grundlage für unsere weitere Arbeit sein. Meine Fraktion hat dies immer schon erkannt und bekennt sich zu einer dynamischen Kommunalpolitik zum Wohle der Wirtschaft und zum Wohle der Stadt und ihrer Bevölkerung.

Ich danke schön.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Als Nächste hat sich nun Frau Bundesrat Liebl zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:
Geehrtes Präsidium, geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Vorerst kurz eine Antwort der Frau Stadtrat. Schon voriges Jahr hat Kollege Fritsch darauf hingewiesen, daß die Aktion "Essen auf Rädern" verwirklicht wird. Auf Grund von Vorgesprächen hat er eine positive Stellungnahme der Mehrheitsfraktion erkennen können und ich freue mich, Frau Stadtrat, daß jetzt diese positive Maßnah-

me da ist und daß tatsächlich Essen auf Rädern durchgeführt wird.

Nun zur Gruppe 6, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, haben wir folgende Aussagen. Fest steht, daß wir in Steyr zu wenig Wohnungen haben. Die große Anzahl der vorliegenden Wohnungsansuchen, es sind 1.900, davon 1.300 allgemeine Ansuchen und 600 Ansuchen um Pensionistenwohnungen zeigen, daß es eben in Steyr 1.900 Familien gibt, die entweder keine eigene Wohnung haben oder mit ihren jetzigen Wohnungen unzufrieden sind und kein Auslangen mehr mit den derzeitigen Wohnverhältnissen finden. Geht man von der Tatsache aus, daß erfahrungsgemäß jährlich in Steyr 300 - 350 Wohneinheiten vergeben werden, so brauchen wir weitere 5 Jahre, um das Wohnbedürfnis der Wohnungsuchenden zu befriedigen. Die künftigen Bauvorhaben werden gewiß eine Linderung dieses Wohnungsproblems bringen. Die Fertigstellung des 1. Bauabschnittes Resthof brachte insgesamt 428 Wohnungen. Davon konnten bereits 234 Wohnungen bezogen und 84 Wohnungen vergeben werden. 110 Wohnungen stehen noch zur Vergabe frei. Der Bauabschnitt Resthof II wurde zur Bewilligung eingereicht und es ist mit weiteren 192 Wohnungen bis 1976 zu rechnen. Im Bau sind derzeit 72 Pensionistenwohnungen in Münichholz.

Aus dieser Darlegung ergibt sich, daß 1.900 Wohnungssuchenden in den nächsten 2 Jahren ein Angebot von ca. 398 Neubauwohnungen gegenübersteht. In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Rechnungshofbericht vom 26. Juli 1973 verweisen, in dem festgestellt wurde, daß in Steyr bis 1971 der Fehlbestand an Wohnungen nur sehr langsam verringert werden konnte. Es ist also alles daranzusetzen, den Bau von Wohnungen zu beschleunigen.

Die mindere Qualität in den Althäusern - auch das wurde heute schon

gesagt - die dem heutigen Lebensstandard nicht mehr gerecht werden, ist nicht zuletzt die Ursache für die große Anzahl der Wohnungssuchenden. Die Verschönerung des Stadtbildes von Steyr ist sehr erfreulich und anerkennungswürdig. Fremde und Durchreisende sagen, Steyr vermittele den Eindruck einer wohlhabenden, reichen und schönen Stadt. Es ist aber geradezu deprimierend, wenn man hinter die Fassaden dieser Althäuser am Stadtplatz schaut, die dem Betrachter eher den Eindruck von Armut und Elend vermitteln. Althäuser im Ennsdorf, in der Sierninger Straße, im Wehrgraben sind verrottet, zerwohnt und jahrelang nicht mehr instandgesetzt. Mit einem Wort, ein Wohnen in solchen Häusern ist menschenunwürdig. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir - wie dies heute schon geschehen ist - auf die menschenunwürdigen Zustände der Wohnungen im Bürgerspital aufmerksam zu machen. Wie dort unsere "Alten" hausen müssen, ist skandalös und erschütternd. Überzeugen Sie sich selbst davon, meine Damen und Herren des Gemeinderates? Die Bewohner vieler Althäuser haben nicht den sanitären Normalstandard. Sie verfügen teilweise nicht über ein eigenes WC, Wasser in der Wohnung, ein Bad oder eine Dusche. Die steigende Nachfrage dieser Althausbewohner nach Neubaugewohnungen ist nur allzu verständlich und gerechtfertigt. Die Zahl der nicht mehr bewohnbaren Wohnungen nimmt ständig zu. Man geht schon dazu über, diese durch Gastarbeiter total abwohnen zu lassen. Unser Ziel in Steyr soll sein, jeder Familie eine eigene, ihrem Bedürfnis entsprechende Wohnung zu schaffen. Wohnen bedeutet mehr, als bloß ein Dach über dem Kopf. Schlechte Wohnverhältnisse, überbelegte Wohnungen, viele Kinder haben noch kein eigenes Bett bei uns in Steyr, beeinträchtigen nicht nur die Gesundheit unserer Bewohner, sie

stören ihr psychisches Wohlbefinden und auch ihr soziales Verhalten. Aggressivität, Depressionen, Angstzustände sind die Folgen, die zu einem andauernden Streßfaktor werden. Jeder Mensch muß sich entfalten und bewegen können, er kann dies nur, wenn er eine entsprechend große Wohnung hat. 20 m² pro Person soll als Richtwert bei der Wohnungsvergabe berücksichtigt werden. Der vorhin aufgezeigte Wohnungsfehlstand mit all seinen zusätzlichen städtebaulichen und siedlungspolitischen Schwierigkeiten kann nicht allein durch den Wohnungsneubau behoben werden. Gleichzeitig ist es dringend erforderlich, die Altbauwohnungen zu sanieren. Die Wohnungen im Kern der Stadt verfallen, werden unbewohnbar, während am Stadtrand ständig neue Wohngebiete entstehen, die mit kostspieligen Investitionen aufgeschlossen werden müssen. Die Revitalisierung des Stadtkernes und die Erneuerung abgewohnter Wohnviertel wird immer dringlicher. Nur dort, wo es wirtschaftlich nicht mehr vertretbar ist, sollten diese Altbauten durch Neubauten ersetzt werden. Die Hebung des Wohnkomforts in den Altbauwohnungen der Stadt hat einen weiteren Vorteil, nämlich einen wirtschaftlichen. Das geschäftliche Leben wird ansonsten immer mehr in die Randgebiete und Siedlungen verdrängt. Die Sierninger Straße, die früher eine belebte Geschäftsstraße war, ist jetzt eine aussterbende Straße. Hauptsächlich ältere Menschen leben dort, die Gewerbetreibenden verzeichnen einen Geschäftsrückgang und müssen teilweise ihre Geschäfte zusperren. Die Sanierung der Altbauten in der Stadt schützt auch die Landschaft vor sinnloser Verbauung und Zersiedlung. Eine Abhilfemaßnahme wäre die Einbeziehung der Wohnungsverbesserung in die Wohnbauförderung in Form einer neuen Wohnbauförderung. Die finanziellen Mittel dieser

neuen Wohnbauförderung sollen sowohl für die Finanzierung des Wohnungsneubaues als auch für die Sanierung der Altbauwohnungen verwendet werden. Ich weiß, daß das nicht bei uns gelöst werden kann, ich weiß, daß das im Nationalrat entschieden werden muß.

Bei Neubauten ist darauf zu achten, daß der bisherige Standard erhalten bleibt, wir wollen nicht rückschrittlich sein.

Im Zuge der Energieeinsparung scheint mir besonders wichtig, bei Neubauten alle Mittel des modernen Isoliermaterials zu verwenden. Es ist nachgewiesen, daß hier ca. 40 - 60 % Energie eingespart werden kann.

Der geplante Sozialbau - 3 Obergeschosse mit 24 Wohnungen - im Wehrgraben entlang der Schwimmschule - in einfacher Bauweise - ist zu begrüßen, ohne Loggia oder Terrasse, nur um Kosten zu sparen, ist abzulehnen. Gerade für Kleinkinder, kranke und ältere Leute ist eine Loggia eine Möglichkeit, an die frische Luft zu kommen. Der geplante Bau ist ein Fertigteilbau mit 3-Zimmerwohnungen mit 71 m² und 4-Zimmerwohnungen mit 79 m². Wenn man aber die Wohnungen so anlegt, wie geplant, daß man von der Küche aus in die Wohnräume geht, so ist so ein Bauwerk ein echter Rückschritt und eine Verschlechterung der Wohnungsqualität. Wäre eine Hausfrau zu der Planung beigezogen worden, wäre so ein Plan nie zustande gekommen. Der Mietzins soll sozial gerecht sein. Dies ist er, so Herr Zeitlhofer, Obmann des Verbandes der gemeinnützigen Bau-, Wohn- und Siedlungsvereinigung, wenn er 10 - 20 % des Nettofamilieneinkommens beträgt. Die Praxis sieht allerdings etwas anders aus. Der Mietzins für eine 70 m²-Wohnung beträgt im Resthof etwa S 1.680,-. Wieviele Familien haben schon ein Nettoeinkommen von S 16.800,-?

Bedenken werfen auch die Genossenschaftswohnungen auf, die genauso

teuer sind wie Eigentumswohnungen, aber eben keine Eigentumswohnungen sind. Veräußert man eine Eigentumswohnung, so erzielt man sicherlich einen gerechten Preis, gibt man eine Genossenschaftswohnung auf, so bekommt man nur den Genossenschaftsanteil, vermindert um den jährlichen Abschreibungsbetrag, dieser so verminderte Genossenschaftsanteil ist nur mehr ein verschwindend kleiner Betrag.

Abschließend zur Wohnungsvergabe einige Bemerkungen:

Der 2. Landtagspräsident Habringer hat in der Budgetdebatte am 6. Dezember u. a. die Auffassung der SPÖ bekräftigt und festgestellt, daß Wohnungen keine Waren seien. Lautstark begrüße ich diese Aussage und darf diese noch erweitern und mit aller Deutlichkeit darauf verweisen, daß die Vergabe von Wohnungen aber auf gar keinen Fall eine parteipolitische Ware sein darf. Es ist inhuman, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wenn Vertreter der SPÖ zu den Wohnungssuchenden sagen, es kennt sie niemand vom Ausschuß. Es war eine bekannte alte Steyrer Geschäftsfrau, die durch ihr jahrzehntelanges Wirken der Stadt Steyr viel Lohnsummensteuer eingebracht hat, der man das sagte. Diese Frotzelei verkräftete die Frau nicht, sie ging trotz ihres schweren Herzasthmas von einem Gemeinderat zum anderen, stellte sich vor und bat, ihr Wohnungsansuchen vom 9. 1. 1970 zu unterstützen.

Verwerflich und undemokratisch aber sind Bemerkungen von SPÖ-gemeinderätlichen Ausschußmitgliedern, wenn Wohnungssuchende bei ihnen vorsprechen und um Unterstützung bitten, wenn sie sagen, wir können in erster Linie nur unsere Mitglieder unterstützen. Nebenbei die Worte fallen lassen, daß der Wohnungsausschuß aus 9 SPÖ-Mitgliedern und 3 ÖVP-Mitgliedern besteht und in der Demokratie ja

letztlich doch die Mehrheit entscheidet. Dadurch gelingt ein Beitritt zur sozialistischen Partei und auch ein Austritt aus der Österreichischen Volkspartei.

Demokratie erfordert von uns Volksvertretern in erster Linie Selbstdisziplin, Verantwortungsbe-
wußtsein und Toleranz. Darum ersuche ich in Zukunft die Damen und Herren der Mehrheitsfraktion im Wohnungsausschuß.

Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Damit ist auch dieser Diskussionsbeitrag abgeschlossen. Als Nächster hat sich nun Kollege Schwarz gemeldet.

Darf ich gleich die weitere Reihung bekanntgeben. Gemeinderat Fuchs, dann Gemeinderat Holub.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Gestatten Sie mir, daß ich zu einigen Ausführungen, die heute angezogen wurden, Stellung nehme. Zunächst zu einigen Ausführungen des Kollegen Fritsch im Zusammenhang mit dem Schulbau. In erster Linie Schulbau Gleink und in diesem Zusammenhang mit den Ausführungen, daß wir seitens der Gemeinde doch nicht bei den Schülern und Schulen zu sparen beginnen dürfen. Herr Kollege Fritsch, ich glaube, daß dieser Appell sicherlich daneben geht, wenn man weiß, was die Gemeinde Steyr am Schulbausektor bisher und immer schon geleistet hat. Ich möchte noch dazu sagen, daß der eingesetzte Betrag im Budget bislang dazu ausgereicht hat, die Wünsche der Lehrkräfte der Schulen in der Regel zu erfüllen. Ausnahmen bestätige ich selbst-

verständlich. Es wird aber auch hier die Notwendigkeit überprüft. Ich glaube auch, daß wir im kommenden Jahr mit den eingesetzten Mitteln in dieser Richtung sicher das Auslangen finden können.

Zum Schulbau in Gleink ein Wort. Hier wurden die Vorverhandlungen mit den kirchlichen Stellen bezüglich des Grunderwerbes bereits abgeführt. Nur eines möchte ich hier doch dazusagen, nicht einschränkend. Wir stehen dazu, daß der Schulbau weiterhin im bisherigen Maß fortgeführt wird. Nur kommen wir dadurch, daß an der Peripherie der Stadt in neuen Wohngebieten neue Schulen errichtet werden in immer größere Schwierigkeiten mit den dadurch in den innerstädtischen Bereichen freiwerdenden älteren Schulgebäuden. Ich darf erinnern, daß durch den Schulbau der Promenadeschule ein Gebäude in der Berggasse, das ebenfalls als Schulgebäude zur Verfügung gestellt ist, frei wird. Daß durch den Neubau der HAK und HASCH die Schule unten im Wehrgraben frei wird, daß durch die Stilllegung der Berufsschule II diese praktisch derzeit leersteht und ich möchte doch zu bedenken geben, daß die Erhaltung und Weiterverwendung dieser Gebäude ein nicht unwesentliches Problem in der Zukunft darstellt und wir uns überlegen müssen, in welcher Form Verwendungsmöglichkeiten gefunden werden. Unter Umständen auch für schulische Zwecke, das möchte ich sagen. Es gibt die Einteilung nach Schulsprengeln und ich kann mir gut vorstellen, daß wir unter Umständen durch eine Lockerung dieser Schulsprengleinteilung auf Sicht gesehen - das wird also nicht morgen eintreten - hier die Möglichkeit finden werden, diese Gebäude unter Umständen zu verwenden. Das möchte ich hier eindeutig und klar feststellen.

Einige Worte noch zu Kollegen Wallner, und zwar im Bezug auf die

Hinweise bezüglich der Erstellung einer Vergabeordnung. Das ist richtig. Bürgermeister Weiss hat in dieser Richtung insofern Zusagen gemacht, als von einer Zusammenfassung der bestehenden Richtlinien im Rahmen der Önormen und der durchgeführten Praxis, die noch zusätzlicher Gespräche bedarf. Hier kann sicher ein Weg gefunden werden, daß wir zu einer Einigung kommen. Daß aber das ein sehr diffiziles Problem ist, das wird von überall offen zugegeben und daß das auch seine Zeit braucht ist, glaube ich, verständlich.

Nun aber, Kolleginnen und Kollegen, zum Wohnungsproblem, das heute bereits mehrmals angezogen wurde. Zunächst darf ich eine Richtigstellung bzw. eine Ergänzung zum Kollegen Treml sagen. Du hast richtig gesagt, wir haben bis Juni 1974 142 Wohnungen gebaut. Ich darf ergänzen, daß der derzeitige Wohnungsneubau im heurigen Jahr 194 beträgt, daß also in der letzten Zeit noch eine Reihe von Wohnungen dazugekommen ist und das ist die höchste Zahl an Wohnungsvergaben seit 1968. Es ist nicht so, daß die Zahl der zu vergebenden Wohnungen in den letzten Jahren immer weniger geworden ist. Ich darf sagen, daß im nächsten Jahr einschließlich der vorgesehenen Pensionistenwohnungen in Münchenholz, die fertiggestellt sein werden Ende des Jahres und wo mit weiteren 182 Wohnungen gerechnet werden kann, daß also doch in den letzten beiden Jahren eine beträchtliche Steigerung eingetreten ist. Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft verfügt derzeit über 3.270 Wohnungen. Wir wissen alle, daß das zu wenig ist. Ich bestätige das, das ist richtig, nur sind eben die Möglichkeiten der Wohnraumbeschaffung auch Grenzen gesetzt. Wir sind bestrebt, hier neue Wege zu gehen. Der Resthof wird weiterhin, wie geplant, ausgebaut und ich darf sagen, daß wir bereits im Sommer

mit den Planungen, mit den Überlegungen zum Bau von Sozialwohnungen im Wehrgraben begonnen haben, daß derzeit an den entsprechenden Plänen gearbeitet wird und hier, Frau Bundesrat, kann ich Ihre Auffassung nicht teilen. Wir wollen mit diesen Wohnungen erreichen, daß Mitbürger, die bisher auf Grund ihrer finanziellen Verhältnisse nicht in der Lage waren, auch eine entsprechende Wohnung zu bekommen, ebenfalls die Möglichkeit haben, eine Neubauwohnung zu erreichen. Daß das natürlich nur unter Hintansetzung oder Vernachlässigung von bestimmten Einrichtungen möglich ist, ist auch klar und daß die Wohnqualität darunter etwas leidet, wird zugegeben. Es ist aber immer, glaube ich, besser als wenn wir sie in Altbauwohnungen oder in Wohnungen unterbringen müssen, die doch nicht mehr zumutbar sind. In diesem Zusammenhang zum Altbauwohnhausbestand darf ich doch sagen, der größte Teil besonders im innerstädtischen Bereich, diese Adresse müßte an die Privatwohnhausbesitzer gehen, weil der größte Wohnungsbestand gerade im Stadtkern Privatwohnungsbesitz ist. Ich richte meinen Appell - es bestehen ja gesetzliche Richtlinien, die eine Unterstützung zusagen - an die Privatwohnhausbesitzer, hier die entsprechenden Verbesserungen durchzuführen. Wir würden das wirklich sehr begrüßen. Sie würden uns in der Wohnraumbeschaffung echt unterstützen. Das darf ich eindeutig feststellen.

Nun aber einige Worte zur Mietenbildung. Wir beobachten die Mietenbildung und die Entwicklung auf dem Preissektor ebenfalls mit großer Sorge. Ganz besonders auf dem Energiesektor und da, Kollege Treml, darf ich Dir wohl sagen, daß es uns also gar nicht gefällt, daß beispielsweise der Erdgaspreis aus Rußland mit Jänner sehr wesentlich erhöht wurde und wir wahrscheinlich nicht anders können

werden, denn diese Preise schlagen sich natürlich auf unsere Erdgaspreise um, sie beeinflussen diese Erdgaspreise und wir werden höchstwahrscheinlich - es sind noch Beratungen notwendig - doch zum Teil Preiserhöhungen vornehmen müssen.

Allgemein darf ich, Kolleginnen und Kollegen, zur Mietenbildung folgendes sagen. Ich habe hier den Auszug aus den OÖ. Nachrichten aus dem Wirtschaftsteil vom 2. 12. 1974 über die Generalversammlung einer Genossenschaft, und zwar der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Ried, die ebenfalls ca. 3.000 Wohnungen verwaltet, ungefähr also gleich groß ist wie unsere GWG. Ich darf hier nur einen Auszug vorlegen über die Mietenbildung.

Gruber - das ist der Obmann - legte eine im heurigen Jahr für das Innviertel, also den ländlichen Bereich, geltende Mietzinskalkulation vor, aus der zu entnehmen ist, daß in einem heuer von der Genossenschaft gebauten Haus der Mietzins pro m² Wohnnutzfläche S 34,50 beträgt. S 23,50 entfallen auf die reine Miete, S 11,- auf die Betriebs- und Heizungskosten. Das ist eine Miete, die bereits existiert. Unsere Mieten im Resthof liegen einschließlich Verwaltungs- und Heizungskosten bei S 23,80. Ich glaube, man sollte diese Dinge auch mit anderen Orten und Städten vergleichen, dann können Sie uns nur bestätigen, daß wir wirklich alles tun, um die Mieten in einer entsprechenden Höhe zu halten. Noch auf etwas darf ich hinweisen, was vielleicht zu wenig bekannt ist. Wir haben gerade bei diesen neuen Wohnungen und bei den Pensionistenwohnungen die Möglichkeit, nach dem Wohnbeihilfengesetz Beihilfen zu erreichen. Jeder Wohnungswerber, jeder, der von uns eine Wohnung zugewiesen bekommt, wird von Amts wegen auf diese Möglichkeit hingewiesen.

Ich habe mir einige Beispiele von Pensionistenwohnungen herausgeschrieben. Ich möchte nicht alle anführen und auch keine Namen nennen. Wenn jemand daran interessiert ist, ich habe die Namen hier, Sie können sich jederzeit davon überzeugen, daß das richtig ist. Sie können also zu den Leuten hingehen.

Eine Zweizimmerwohnung im Pensionistenheim Ennsleite, ein Ehepaar, die Pension beträgt S 4.493,-, die Gesamtmiete einschließlich Heizung S 1.204,-. Ab Juli erhält diese Familie eine Wohnbeihilfe von monatlich S 351,31. Im Endbetrag bleibt eine Nettomiete von S 852,69. Der Quadratmeterpreis beträgt in diesem Fall S 21,30. Einen zweiten Fall möchte ich noch anziehen. Ich kann nicht alle zitieren, das habe ich schon gesagt. Ebenfalls eine Zweizimmerwohnung, eine alleinstehende Frau, die Pension beträgt S 2.386,10, der Hilflosenzuschuß S 1.179,70, das ergibt eine Gesamtpension von S 3.565,80. Die Gesamtmiete würde S 1.204,- betragen und die Wohnbeihilfe beträgt ab Juli 1974 S 628,46, sodaß eine Nettomiete von S 575,54 das Endergebnis ist. Das ist ein Quadratmeterpreis von S 14,40. Ich glaube, hier liegt die Zumutbarkeit vor.

Ich darf noch dazusagen, daß sich im besonderen der Wohnungsreferent des Landes OÖ., Landesrat Neuhäuser, in diesem Zusammenhang mit der Erstellung und Werdung dieses Gesetzes große Verdienste erworben hat.

Abschließend ein Wort zur Wohnungsvergabe. Es ist selbstverständlich, daß Parteipolitik bei der Wohnungsvergabe nicht in Frage kommt. Daß Überlegungen, die aus parteilichen Gründen angeführt werden nicht stimmen. Ich möchte doch sagen, sie werden sehr stark vermutet, aber es ist einmal so in Steyr, daß ein sehr großer Teil der Bevölkerung der Sozialistischen Partei angehört und Sie kön-

nen von uns nicht erwarten und das ist nicht möglich, daß Sozialisten keine Wohnung in Steyr bekommen. Das möchte ich abschließend sagen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Als Nächster Gemeinderat Fuchs.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Den grundsätzlichen Ausführungen des Herrn Finanzreferenten sowie der weiteren Herren Fraktionsführer und auch der Debattenredner sowie der charmanten Debattenrednerinnen nach könnte man schließen, daß sich alle Fraktionen im Interesse der Stadt Steyr und ihrer Bevölkerung die besten Ziele setzen für die nächsten Jahre bzw. Jahrzehnte. Es sind somit größtenteils erfreuliche Lippenbekenntnisse zu registrieren. Für die Beweisführung, ob all das heute Geäußerte tatsächlich realisiert wird in den nächsten Jahren, gibt es demnach nach dieser Gemeinderatsitzung sicherlich ein dickes Protokoll als Nachschlagwerk zur Überprüfung und Überwachung, natürlich durch die künftigen Voranschläge untermauert. Als Wunschvorstellung an das Christkind betrachten wir diesen Voranschlag bestimmt nicht, weil einmal dieses Wort gefallen ist. Auch nicht das mittelfristige Investitionskonzept, das wir vor längerer Zeit verabschiedet haben. Sollten tatsächlich ähnliche Worte vom Landeshauptmann gekommen sein, so müßten wir das alle bedauern. Wir glauben, daß wir alle bemüht sein sollten, diesen heute zu verabschiedenden Voranschlag, zu dem wir - das haben wir schon verlautet - ja sagen, daß wir diesen Voranschlag tatsächlich bis zum Äußersten, wenn ich so sagen darf, erfüllen wollen und sollen. Wir werden daher bemüht sein, in der nächsten Zeit auch ständig an diesen

Voranschlag zu erinnern. Mein Beitrag soll jedoch dazu dienen, die immer wieder zitierte und gewünschte Zusammenarbeit im Gemeinderat und den Stil - darüber wurde auch schon manches geschrieben - hier irgendwie einer Erläuterung zu unterziehen. Wir wollen nämlich, daß diese Zusammenarbeit und dieser Stil nicht nur aus Lippenbekenntnissen besteht, sondern daß diese Zusammenarbeit - der Fraktionsführer der SPÖ sprach darüber ausführlich, er lobte diese Zusammenarbeit - auch tatsächlich Einzug hält. Wir bekennen uns jedenfalls zu dieser Zusammenarbeit, wenn sie wirklich ernstlich von allen Seiten praktiziert wird. Sicher steht fest, daß manche Realisierung von Ankündigungen und Beschlüssen eintrat. Z. B. darf ich erfreulicherweise feststellen - auch hier gab es heute bereits Erwähnungen - daß bei der letzten Wohlfahrtsausschußsitzung die Einführung der von uns auch geforderten, im Ausschuß und im Gemeinderat geforderten sozialen Dienste bevorsteht. Wir betiteln es als städtischen Sozialdienst, das war der einzige Unterschied. Und zwar hauptsächlich für die Hauskrankenpflege, Familienhilfe und was ebenso im Voranschlag erfreulich ersichtlich ist, ist die Aktion "Essen auf Rädern". Sie erinnern sich genau, bei der letzten Budgetdebatte im Vorjahr, daß wir diesbezüglich auch noch einmal einen Antrag stellten. Einmal sage ich deswegen, weil es hieß, daß auch andere Fraktionen hier vorstellig wurden. Ich glaube, das wird sicherlich eine echte soziale Tat gegenüber unseren betagten Mitbürgern und auch anderen Mitmenschen werden, die diese Hilfe brauchen. Auch auf anderen Gebieten, z. B. gerade im Bezug auf Kindergarten- ausbau werden wir stets so reagieren, wie es auch heute schon zum Ausdruck kam, nämlich Förderungsmaßnahmen in dieser Hinsicht zu unter-

stützen. Es ist nur schade, daß in dieser Beziehung die Steyr-Werke keine ähnlichen guten Maßnahmen bisher gesetzt haben. Bezüglich der von Ihnen, Frau Stadtrat angezogenen Tagesheimstätte Tabor möchte ich sagen, daß es hier wirklich sehr notwendig ist, diese ehestens oder sehr bald zu schaffen. Es gibt in diesem Gebiet sehr viele Hausfrauen und Mütter, die leider, bedauerlicherweise leider, genötigt sind, dazuzuverdienen. Aber es gibt auch noch Mängel, um die der Herr Bürgermeister bemüht sein sollte sie abzustellen. Gerade der Herr Bürgermeister hat in seiner Antrittsrede viel auch von dieser gewünschten Zusammenarbeit geredet. So kündigte er eine tolerante Haltung gegenüber allen Minderheitsfraktionen an. Diese seine Haltung, das muß man zugeben, wurde auch größtenteils in gemeinderätlichen Angelegenheiten erfüllt bzw. sie war registrierbar. Seiner Ankündigung z. B., vor größeren Entscheidungen des Gemeinderates interfraktionelle Gespräche zu führen, wurde entsprochen. Wir fanden diese Gespräche außerhalb jeder Geschäftsordnung für sehr gut und würden wünschen, daß sie auch ihre Fortsetzung finden werden. Auch hat uns der Fraktionsführer der Mehrheitsfraktion erstmals vor Erstellung dieses Budgets eingeladen, Budgetwünsche anzumelden, im Vorjahr war dies noch nicht der Fall und obwohl nicht einmal die Hälfte unserer Wünsche ein gültiges Ohr fanden, ist doch zu sagen, daß diese Art einer angestrebten Zusammenarbeit als positiv zu vermerken ist. Dasselbe Vorhaben bezüglich Wohnungsvergaben hat auch der neue Vorsitzende des Wohnungsausschusses angekündigt. Wir würden wünschen, daß er diese Ankündigung auch realisiert, damit jene Dinge, die auch schon vorher von Frau Bundesrat Liebl angezogen wurden, tatsächlich ad acta gelegt werden könnten und sie nicht mehr Gegenstand einer Kritik in diesem Ge-

meinderat sein werden. Das sind die seit der Amtsübernahme von Franz Weiss als Bürgermeister dieser Stadt erfreulichen Seiten.

Jede Rede hat natürlich auch einen anderen Aspekt und daher darf ich jetzt überleiten auf Dinge, die eben unerfreulich sind und wie wir meinen, abgeschafft gehören. Ich möchte diese unerfreulichen Dinge als Ausrutscher bezeichnen, als einmalige Ausrutscher. Es wurde mir z. B. von einem SP-Mitglied des Stadtsenates bei einer Ausschusssitzung in einer echten "Scharfmachermanier" eine Sanktionsmaßnahme angedroht, die bisher - das glaube ich sagen zu können - kein gleichrangiges negatives Beispiel findet. Ich erhielt Kritik wegen einiger ausgesandter Gratulationsschreiben an Leute, die eine Wohnung bekommen oder bekamen. Die Drohung lautete etwa: Wenn Du, Fuchs, diese Gratulationsschreiben nicht einstellst, könnte man sagen, daß wir Dir dieses Informationsrecht, das Du gnadenweise im Ausschuß besitzt, wieder nehmen. Unterstützt wurden diese Vorwürfe leider auch von zwei anderen Mandataren. Auf gut deutsch hieß diese Drohung, man kann mir das gnadenweise gewährte Sitzrecht in diesem Ausschuß jederzeit wieder nehmen, also mich hinaus-schmeißen. Ich glaube nicht, Herr Bürgermeister, daß eine solche "Scharfmacherei" den Intentionen Ihrer Bürgermeisterantrittsrede entspricht, ich habe auch nicht wegen dieser meiner unzeitgemäßen Haltung diese Gratulationsschreiben eingestellt, sondern wegen der ausdrücklichen Bitte, die der neue Vorsitzende des Wohnungsausschusses mir gegenüber äußerte.

Doch nun zum Negativum Nr. 2. Ich gehöre und das haben Sie auch schon öfter hier bestätigt erhalten, bestimmt nicht zu den Empfindlichsten und habe auch manches einstecken müssen in den letzten 14 Jahren als politisch Tätiger, das tut fast jeder im Laufe der Zeit. Ich halte es auch nicht

für zeitgemäß, wenn in diesem Gemeinderat das Wort Feind fällt. Das Wort Feind ist uns in diesem Gemeinderat bestimmt noch nicht über die Lippen gekommen. Ich glaube, das dürfen Sie alle bestätigen. Feinde gab es leider in den Dreißiger und Vierziger Jahren, Gott sei Dank haben wir diese Zeit nicht miterleben müssen. Vielleicht können Sie, Herr Bürgermeister, auch dazu beitragen, daß mancher Mandatar die Vergangenheit endlich bewältigt. Vielleicht besinnen wir uns zusammen am Beginn des letzten Viertels dieses Jahrhunderts, daß trotz aller Auffassungsunterschiede, die selbstverständlich vorherrschen, auch der Fraktionsführer der SP-Mehrheit hier deutlich macht, daß wir eine demokratische und sachliche Diskussion und nur diese zu führen haben über Dinge, die dieser Stadt und ihrer Bevölkerung dienen. Das Beste kann man, das beweisen Erfahrungswerte, besonders aus der Gruppendynamik, aus einer Meinungsvielfalt und nicht aus Hypothesen und zementierten Mehrheitsmeinungen heraus wollen.

Eine weitere unerfreuliche Angelegenheit - damit komme ich zu Punkt 3 der anderen Seite - ist das Verhältnis zu einem Amt im Rathaus. Vor geraumer Zeit - ich kann Beweise liefern, ich liefere sie nicht jetzt, weil ich nicht unbedingt bis ins Detail gehen möchte - von mir aus vor einem halben Jahr, habe ich dort den Leiter dieses Amtes schriftlich ersucht - er hat selbst gesagt, ersuchen Sie mich darum schriftlich - mir 3 Fragen zu beantworten. Fragen von allgemeinem Interesse, Fragen, wo ich der Bevölkerung gegenüber Antwort zu erteilen gehabt hätte. Bis zum heutigen Tag erhielt ich diese Antwort bedauerlicherweise nicht. Wohl aber von Sitzung zu Sitzung die Aussage dieses Abteilungsleiters, Fuchs, nächste Woche geht ein Brief ab, nächste Woche bekommen Sie Antwort. Ich bitte Sie heute

um Verständnis, daß einem nach so langer Zeit des Wartens einmal der Kragen platzt, wenn ich das so volkstümlich ausdrücken darf. Ich stelle nur noch die Frage in den Raum, wie wird es erst den sogenannten "Normalbürgern" ergehen, wenn die gewisse Ersuchen an Ämter richten, wenn sie Fragen vorlegen, wenn sie nicht einmal zur Beantwortung ein Mandatar, der eine hilfeschuchende Antwort möchte - wiederum für andere - erhält. Doch nun einige Anmerkungen zu den Stadtwerkebetrieben. Der erstellte Erfolgsplan 1975 weist auf der Einnahmen- und Ausgabenseite unterschiedliche Steigerungen gegenüber den Vorjahren auf, die nicht ganz verständlich erscheinen. Verständlich wäre dieser Erfolgsplan dann, wenn der zuständige Referent Tarif- oder Gebührenerhöhungen für das nächste Jahr eingeplant hätte. Z. B. wird die Ertragserwartung, ohne Verlustkalkulation, das sind ohne die Gemeindegzuschüsse, bei den Verkehrsbetrieben um 10 % höher als im Vorjahr sein. Eine niedrigere Ertragserwartung hingegen von 16,6 % wird beim Stadtbad erhofft. Dafür wird der Verlustzuschuß beim Stadtbad nun - wie auch schon heute ausgeführt - 1,6 Mill. betragen, also verdoppelt werden, wogegen der Verlustzuschuß bei den Verkehrsbetrieben sogar um S 100.000,- auf S 650.000,- gesenkt wird. Beim Gaswerk werden Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr erwartet trotz der Tarifierhöhungen. Vielleicht kann man diese Fragen heute oder nächstens irgendwie beantworten.

Nun einige Anmerkungen zum Schuldendienst der Stadt. Es ist zu vermerken, daß die Zahlungen für die Tilgung der Darlehen und die Zinsen von 7,3 auf 10,8 Mill. erhöht wurden - das wurde auch schon ausgeführt - und diese 4,7 % des oH ausmachen, was eine Steigerung von 38 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Dieses ist nicht nur

auf einen erhöhten Zinsendienst zurückzuführen, Sie wissen alle, warum dieser erhöhte Zinsendienst zustande kam, sondern auf die Anhebung der Darlehenssummen auf nun über 100 Mill. Dieser Betrag macht 46 % der Reineinnahmen des oH aus. Das scheint optisch viel zu sein. Wir müssen aber auch diesen Betrag einer näheren Betrachtung unterziehen und vielleicht auch Beispiele anwenden. Z. B. ist die Darlehenssumme, die die Landeshauptstadt Linz hat, bereits so hoch, daß sie nahe an den gesamten Haushalt herankommt und hier sehr brenzlich wird. Wir stellen jedenfalls auf Grund dieser Vergleichszahlen - sie sind noch fortzusetzen gegenüber anderen Städten - die Frage in den Raum, ob Steyr eine große Risikofreudigkeit entwickelte in den letzten Jahren. Wir glauben es nicht, denn das beweisen diese vergleichbaren Schuldenstände mit anderen wiederum vergleichbaren Städten. Man könnte also sagen, wenn die Stadt Gelder unter 10 % Zinsen langfristig erhalten kann, so sollte man bei der Bundesinflationsrate von 10 % zugreifen, um den anstehenden Projekten der Stadt Steyr Herr zu werden. Wir haben genügend anstehende Projekte, Beispiel Kanalbau Zwischenbrücken usw. Immer wiederum kommt in diesem Gremium die Jammerei um das Geld zutage. Das ist ganz klar, man kann nichts herzaubern, aber ich betone nochmals, man kann diese Frage in den Raum stellen, ob hier eine genügende Risikofreudigkeit entwickelt wurde.

Nun wieder eine Anregung zu einer weiteren echten sozialen Tat. Sie erinnern sich alle, daß hier in diesem Gemeinderat schon darüber gesprochen wurde und auch von uns in dieser Richtung Anregungen gekommen sind, und zwar handelt es sich um die notwendige Erneuerung von Gasherden im Zuge der Umstellung auf Erdgas. Das Problem bedeutete für viele Bür-

ger dieser Stadt eine finanzielle Härte. Daher darf ich Ihnen einen Zusatzantrag gemäß der Geschäftsordnung § 18 zum Voranschlag 1975, betreffend den oH zur Kenntnis bringen und um Ihre Zustimmung bitten. Es hieß ja bereits seitens des Finanzreferenten, Herrn Stadtrat Fürst, daß die Wohlfahrt und die Hilfe gegenüber der Bevölkerung ein Schwerpunkt sein sollen. Ein Teilschwerpunkt wäre daher folgender Antrag bzw. folgende Hilfeleistung:

Der Gemeinderat wolle beschließen, im ordentlichen Haushalt bei der Gruppe 4 unter der VP 449 "Verschiedene Hilfsaktionen" bei 53 "Sonstige Aktionen" an der Stelle der fortgefallenen VP einen Betrag von S 200.000,- einzusetzen, zu dem Zweck, jenen Bürgern der Stadt, die im Zuge der Erdgasumstellung einen neuen Gasherd anschaffen mußten, einen Zuschußbetrag von S 1.000,- auch nachträglich zu gewähren. Dieser Zuschuß soll auf Antrag jenen Personen bzw. Haushaltsvorständen gewährt werden, die ein Mindesteinkommen nachweisen können, das den doppelten Richtsätzen entspricht, wie sie der Wohlfahrtsdirektor bei der letzten Ausschusssitzung für die Inanspruchnahme bzw. Verrechnung der sozialen Dienste verlautete. Jene Mandatäre, die dieser Sitzung beiwohnten, wissen darüber genau Bescheid. Das heißt, daß in etwa bei einem Haushalt von 2 Personen die Bemessung des Mindesteinkommens bei S 4.800,- plus Mietzins liegt. Für jedes unversorgte Kind soll eine Zuschlagsbemessung von 10 % gelten. Die genauen Berechnungen müssen vom zuständigen Ausschuß erarbeitet werden.

Heute geht es uns um das Grundsätzliche dieser Unterstützung und ich bitte um Ihre Zustimmung für diesen Antrag. Wir würden wünschen, daß bereits heute die angestrebte Zusammenarbeit damit dokumentiert wird bzw. zum Ausdruck kommt, daß Sie uns die

Zustimmung zu diesen beiden von uns hier eingebrachten Zusatzanträgen geben. Trotz verschiedener Mängel haben ja auch wir vor, dem Voranschlag 1975 die generelle Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag. Als Nächster Herr Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir beschäftigen uns nun schon einige Zeit damit, den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1975 zu erörtern. Ich möchte mich, wenn Sie gestatten, ein wenig mit der Gruppe 3 dieses Voranschlages, nämlich dem Kulturwesen, auseinandersetzen, ohne Ihnen noch recht viel mehr Zeit zu rauben.

Zuerst einmal zu den nüchternen Zahlen. Einnahmen in der Höhe von S 1,6 Mill. stehen Ausgaben von rund S 9 Mill. im oH gegenüber. Das bedeutet einen Rechnungsabgang aus dieser Gruppe von S 7,2 Mill., um S 1 Mill. mehr als im Jahre 1974 dafür veranschlagt war. Diese Tatsache ist durchaus begrüßenswert, zeigt sich doch schon aus diesen Zahlen, daß die Stadt Steyr die Bedeutung kultureller Einrichtungen wohl versteht und bereit ist, für diese Belange höhere Mittel zur Verfügung zu stellen. Besonders hervorzuheben ist die Bemühung der MA IX, den kulturellen Veranstaltungen jede nur mögliche Förderung zuteil werden zu lassen. So konnten nur z. B. im heurigen Jahr zwei wirklich würdige Bruckner-Feiern im Volkskino abgehalten werden, das Bruckner'sche Te Deum und die E-Moll-Messe, die dank der finanziellen Hilfe der Stadt aufgeführt wurden, wobei zusätzlich betont werden muß, daß bei diesen Anlässen die Steyrer nicht nur passiv, sondern in wirklich großer

Zahl auch aktiv als Sänger und Instrumentalmusiker teilnahmen.

Auch die Bildenden Künste kamen keineswegs zu kurz, wurden doch eine ganze Reihe von Ausstellungen aus diesem Bereich mit Unterstützung der Stadt Steyr abgewickelt. Über die Bedeutung der Gastspiele des Linzer Landestheaters zu sprechen, wäre reine Zeitvergeudung. Dazu möchte ich nur betonen, daß die Stadt auch in Zukunft mit allen Mitteln bemüht sein muß, diese Veranstaltungen zu ermöglichen.

Als besonders erfreulich möchte ich herausstellen, daß nun endlich - auf Anregung meiner Fraktion - im Voranschlag für 1975 Mittel für die Errichtung eines Brandschutzes im Heimathaus zur Verfügung gestellt werden sollen. Nur erlaube ich mir die laienhafte Frage, ob die Errichtung einer Brandmeldeanlage - so steht es im Voranschlag - wirklich ausreicht? Man bedenke doch nur die Bauweise des Innerberger Stadels, dessen Hauptbaumaterial ja Holz ist. So stellt sich mir also die Frage, ob man nicht doch eine echte Brandschutzanlage einbauen sollte, denn ich bezweifle, daß unsere gewiß ausgezeichnete Feuerwehr im Ernstfall noch rechtzeitig eingreifen kann. Vergehen doch zwangsläufig bei einer Freiwilligen Feuerwehr zwischen Alarmierung und Ausrücken einige Minuten, die sich aber verhängnisvoll auswirken könnten. Man sollte also die Errichtung einer Sprinkler-Anlage ernsthaft ins Auge fassen und auch in aller Schnelligkeit in Angriff nehmen, um die mögliche Vernichtung unersetzlichen Kulturgutes zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, im gemeinderätlichen Kulturausschuß wurde nach einer Begehung des Alten Stadttheaters der grundsätzliche Standpunkt eingenommen, daß eine Revitalisierung dieses Hauses unter Bewahrung des Theatercharakters in Angriff zu nehmen wäre. Als Ziel zur Fertigstel-

lung wurde das Jahr 1980 ins Auge gefaßt, das Jahr der Tausendjahrfeier. Nun finden sich aber im Voranschlag 1975 im oH überhaupt keine speziell dafür gewidmeten Mittel, im aoH sind unter VP 354-91 S 1,000.000,- für Denkmalpflege, Altstadterhaltung, Tausendjahrfeier, aber ohne besondere Widmung hinsichtlich Stadttheater angeführt. Der oH sieht aus Post 354 Ausgaben von in Summe rund S 470.000,- vor, worin auch die Fassadenaktionen enthalten sind. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß das Rechnungsjahr 1973 mit Ausgaben von S 525.803,23 abgeschlossen wurde. Man hätte, so glaube ich, für das Jahr 1975 diese Post wesentlich höher dotieren müssen, zumal doch das Jahr 1975 weltweit zum Jahr des Denkmalschutzes erklärt wurde.

Aber Kultur ist ja schließlich nicht nur in künstlerischen Belangen begründet, sie ist vielmehr die Gesamtheit der Lebensäußerungen eines Volkes. Ihr Wesen ist es, die natürlichen Fähigkeiten des Menschen zu entwickeln, zu veredeln und zu gestalten. Kultur bedeutet also das Ganze der vom Menschen geschaffenen oder mitgestalteten Werke und Einrichtungen. Eine kulturbewußte Gemeindevertretung muß sich auch stets dieser Tatsache bewußt sein. So besehen sind es also auch kulturelle Gesichtspunkte, die zur Entscheidungshilfe in bestimmten kommunalen Angelegenheiten dienen müssen. Zum Beispiel in der Angelegenheit Wehrgraben. Die Verantwortlichen in der Stadt Steyr müssen also in der nächsten Zeit ganz bewußt abwägen, ob man durch das Zuschütten des Wehrgrabenkanales nicht doch so schwerwiegende Veränderungen in dem seit Jahrhunderten in dieser Form bestehenden Wasserregime vornimmt, daß - ganz abgesehen von den Gesichtspunkten des Umweltschutzes - Schäden am gewachsenen Ganzen unserer Stadt entstehen. Daher meine

Bitte: Prüfen Sie doch bitte, meine Damen und Herren, gewissenhaft alles Für und Wider in dieser Angelegenheit und lassen Sie doch bitte auch einmal einen Kostenvergleich anstellen, der nicht nur die Baukosten des Kanalprojektes beinhaltet, sondern auch die Kosten der Wehrerhaltung nennt. Wenn ich richtig informiert bin, wird ja auch die Stilllegung des Wehrgrabens einige ziemlich große bauliche Veränderungen im Zuge der "Reichen Steyr" zur Voraussetzung haben.

Anschließend muß man die Veränderung des Stadtbildes im Vergleich zu den zu erwartenden Kosten stellen, um einen Entschluß fassen zu können, den auch kommende Generationen in unserer Stadt verstehen können.

Meine abschließende Bitte: Fördern wir doch mit allen möglichen Mitteln die Arbeit der Künstlerischen Vereinigung in Steyr und bemühen wir uns doch bitte, in Zukunft um möglichst weitgehende Erhaltung des alten Stadtbildes und um die Revitalisierung von Baudenkmalern, an denen unsere Stadt weiß Gott nicht arm ist. Bedenken wir doch auch im Interesse des aufkommenden Fremdenverkehrs die Schönheit unserer Stadt und halten wir uns doch vor Augen, daß wir deshalb von vielen anderen Städten beneidet werden. Gewiß, im Zuge der Fassadenaktionen wurden schöne Erfolge erzielt und Großes geleistet. Aber Häuser-Make-up alleine genügt nicht, in der Revitalisierung liegt noch eine gewaltige Aufgabe vor uns, die wir gemeinsam bewältigen müssen, zum Wohle aller Bürger unserer Stadt. Danke!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke. Als Nächster hat sich noch einmal Herr Kollege Tremml gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe nicht die Absicht, als Vertreter oder Rechtsanwalt der Sowjetunion hier aufzutreten, aber Kollege Vizebürgermeister Schwarz hat es sich etwas leicht gemacht, über die aufgezeigten schweren Belastungen gegenüber der Bevölkerung, besonders der Gemeindemieter unserer Stadt, hinwegzutäuschen und er versuchte, das mit einer ganz primitiven Russenhetze abzutun. Daher melde ich mich zu Wort. Ich möchte die Frage an Kollegen Schwarz richten, wer war schuld am 1. 1. 1974, als man den Gaspreis, die Heizungskosten von S 3,80 auf S 4,70 erhöhte? Waren es da auch die bösen Russen, das Russengas? Haben wir denn da nicht einen Preis gehabt, der bis heute auf Grund eines 5-Jahres-Vertrages mit der Sowjetunion gültig ist, daß er bis Ende des Jahres 1974 bis Grenze nur 39 Groschen beträgt. Hat man das vergessen? Wenn man hier anzieht, die bösen Russen haben den Gaspreis erhöht, das stimmt tatsächlich, aber die sind nicht schuld, daß man die Verwaltungskosten erhöht, daß man die Mieten um S 100,- erhöht. Dazu hat Kollege Schwarz kein Wort dagegen erwähnen können. Es wurde vor ganz kurzer Zeit in dem kleinen tschechoslowakischen Städtchen Baumgarten nahe der österreichischen Grenze diese Gasleitung Trans-Austria eröffnet und auch Handelsminister Staribacher hat dort gesprochen. Es ist auch in der Arbeiterzeitung und nicht nur in der Neuen Zeit gestanden, daß besonders der Handelsminister die wichtige Rolle des sowjetischen Erdgases für die österreichische Wirtschaft besonders herausgestrichen hat. Dazu kommt noch, daß natürlich auf Grund der inflationären Entwicklung im kapitalistischen Westen auch die Gegenlieferungen für dieses Erdgas, das an Österreich geliefert wird, nämlich besonders die Rohre aus der VÖEST um ein Vielfaches erhöht wurden und das als Ge-

genleistung genommen wird. Dazu sagt der Generaldirektor des VÖEST-Alpine-Konzerns Herbert Koller folgendes: Außer Rohre liefern wir jedes Jahr über 10.000 to Stahlbleche für sowjetische Autos. Wir wiederum können uns unsere Produkte ohne Eisenerz und ohne Kohle aus der UDSSR gar nicht mehr vorstellen. Ich möchte auch den wirtschaftlichen Nutzeffekt unserer Zusammenarbeit, den beiderseitigen Vorteil hervorheben. Ich könnte noch fortfahren und einiges aus der Arbeiterzeitung - die das kürzlich geschildert hat - bringen, daß z. B. in den letzten 9 Monaten dieses Jahres der Export in sozialistische Länder, also in - das möchte ich klar sagen - kommunistische Länder um 68 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen ist. Heute gewinnen diese wirtschaftlichen Verträge und Kooperationsverträge mit den sozialistischen Ländern große Bedeutung, besonders in der Unsicherheit der Wirtschaft und dient umgekehrt in der Entwicklung der gesamtösterreichischen Wirtschaft und auch im weiteren Sinn sogar unserer Gemeinde. Ich möchte noch einmal feststellen, man soll nicht mit abgedroschenen Phrasen kommen und sagen, daß, wenn irgend etwas Unangenehmes beschlossen wird, die bösen Russen schuld daran sind. Das hat man vor 20 Jahren erzählt, das ist überholt. Ich könnte da eine Reihe von Fachleuten der Wirtschaft, die viel gescheitert sind als ich, zitieren.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-
STELLVERTRETER HEINRICH
SCHWARZ:

Das war keine Hetze, sondern nur eine Feststellung und es ist ja richtig, daß das Gas teurer geworden ist.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sicherlich, aber trotzdem in dieser Richtung, weil sonst hättest Du wissen müssen, daß wir unser Erd-

gas, das wir hauptsächlich verwenden, nicht aus der weiten Strecke von tausenden Kilometern Rohrleitungen, die gelegt werden müssen bis zu unserer Stadt, von der Sowjetunion beziehen, sondern vorwiegend von 20 km Entfernung, also vor unserer Haustüre, diese Erdgasvorkommen überhaupt nicht im Besitz Österreichs sind und bis heute, da kann man auch den Landeshauptmann Wenzl dazu fragen, dort keinen Schilling an Steuerleistungen auf Grund dieser Förderung erhalten hat. Bisher haben wir vorwiegend dieses Gas bezogen, das möchte ich festgestellt haben. Daher kann ich mit Recht sagen, daß in einer bestimmten Richtung argumentiert wird. Ich möchte noch einmal zur Wohnhausfrage ganz kurz etwas sagen.

Es hat die heutige Debatte bewiesen, daß das entscheidende Problem in unserer Stadt doch die Sorge um den Bau von Wohnungen, um das Wohnungsproblem zu lösen, ist. Es sind ja viele Jahre vergangen, wo mehr oder weniger wir Kommunisten - auch mein Vorgänger - immer wieder diese Frage Wohnungen als Hauptthema in der Budgetdebatte gestellt haben. Es ist erfreulich, daß heute von allen Fraktionen unterstrichen wurde, wie notwendig es ist und daß man sich bemüht, Lösungen zu treffen, die natürlich nicht allein abhängig sind von der Gemeindeverwaltung und so ist auch die Kritik der Kommunisten nicht gemeint, sondern im allgemeinen auf Grund der ganzen Wohnbaupolitik und Förderung von Seiten des Staates. Aber, Kollege Schwarz, Du hast mich herausgefordert, Du hast zwar von den Mietzinsbeihilfen, von diesen Änderungen, die im Sommer auf Grund dieser Wohnbauförderung gefallen sind, sehr positiv gesprochen und es ist auch von mir ganz kurz in einem Halbsatz erwähnt worden. Aber Du hast zwei Beispiele gebracht, Du hättest auch das Beispiel von Deiner näheren Heimat bringen sol-

len, nämlich von der Ennsleite, wo zu Dir z. B. eine alte Funktionärin gekommen ist. Das widerspiegelt auch unsere Gesetze und die ganze Entwicklung am Wohnbausektor. Es gibt alte Funktionäre, die in der Arbeiterbewegung groß geworden sind auf der Ennsleite. Die genannte Familie hat vor 8 Jahren das Glück gehabt, im Heizhaus eine Wohnung zu bekommen. Mit ihren ganzen Ersparnissen haben sie diese Wohnung eingerichtet. Nun ist das Pech, der Gatte stirbt. Es bleibt die Frau über. Sie bekommt als Witwe 60 % der Pension. Sie hat S 2.028,- - das ist amtsbekannt - und muß für diese Zweiraumwohnung S 1.400,- Miete bezahlen. Dazu kommen eine Reihe von anderen Ausgaben. Jetzt sagen Sie mir einmal, wie soll die Frau weiterleben? Trotzdem sie Verdienste hat in der Arbeiterbewegung, Kinderbewegung usw. wurde ihr der Ratschlag gegeben, im sogenannten Wohlfahrtsstaat, ziehen Sie aus, nehmen Sie sich eine billigere Wohnung. Ich bin nicht dieser Auffassung, denn gerade in solchen Fällen müßte die Gemeinde - zum Glück sind es ja nicht hunderte Fälle in unserer Stadt - aber in solchen Fällen müßte unsere Stadtverwaltung soweit sein, daß man dieser Frau zumindest das Almosen gibt, nämlich einen Mietzinszuschuß, daß sie bis zu ihrem Lebensende doch in dieser Wohnung bleiben kann. Man hätte ihr gar nicht raten können ziehen Sie hinüber in eine Pensionistenwohnung, denn dort sind auch annähernd die Mieten für Zweiraumwohnungen so hoch.

Nun ist eine zweite Sache, daß man auf Grund dieser Wohnungen, aller jener Wohnungen, die nach der Wohnbauförderung vor 1968 gebaut wurden, keine Mietzinsbeihilfe bekommt, aber dafür sind auch nicht wir verantwortlich, sondern das sind die Lücken und Schwächen des Gesetzes der Novellierung, die auf Grund der miesen Situation in ganz Österreich vonstatten

gegangen sind und auch in dieser Richtung nichts gemacht wurde.

Ich glaube, daß wir durch diese Kontroverse das Hauptproblem nicht abtun sollen und ich sehe auch nicht die Lösung mit diesen Wohnungen. Es wird noch diskutiert, das ist ja mehr oder weniger ein Vorschlag auf Initiative der sozialistischen Fraktion gewesen, diese Sozialwohnungen im Wehrgraben zu bauen. Aber auch hier glaube ich, bis diese Wohnungen fertig sind - sie sind geplant und das muß eingereicht werden - und unter den derzeitigen Förderungsmitteln errichtet werden, auch wenn sie kleiner sind, glaube ich kaum, daß sie auf Grund der Baukostensteigerungen sehr unter dem Quadratmeterpreis der heutigen Resthofwohnungen kommen werden. Auch hier ist eben wieder das Problem, daß von Seiten der Gemeindefunktionäre, der Politiker der Stadt Steyr Initiativen ausgehen, besonders bei ihrer eigenen Partei, denn die Regierung stellt die sozialistische Partei und hier gibt es eine sozialistische Mehrheit, daß hier die Gesetze in dieser Richtung geändert werden. Nur dann wird es möglich sein, in rascherem Tempo zumindest eine Teillösung in der Wohnungsfrage herbeizuführen. Mir ist klar, daß unter den gegebenen Verhältnissen, daß, trotzdem Habringer gesagt hat - ich glaube auch nicht alles, was Habringer sagt - daß die Wohnungen heute noch immer eine Ware sind. Da läßt sich auf Grund des Wohnungsbaues ganz gut und schön verdienen, weil man in ganz Österreich durch einige Beispiele sieht.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Bevor ich nun Kollegen Wippersberger das Wort erteile, eine Aufklärung zum letzten Beitrag. Es ist richtig, daß die Wohnbauförderung 1954 nicht einbezogen ist in das Wohnbei-

hilfengesetz. Daß aber jetzt bereits schon - das kann ich schon mit Gewißheit sagen - Beratungen und Novellierungen im Gange sind, auch die Wohnbauförderung 1954 in die Wohnbeihilfezuwendungen einzubeziehen, denn dann wird das vermieden, was Du, Kollege Tremml, soeben gesagt hast, daß es heute teilweise ältere Wohnungen gibt, die durch den Wegfall der Wohnbeihilfe teurere Mieten haben wie neue Wohnungen, wo die Wohnbauförderung 1968 zur Anwendung kommt. Das zur Aufklärung. Hier sind bereits gesetzliche Maßnahmen eingeleitet. Das Wohnbaubehilfengesetz ist ein Bundesgesetz, nur die Durchführungsbestimmungen sind vom Land erlassen. Es sind schon hier deutliche Hinweise auf eine mieterfreundliche Wohnpolitik. Ich möchte auch hinweisen, daß wir in Steyr mit S 24, -/m² das ist der teuerste Mietpreis, daß wir damit immerhin noch im Vergleich zu anderen Städten bedeutend abgeschlagen unten liegen und ich vermisse manches Mal in den Diskussionen - es werden uns immer die anderen Städte vorgehalten in dieser und jener Richtung - daß noch nie über Mietengesprochen wurde im Vergleich Steyr zu anderen Städten. Das möge als Hinweis dienen, mehr möchte ich dazu nicht sagen. Ich darf nun als Nächstem Kollegen Wippersberger das Wort geben.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde mich sehr kurz fassen und mich nur mit Dingen, die meine Ressorts sind - Städtischer Wirtschaftshof bzw. das Verkehrswesen - beschäftigen.

Zur Kritik, das verschiedene im Budget 1974 vorgesehene Maßnahmen auf dem Sektor Straßenbau und Verkehrswesen nicht oder nur teilweise durchgeführt wurden, darf ich sagen, daß dies zwar richtig ist, darf aber

auch gleichzeitig feststellen, daß wir im Budget 1974 diesen vorgesehenen Betrag für den Straßenbau und das Verkehrswesen völlig ausgeschöpft haben, ja sogar mehr wie 100 % ausgeschöpft haben. Es hat sich lediglich auf Grund der Bevorrangung des Ausbaues des innerstädtischen Verkehrsringes eine Verschiebung der Mittel innerhalb dieses Bereiches ergeben.

Herr Kollege Fritsch, der Fußgängerübergang Blümelhuberberg, Autobusbahnhof, Wieserfeldplatz - die Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen, der Wanderweg entlang der Hangkrone am Steinwändweg, die Sie heute wieder als Wunsch vorgebracht haben, diese Wünsche sind im Budget 1975 berücksichtigt.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Das habe ich auch begrüßt!

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Auch der Austausch von Glühbirnen durch Neonleuchten wird seit Jahren von uns etappenweise durchgeführt und auch 1975 ist das vorgesehen.

Was Ihr Verlangen nach mehr Sauberkeit und nach der Aufstellung von zusätzlichen Abfallbehältern anbelangt darf ich sagen, daß wir heuer wieder dutzende neue Abfallkörbe und 4 weitere Großraumbehälter für Sperrmüll in unserem Stadtgebiet aufgestellt haben. Wir werden auch im kommenden Jahr diesbezüglich weitere Bemühungen durchführen. Ihren Appell an die Bewohner unserer Stadt, selbst für mehr Sauberkeit zu sorgen und mitzuwirken für mehr Sauberkeit, ist unser aller Wunsch. Bezüglich Verkehrsregelung beim Plus-Kaufhaus verweise ich auf den Beschluß der letzten Verkehrsausschußsitzung, wonach nach einer mehrmonatigen Probezeit bei der nächsten Verkehrsausschußsitzung nochmals darüber gesprochen wird. Die

Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen im Bereich der Stadlgasse wird untersucht.

Herr Kollege Fahrnberger, was die Straßenverbindung von und nach Steyr anbelangt, haben Sie sicherlich nicht ganz unrecht. Steyr - das habe ich bereits hier mehrmals erwähnt - hat erst in den letzten Jahren einen echten Fortschritt gemacht. Bis vor wenigen Jahren wurden wir mehr als stiefmütterlich von Land und Bund behandelt. Bezüglich der Schaffung weiterer Parkplätze im Bereich der inneren Stadt darf ich festhalten, daß nach Fertigstellung des Forum-Kaufhauses im Frühjahr 1975 uns wieder eine größere Anzahl weiterer zusätzlicher Parkplätze zur Verfügung stehen wird.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ING. FAHRNBERGER:

Für Kunden des Kaufhauses!

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ihre Ansicht, Herr Kollege Fahrnberger und Ihre Vorschläge im Bezug auf Verkehrsbauten, wie z. B. den Schloßberg oder Märzenkeller zu einer Tiefgarage umzufunktionieren, entbehren jeder ernsten finanziellen Überlegung und sind mehr als laienhaft. Verkehrsbauten dieser Art, wie uns Fachleute versichern, gehen in die hunderte Millionen und sind derzeit und sicher auch in den nächsten Jahren nicht zu verwirklichen.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

In Salzbrug kostet es für 1.500 Fahrzeuge S 300 Mill.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bezüglich der vor längeren Jahren vom Bund errichteten Ennsner Kreuzung, über die wir alle - das gebe ich ehrlich zu, nicht sehr glücklich sind, darf ich sagen, daß, um die Situation

zu entschärfen, Kollege Fahrnberger und liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Verampelung dieser Kreuzung und nicht nur des Kreuzungsbereiches, sondern auch für eine Verampelung der angrenzenden Straßenzüge, unter Berücksichtigung von Fußübergängen, endlich vom Bund die Zusage eingelangt ist. Die Verwirklichung wurde uns für die erste Hälfte des kommenden Jahres in Aussicht gestellt. Aber auch dazu muß ich sagen, die Gemeinde Steyr wird einen Teil dieser Kosten tragen müssen.

Unser Vorhaben der Wiedererichtung einer Überfuhr beim Sandmayr finden wir durchaus nicht läppisch und Herr Bürgermeister Weiss hat sich erst vor wenigen Tagen wieder persönlich bemüht - ich war Zeuge dieses Gesprächs - und wir hoffen alle, daß es in allernächster Zeit auch zur Lösung dieses Problems kommen wird. Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Als Verkehrsreferent unserer Stadt und damit will ich schließen, darf ich mit einer gewissen Genugtuung feststellen, daß auch 1975 das Kapitel Verkehrswesen eine Vorrangstellung einnimmt, und zwar nicht weil ich glaube, daß es nicht auch andere äußerst wichtige kommunale Aufgaben für uns gibt, sondern weil auf Grund des stark zunehmenden motorisierten Verkehrsaufkommens diese Vorrangstellung eine echte Notwendigkeit für uns ist. †Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Wippersberger als - wie ich annehme - letztem Redner. Ich darf annehmen, daß damit die Diskussion beendet ist. Bevor ich jedoch dem Referenten das Schlußwort gebe, muß ich die Feststellung treffen, gemäß § 25, Abs. 2 der Geschäftsordnung, muß zuerst der Abänderungsantrag zur Abstimmung kommen. Die beiden Zusatzanträge nach dem Hauptantrag.

Es steht im § 24, daß jeder Antragsteller das Recht hat, zu seinem von ihm gestellten Antrag noch einmal das Wort zu ergreifen. Daher jetzt meine Frage, weil ich annehme, daß der Berichterstatter die Zusatzanträge in seinem Schlußwort behandeln wird, ob noch einmal dazu das Wort gewünscht wird?

Bitte Herr Kollege Fritsch noch einmal.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Ganz kurz. Die Überlegung unsererseits war, einen Abänderungsantrag dahingehend herbeizuführen, der Budgetwahrheit nahe zu kommen. Mit der Überlegung, daß im Antrag, den wir beschlossen haben es gestanden hat, die erforderlichen Mittel und unter erforderlichen Mittel kann ich nur die beschlossene Summe von S 9, 1 Mill. verstehen, werden im Rechnungsjahr 1975 freigegeben. Desgleichen ist bekannt - ich lasse mich gerne berichtigen, wenn die Termine nicht haargenau stimmen - daß für den Ausbau des rechten Brückenkopfes der Terminplan eine Zeitspanne vorsieht von Februar bis Ende November 1975. Weil also in dieser verhältnismäßig kurzfristigen Zeit so große Vorhaben realisiert werden müssen, bedeutet das automatisch entsprechend hoher Einsatz von finanziellen Mitteln. Wir haben doch des öfteren, meine sehr geehrten Damen und Herren, erlebt, daß wir auf Grund gewisser Gegebenheiten in späterer Folge immer wieder außerplanmäßige oder überplanmäßige Ausgaben in erster Linie zu solchen Zwecken tätigen mußten. Um das zu vermeiden, um uns nicht selbst wiederum vielleicht doch in die Gefahr zu begeben, halb kurzfristig entschieden zu haben, waren wir der Meinung, diesen Abänderungsantrag vorlegen zu dürfen. Wir stehen zu diesem Antrag und wir bitten auch um Annahme aus den vorhin angeführten Gründen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Damit ist die Diskussion beendet. Eine Debatte darüber ist leider nicht möglich. Ich muß nun dem Berichterstatter das Wort geben und nehme an, daß er auch die Zusatzanträge mitbehandeln wird.

Der Antragsteller wird vor der Abstimmung zum Zusatzantrag noch einmal das Wort erhalten, falls er es wünscht. Ich bitte das vorzumerken.

Ich bitte nun Kollegen Fürst.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr verehrte Damen und Herren!

Ich darf gleich dort fortfahren, wo Kollege Fritsch aufgehört hat. Und zwar glaube ich ist es hier lediglich eine Auffassungssache, denn laut Auskunft des Bauamtes ist für das Jahr 1975 der in der heutigen Sitzung beschlossene Betrag von S 6 Mill. erforderlich und nicht die gesamte Summe in diesem Jahr und es heißt auch, die erforderlichen Mittel werden im Rechnungsjahr 1975 freigegeben. Sollten Mittel überbleiben, müßten sie sogar im nächsten Jahr neu beschlossen werden. Auch diesen Vorgang kennen wir schon und wir haben keinen Grund, die Ausführungen des Bauamtes, die diese Mittel, und nicht mehr für 1975 anfordern, anzuzweifeln. Das möchte ich auch aus der Erfahrung heraus sagen, Bautermine haben es in sich, sich nie kürzer zu gestalten, sondern meistens haben sie die Eigenschaft, noch weit darüberhinaus sich zu verzögern. Ich würde an Sie appellieren, Abstand zu nehmen von diesem Antrag. Ich glaube, es ist ein reines Mißverständnis, möchte ich fast sagen.

Zum Antrag der Freiheitlichen Fraktion, betreffend Darlehensaktion zur Förderung der Gewerblichen Wirtschaft, hier möchte ich eines bemerken. S 250.000,- sind im Budget vorgesehen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Das betrifft eine andere Förderung.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Das ist eine andere Post, das hat mit den S 250.000,- nichts zu tun.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

S 700.000,- zur Förderung der Gewerblichen Wirtschaft. Ich habe hier die Durchschrift, aber trotzdem

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Entschuldigung, als neue Voranschlagspost 92 nicht 91 angeführt.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Aber zur Förderung der Gewerblichen Wirtschaft überhaupt gesehen, sind doch noch keine ins Detail gehende - das ist von Ihnen und sogar von der Volkspartei hier kritisiert worden - Richtlinien da, wie die Gewerbeförderung auszusehen hätte. Es ist - das ist auch hier kritisiert worden - kein Modus, nach welchem Schema diese Mittel angefordert werden oder wie sie freigegeben werden und ich glaube, es ist doch zuerst sinnvoll, wenn sich der Gemeinderat über den Plan der Verwendung der Mittel, über den Modus, wie kann ich sie freimachen, klar wird, bevor man einen Posten von dieser beträchtlichen Größe ins Budget hineingibt, sonst tritt der Effekt ein, daß am Ende des Jahres, wie auch Sie, Kollege Fuchs, gesagt haben, als reine Anmerkungspost drinnen steht, weil es zu mehr einfach nicht kommen konnte.

Zu Ihrem Antrag, was die Gasherde und die Umstellung auf Erdgas betrifft, so kann ich in Erinnerung bringen, daß eine Aktion, die den Kauf eines neuen Herdes zu einem wesentlich

verbilligten Preis ermöglichte, gelaufen ist, bereits abgeschlossen ist und wider Erwarten gar nicht in der Höhe und in dem Umfang beansprucht wurde, wie man eigentlich auf Grund dieser Preisdifferenzen annehmen hätte müssen. Bezieher der Sozialhilfe oder wenn Sie den alten Ausdruck verwenden Fürsorgebezieher und solche haben so wieso den Herd umsonst bekommen, also geht dieser Antrag hier daneben und ich bitte Sie, das zurückzuziehen.

Kollege Fuchs, Sie haben hier ausgeführt, daß bei den Bundesertragsanteilen wir um S 10 Mill. zu niedrig budgetiert hätten und ich glaube, es ist Ihnen entgangen im Laufe dieser langen Ausführungen, daß ich ausgeführt habe, daß uns auch die Ansätze des Landes zum Zeitpunkt der Budgeterstellung, der Voranschlagserstellung, nicht bekannt waren. Sie sagen, seit Oktober war im Land der Ansatz von S 97 Mill. bekannt. Ich kann Ihnen sagen, daß das vielleicht verschiedenen Landespolitikern bekannt, aber uns nicht zugänglich war und im Oktober langsam auch der Zeitpunkt kommt, wo das Budget einer Ausfertigung zugeführt werden muß, daß es den zuständigen Gremien und Fraktionen zur Beratung übergeben werden kann. Es stimmt schon, was wir ausgeführt haben. Zu diesem Zeitpunkt haben wir nicht die Auswirkungen der Steuerreform gewußt, die mit 1.1. in Kraft tritt, noch die Ansätze des Landes.

Herr Kollege Holub hat angeführt und ich glaube, sich selbst gleich die Antwort darauf gegeben, er hat gesagt, vor kürzester Zeit - vielleicht ist das 2 Wochen aus - haben sie das Stadttheater begangen und es sind darüber vom Kulturamt Gedanken angestellt worden, wie dieses Theater einer Revitalisierung zugeführt werden soll. Wenn das zu diesem Zeitpunkt war - ich weiß, daß es so ist - dann ist es logisch, daß in diesem Budget noch nichts drinnen sein kann.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Wieso?

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sie würden es bestimmt als einen Vorgriff betrachten und sagen, da brauchen wir nicht mehr hergehen, Ihr habt ohnehin schon feste Pläne. Mit uns ist nicht darüber gesprochen worden. Ich glaube, sollte eine Post in das Budget hineinkommen, so soll erstens der Zweck, die Verwendung einwandfrei feststehen, so sollen Pläne vorhanden sein, die eine Kostengröße wenigstens ungefähr feststellen und dann kann man aus dem heraus resultierend einen Betrag einsetzen, denn ich kann nur wiederholen, Beträge einzusetzen, die ihre Enderledigung im Jahre 1980 finden sollen und 1975 drinnen sind, wo noch nicht einmal ein Plan vorhanden ist, da kann doch diese Post nur eine Anmerkungspost sein, die am Ende des Jahres einer Kritik unterzogen wird.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Auch die Planung kostet Geld!

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Auch die Planung ist noch nicht vergeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Darf ich kurz etwas sagen. Dazu ist erforderlich die Stellungnahme des Landeskonservators, der von seiner Sicht aus, von der Theaterpolizei, Feuerschutz usw. alle diese Dinge müssen zuerst geklärt sein und dann werden wir uns über den endgültigen Bau, über das Bauvorhaben klar werden können und mit der Planung beginnen. Bevor diese Vorentscheidungen nicht getroffen sind, wäre es ein Vorgriff in das Unbekannte. Das soll man vermeiden.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Herr Kollege Fuchs hat die Frage gestellt, rückschauend auf die Vergangenheit, ob die Stadtgemeinde, gemessen am Stand ihrer Verschuldung, früher so risikofeindlich war. Hier kann dazu gesagt werden, Risikofeindlichkeit ist ein relativer Begriff. Ich darf auf eines hinweisen - wir haben zwar heute nichts mehr davon - Steyr hat einmal als die reichste Stadt gegolten und es hat Zeiten gegeben, da haben wir von Darlehen nichts wissen brauchen, wir haben nur in die Kasse gegriffen. Ich denke nur an den Verkauf des Elektrizitätswerkes der Stadt Steyr, der außertourlich große Mittel in die Gemeindekasse gebracht hat. In der glücklichen Finanzpolitik war die Stadt lange, unter Wahrung und unter sicherer Ausnutzung aller Mittel, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, ohne daß Darlehen aufgenommen wurden. Es läßt nur nach dem äußeren Schein darauf schließen, daß früher - sagen wir es ganz deutsch - zu wenig getan worden wäre und man heute Vorhaben realisieren muß, wofür teure Kredite aufgenommen werden müssen.

Soweit der Versuch von mir, in der Debatte vorgebrachte Einwände und Anfragen zu erläutern oder aufzuklären. Ich hoffe, es war ein tauglicher Versuch.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Schlußworte des Berichterstatters. Damit kommen wir nunmehr zur Abstimmung. Ich möchte zum Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion folgendes sagen. Es ist - ohne der Entscheidung vorgreifen zu wollen - sehr schwer, in einer Budgetdebatte, die praktisch der letzte Akt einer solchen Entscheidung der Aufbereitung ist, noch Ansätze zu verändern, weil sich dadurch das gesamte Voranschlagswerk verändern würde und sich unter Umständen Konse-

quenzen, die gegenwärtig gar nicht überschaubar sind, ergeben könnten. Es war üblich, daß man frühzeitig die Kontakte aufnimmt, was natürlich das Recht der Antragsteller in keiner Weise einschränken soll.

Ich muß daher trotzdem zur Abstimmung kommen und gemäß der Geschäftsordnung den Abänderungsantrag erst zur Abstimmung bringen und frage, ob ich den Antrag noch einmal verlesen soll? Das ist nicht der Fall. Ich darf nur ganz kurz andeuten, Voranschlagspost 664-912 Änderung von S 6 Mill. auf S 7,5 Mill., bei Voranschlagspost 713-916 Änderung von S 1 Mill. auf S 2 Mill. Die näheren Daten möchte ich mir ersparen, nachdem Sie auf die Verlesung verzichtet haben.

Ich bringe den Antrag zur Abstimmung. Wer dem Abänderungsantrag beitrifft, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Wer ist gegen den Antrag? Stimmenthaltungen?

Für den Antrag: 9 ÖVP
Gegen den Antrag: 22 SPÖ, 1 KPÖ
Stimmenthaltungen: 2 FPÖ

Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung des Hauptantrages. Dieser beinhaltet die Beschlußfassung über den oH 1975, den aoH, den Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, die Krankenfürsorgeanstalt der Beamten, die Dr.-Wilhelm-Groß-Stiftung und den Dienstpostenplan. Wer gemäß Berichterstattung diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich, ein Zeichen mit den Hand zu geben. Danke. Ich stelle schon jetzt die Einstimmigkeit des Beschlusses fest und danke dafür.

Wir kommen nunmehr zur Behandlung der beiden Zusatzanträge, die die FPÖ-Fraktion eingebracht hat. Zuerst der Zusatzantrag, eingebracht vom Kollegen Fahrnberger. Gemäß

§ 24 der Geschäftsordnung frage ich Sie, ob Sie dazu noch einmal sprechen möchten. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Ich möchte nur kurz vermerken, daß dieser Antrag, die S 700.000,- Gewerbeförderungsmittel, mit den S 250.000,-, die unter der Post 91 stehen, nichts zu tun haben. Wir haben in diesem Antrag klar dargelegt, wozu wir diese Mittel verwendet haben wollen und wenn die Mittel genehmigt werden, so wird der Gemeinderat bzw. der entsprechende Ausschuß sicherlich in der Lage sein, in der kürzesten Zeit Vergaberichtlinien, einen Vergabemodus, zu schaffen. Ich glaube, wenn wir es so machen, zuerst einen Vergabemodus schaffen und dann Mittel einsetzen künftig, werden wir wengleich ich die Handhabe, Herr Finanzreferent, mehr oder weniger als positiv aufgefaßt habe, daß Sie so einen Vergabemodus schaffen wollen und eventuell später auch Mittel einsetzen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir kommen nach dieser Stellungnahme zur Behandlung und Beschlußfassung über den Zusatzantrag, der sich mit der Voranschlagspost 75, Förderung der Gewerblichen Wirtschaft, befaßt. Hier soll eine Position von S 700.000,- eingesetzt werden. Der Zusatzantrag ist nach dem Hauptantrag abzustimmen. Wer ist für diesen Antrag, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen?

Für den Antrag: 2 FPÖ, 9 ÖVP

Gegen den Antrag: 22 SPÖ

Stimmenthaltung: 1 KPÖ

Ich stelle die Ablehnung dieses Antrages mit Mehrheit fest. Wir kommen nunmehr zum letzten gestellten Zusatzantrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Fuchs. Er betrifft verschiedene Hilfsaktionen und sonstige

Aktionen. Er möchte einen Betrag von S 200.000,- eingesetzt haben. Ich frage auch Sie, Herr Gemeinderat, ob Sie dazu sprechen möchten? Bitte sehr.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Ganz kurz möchte ich formulieren, daß wir hiermit eine Härte vermeiden wollten. Es trat erst jetzt richtig zutage, daß manche Familien Ratenrückstände aufweisen, das wurde seinerzeit erwähnt. Und es stimmt auch nicht, daß es durchaus nur verbilligte Preise für den Ankauf von Gasgeräten gab, die Herde waren an sich zwar billiger.

Und jetzt kommt noch etwas hinzu, nämlich die Auswirkungen der erhöhten Gastarife, die ja auch wieder die Einkommensschwachen betreffen. Man könnte in diesem Fall etwas gelten lassen, was heute schon gefallen ist, nämlich diesen Bürgern tatsächlich ein Christkindlgeschenk zu machen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir kommen damit nach dieser Wortmeldung zur Abstimmung über den zweiten Zusatzantrag. Auch hier stelle ich zuerst die Frage, wer für diesen Antrag stimmt? Danke. Gegenstimmen? Danke. Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Für den Antrag: 2 FPÖ, 9 ÖVP

Gegen den Antrag: 22 SPÖ

Stimmenthaltung: 1 KPÖ

Damit, meine Damen und Herren, ist die Tagesordnung für heute zur Feststellung des Voranschlages für das kommende Rechnungsjahr erledigt. Ich möchte zuerst Kollegen Fürst als Berichterstatter danken, aus einem ganz besonderen Grund. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Sie wissen, daß die heurige personelle Situation in der städtischen Verwaltung nicht besonders gut dadurch war, daß eben Altbürgermeister Fellinggen, weil er schon lange krank war, die personelle Entscheidung über die wei-

teren Modalitäten nicht getroffen waren, so konnte erst das Reglement innerhalb der Referate mit Bestellung des neuen Bürgermeisters gemacht werden und dadurch übernahm Stadtrat Fürsterst relativ spät die Agenden des Finanzreferenten. Ich muß trotzdem sagen, er hat seine Sache in dieser kurzen Zeit, die ihm zur Verfügung gestanden hat, sehr gut gemacht und er hat versucht, aus seiner Sicht das Budget zu erläutern und die entsprechenden Berichte zu geben. Ich danke gleichzeitig für die Zustimmung, die Sie als Fraktionssprecher erteilt haben, wie sich in der Abstimmung auch bewiesen hat mit Recht und ich danke auch der Beamtenschaft für die Führung des Protokolls. Letztlich darf ich noch einige Feststellungen treffen, die mir versagt sind, sie während der Sitzung auszusprechen. Die Beschlußfassung über den Voranschlag ist zweifellos die wichtigste Sitzung, die der Gemeinderat im Jahr trifft und auch die letzte Sitzung, die er im Rechnungsjahr abhält. Die Stärke des von Kollegen Fuchs zitierten Protokolls beweist den Umstand, daß das die wichtigste Sitzung ist. Sie werden es dann sehen, wenn sie es zugesandt bekommen. Wir haben uns zweifellos in diesem Voranschlag einigermaßen genau an die Richtlinien gehalten, die wir gemeinsam im Frühjahr dieses Jahres bei der Erstellung des 5-Jahreskonzeptes beschlossen haben. Es soll weiterhin dieser Rahmen die Grundlage der weiteren Tätigkeit sein. Ich glaube, das erfordert die gemeinsame Arbeit und die gemeinsame Verantwortung, die wir ohne Unterschied der Fraktionsstärke zu tragen haben.

Als Bürgermeister möchte ich aber auch eine Bemerkung zum Informationswesen sagen. Es wurde einige Male angeschnitten. Es steht zweifellos fest, daß sich in der letzten Zeit eine Informationstätigkeit nach mehreren Richtungen entwickeln ließ. Ich

danke auch den Fraktionsvorsitzenden dafür, daß wir Gelegenheit bekommen haben, gerade auf dieser Ebene Vorinformationen zu geben, die weit zur Klärung mancher Fragen beitragen konnten, wobei es möglich war, nicht erst in der entscheidenden Beschlusssitzung die Anfragen usw. einzubringen bzw. zu führen. Ich kann sagen, daß wir bezüglich der Information, was Anfragen betrifft, uns stets bereiterklärt haben, zumindest in der nächsten Sitzung einen entsprechenden Anfragebericht zu geben. Wenn möglich und das geschieht zweifelsfrei durch Zwischenrufe, wird auch spontan zu manchen Anfragen Stellung genommen. Ich möchte gerade das herausgreifen, als der Kulturausschuß das alte Stadttheater besichtigt hat, waren auch die Fraktionsvorsitzenden mit dabei. Dort hat sich eine Diskussion entwickelt, was zweifelsfrei beweist, daß wir losgelöst von den reinen Bindungen eines Sitzungsprotokolls uns sehr sachlich über wichtige Fragen unterhalten können und dabei auch gemeinsame Entscheidungen aufbereiten können. Auch das sind Dinge, die wir, glaube ich, nur begrüßen können. Daß daneben auch der Kontakt zur Presse und zum Rundfunk gestärkt worden ist und auch weiter gepflegt werden soll, ist keine Frage des Persönlichkeitskultes, sondern eine Frage der Verbindung zur öffentlichen Meinungsbildung. Dazu muß auch der Bürgermeister mit seinen Mitarbeitern mit beitragen. Ich glaube, das kann man nur unterstützen, zumal auch im Wege von Delegationsvorsprachen eine wichtige Informationsarbeit geleistet werden kann. Ich scheue mich nicht zu sagen, daß ich gerne bereit bin, wenn ich als Bürgermeister in irgend eine Versammlung gerufen werde und das ist bereits unterstrichen worden, auch dort Gelegenheit nehme, von der Sicht der Stadt Steyr, von der Sicht der Verwaltung, des Mandatars her, die Aussagen zu treffen, die zur Auf-

klärung und zur Information des einzelnen Staatsbürgers dienen können.

Wir brauchen allerdings dazu nicht nur das Verständnis der Bevölkerung, der Einwohner unserer Stadt, wir brauchen hier vor allem die Zusammenarbeit in dem Kreis, aber ganz besonders auch bedürfen wir der Unterstützung der Bediensteten des Magistrates generell und ich glaube, dieser Ruf an die Bediensteten war bisher nie vergebens. Ich möchte auch sagen, daß wir in der Periode 1973 - 1979 noch einige Budgets zu beschließen haben werden. In diesen Budgets wird sich immer wieder der hohe Schillingwert der Verkehrsbauten niederschlagen. Wir werden also versuchen müssen, mit etwas fertig zu werden, das wir auch klar und deutlich vor uns sehen müssen, nämlich den Umstand, daß wir - darauf sind wir stolz - in einer alten Stadt leben, die bald tausend Jahre alt wird, in einer alten Stadt, an der man bei Verkehrslösungen im engeren Kern bei jedem Hauseck sozusagen beim Denkmalschutz aneckt. Dieses Anecken beim Denkmalschutz erfordert von uns nicht nur viel Verständnis, sondern auch viel Geld und Gefühl bei der Bewältigung aller dieser Probleme, die durch die Verkehrslage an uns herankommen.

Wenn wir die Verkehrslage, die gerade jetzt stark im Vordergrund steht, eingeleitet durch die Veränderungen im Verkehrsweg ansehen, dann muß ich hier zu einigen Diskussionsbeiträgen, die heute hier gemacht wurden sagen, nicht allein die Stadtverwaltung, nicht die Bauleitung und nicht die Landesbaudirektion oder der Bund allein kann diese Fragen lösen, die Rücksicht und die Vorsicht der Autofahrer muß man mit als einen wertvollen Bestandteil der gesamten Verkehrssituation mit einbeziehen. Ich würde bitten, daß man das auch anderorts und bei jeder Gelegenheit unterstreicht. Der Anschluß des Umlandes an die städtische Entwicklung wird

wahrscheinlich unumgänglich sein. Ich möchte nur daran erinnern, daß die Planung der S 37 für den Knoten im Raum Gleink soweit abgeschlossen ist, daß wir jedoch mit der Diözese in der letzten Zeit gerade über die Schule Gleink verhandelt haben und dieser Knoten mit dem großen Grundaufwand von 20.000 m² uns große Sorgen bereitet. Auf jeden Fall sind die Planungen weitgehend vorangetrieben.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, weil die Frage der Abkapselung Steyrs immer wieder auftritt, daß eine Autobahn geplant ist von Sattledt über Steyr nach Amstetten. Allerdings kennen wir den Schillingwert solcher Verkehrsbauten und so wird es noch geraume Zeit dauern, bis das Wirklichkeit wird. Aber im engsten Bereich können wir sagen, durch unsere gemeinsame Arbeit, durch unsere gemeinsamen Entscheidungen, sind gerade im Jahre 1974 sehr wesentliche Beiträge zur Verkehrssicherheit und zur Verkehrsmisereüberwindung gemacht worden. Wenn ich an den Wiesenberg, an die Seifentruhe und den Tomitzstraßenbereich denke, wenn ich daran denke, daß wir dem Fußgängerschutz mehr als bisher Rechnung tragen werden, so glaube ich, daß das schon wesentliche Beiträge zur Stadtentwicklung sind. Es ist üblich, daß man nicht die Einnahmen kritisiert, sondern die Ausgaben. Aber man darf nicht vergessen, wenn Ausgabenposten als zu gering angesetzt kritisiert werden, daß nicht die Zuschüsse, die von Land und Bund kommen, die scheinen nur in der Rechnung auf und nie im Ansatz. Im Ansatz können wir nur jene Mittel einsetzen, die wir hineingeben, ohne die Zuschüsse zu kennen.

Zweifellos - ich zitiere wieder die Verkehrssituation - kommt an uns eines heran, eine Entscheidung, die nicht heute getroffen wird, die nicht im kommenden Jahr getroffen werden wird, die aber unausbleiblich sein wird, wenn sich die Zeit so entwickelt.

Die Entscheidung, ob wir den Stadtkern künftig mehr dem öffentlichen Verkehr widmen oder dem Individualverkehr - sprich Pkw-Verkehr - das ist zweifellos eine Frage, vor der wir eines Tages hier zur Entscheidung antreten müssen. Es ist wichtig, diese Frage schon frühzeitig aufzuwerfen, weil man sie nicht von heute auf morgen lösen können. Wir wissen, daß wir in den nächsten Jahren die Frage Zwischenbrücken-Neubau auch bewältigen werden müssen. Letztlich kommt es sicherlich dazu, daß wir uns im kommenden Jahr insbesondere laufend mit der Tarifpolitik zu beschäftigen haben und hier nur ein kurzes Wort.

Der Vorwurf, der uns in einigen Fragen früher getroffen hat, die Zeitspannen von Tarifregelung zu Tarifregelung zu lange anzusetzen, dadurch würden die Tarifansätze zu sprunghaft sich entwickeln. Diesem Vorwurf sollten wir uns nicht aussetzen, sondern einer laufenden Anpassung, die kürzere Sprünge erlaubt und leichter verkraftbar ist, den Vorrang einräumen. Die Tarifpolitik und die Tarife sind ein ganz wesentlicher Teil unserer gesamten Finanzpolitik in der Stadtverwaltung.

Zur Information darf ich noch einmal sagen, ich habe mir das vorgenommen und ziehe das bereits durch, daß in jedem Exemplar des Amtsblattes eine Seite einer Aktualität gewidmet ist. Sie haben es sicher schon bemerkt. Ich glaube auch, das ist ein wesentlicher Beitrag zu einem besseren Verständnis zwischen Stadtverwaltung, deren Intentionen und den Bürgern in der Stadt.

Ein Teil davon - Kollege Fritsch hat es erwähnt - ist die Reinhaltung. Bereits im letzten Artikel ist das angeklungen. Daß man natürlich nie in unserer Stadt den sogenannten Wunschzustand haben wird, das werden wir nicht haben, das werden andere nicht haben. Aber die Wünsche gehen immer weiter als die Realität und das ist Sinn

und Zweck jeder Entwicklungspolitik. Neue Forderungen werden uns dazu sicher immer wieder vorgelegt.

Ich möchte nur eines sagen, die Zusammenarbeit der Fraktionen begrüße ich sehr und die heutige Sitzung ist ein Beispiel dafür, daß man sich in einer Atmosphäre unterhalten kann, daß man in einer Atmosphäre zu ernsthaften Problemen sachlich Stellung nehmen kann und auch zu gemeinsamen Beschlüssen kommt, die im Interesse der Gesamtheit liegen.

Ich darf noch einmal kurz darauf hinweisen, daß wir unseren Personalstand in der Verwaltung nicht ausgeweitet haben, sondern die Schulen, die Wohnbauten, die sozialen Dienste insbesondere sind es und auch allgemeine Betreuungsarbeit, die hier zu Buche kommen.

Ich darf zum Schulwesen noch eines sagen. Wir sind eine der ganz wenigen Städte Österreichs, die noch ohne Wechselunterricht auskommt. Gott sei Dank und das sollte man auch den Eltern immer wieder vor Augen führen.

Meine Damen und Herren, damit kann ich die heutige Sitzung abschließen. Meine Glückwünsche an Sie werde ich mir - wenn Sie gestatten - vorbehalten. Ich darf Sie jetzt bitten, anschließend Gast im Taborrestaurant zu sein. Es sind klarerweise auch die Vertreter der Presse eingeladen und ebenso die Vertreter der Beamenschaft. Ich werde mir gestatten, dort noch darauf zurückzukommen. Mein jetziger Dank gilt den Bediensteten des Magistrates der Stadt Steyr für die heuer geleistete Arbeit mit der Bitte, auch im kommenden Jahr alles daran zu setzen, hier in gemeinsamer Arbeit - Mandatäre, Verwaltung und Bedienstete - zu Erfolgen zu kommen, die wir alle wünschen. Der weitere soziale Aufstieg in unserer Stadt wird zweifellos von der Vollbeschäftigung und von der Auslastung der Betriebe weitgehend

abhängen. Nur so werden wir immer wieder bessere Lebensqualitäten in unserer Stadt vorfinden. Ich glaube, wenn die Zielsetzungen, die wir uns hier im Budget gegeben haben, auch verwirklicht werden, dann wird das Leben bei uns in Steyr in unserer Hei-

matstadt immer schöner werden.

Ich danke Ihnen für die Teilnahme und für die Beschlußfassungen.

Die Sitzung ist damit geschlossen.

Ende der Sitzung: 19.00 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Franz Weiss e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Amtsrat Walter Radmoser e. h.
VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Erich Sablik e. h.
Karl Fritsch e. h.